

# elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR  
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M. 1 November 11/70 1,— DM



Unter jungen Revanchisten und  
Neonazis:

**Führer befiehl...**

Aus erster Hand:

**Das neue Korea**



Zwischen Kiel und Konstanz:

**Lehrlinge  
bitten  
zur Kasse**

# elan

## MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

### HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

### CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

### STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

### GESTALTUNG

Jerken Diederich

### REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.  
Alsbacherstraße 65

### VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

### PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.  
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-  
ment DM 13,— einschl. Zustell-  
gebühr

### KONTEN

Weltkreisverlag  
Deutsche Bank Darmstadt/  
Kto.-Nr. 290 221  
Postscheckkto. Frankfurt/M.  
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:  
Hosch GmbH.,  
Frankfurt/M.



# PFUNDOS SACHEN

## Dreigeteilt? — niemals!

Das Deutsche Reich ist viergeteilt in: Westdeutschland (= Bundesrepublik Deutschland), Österreich (= Republik Österreich), Mitteldeutschland (= sowjetische Besatzungszone, apostrophiert als „DDR“) und Ostdeutschland (alle deutschen Gebiete östlich der sogenannten Oder-Neiße-Linie und das deutsche Sudetenland). „Deutscher Anzeiger“, 31. 8. 1970

## Ruhe!

Nach Protesten der Bevölkerung setzte die Obrigkeit der Stadt Aron (Indien) das letzte Privileg des örtlichen Maharadschas außer Kraft. 300 Jahre lang ertönte täglich um 3.00 Uhr nachts von der Festungsmauer der Stadt ein Böllerschuss und eine dröhnende Stimme verkündete: „Ruhe! Ihre Heiligkeit schlafen!“ Neues Deutschland, 17. 7. 1970

## APO-Zerfall

Nach der Kundgebung zogen die Versammelten mit Plakaten und Transparenten zur Kongreßhalle, wo sie sich allmählich auflösten. Gießener Allgemeine, 21. 9. 1970

## Gelernt ist gelernt

Die Bayern decken messerscharf! Rundfunkkommentar zum Spiel Bayern München — Eintr. Frankfurt am 12. 9. 1970.

## Wie sonst?

Es ist nicht angebracht, Portugal als Diktatur darzustellen und kränkend dies etwa Portugiesen gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Aus „Merkblatt für Besucher der Bundeswehr in Portugal“, herausgegeben von Luftwaffen-General Helmut Bieber.

## Bulle

Wer „Bulle“ sagt, beleidigt die Polizei. Feststellung des Nürnberger Oberlandesgerichtes.

## Charmant

Er war ein charmantes Ungeheuer. Albert Speer, Rüstungsminister im Dritten Reich, im amerikanischen Fernsehen über Adolf Hitler.

## Sehstörungen

Irene H. teilnahmslos vor Gericht „Meine Freundin hatte plötzlich das Auge des Mannes in der Hand...“ Dem Schwerverletzten der seither an Sehstörungen an dem verletzten Auge leidet, rauben die Frauen rund 1000 DM. BILD, 5. 10. 1970

## Wie?

Gertle Köpcke hat am 23. September Geburtstag (Jungfrau). Ihr Hobby: Reisen. Außerdem genieße ich gern das Leben — mit meinem Mann! BILD, 2. 12. 1969

## Zugegeben

Und wenn ich auch bereit bin, bei passender Gelegenheit wieder ein deutsches Geheimnis zu veröffentlichen — an die Tordrücker im Kremel kommen wir bei dauerlicherweise nicht ran. Peter Boenisch, BILD-Chefredakteur

## Endlich

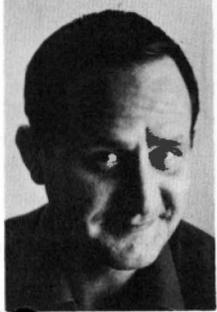
Die Saat allmarxistisch-antifaschistischer Untergrundkumpanei ging im Jahre 1970 auf. „Deutscher Anzeiger vom 15. 8. 70 zum Moskauer Vertrag.

## Hinters Licht

Wer aus der von den Jungsozialisten taktisch klug verordnete parteiinternen Kampfpause auf dem Saarbrücker Parteitag schließlich den Schluß gezogen hat, daß die deutschen Tito-Jünger ihren Frieden mit der SPD-Führung gemacht und dem strategischen Plan zur Umfunktionierung des Godesberger Reformbuchs zuneigen, eine links-marxistische Partei reumütig abgeschworen hätten, sieht sich gründlich hinter das Licht geführt. Rheinischer Merkur, 3. 7. 1970



# Lieber Leser,



Lieber Leser,

ein internes Papier kursiert in den Reihen der CDU/CSU-Führung. Es enthält den exakten Marschplan, nach dem Strauß und Barzel den Moskauer Vertrag zu Fall bringen und die Regierung stürzen wollen. Dieses interne Papier ist nicht mehr „top secret“. Der Kommunist Bernd Hartmann, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, hat es publik gemacht.

Es ist kein Zufall, daß die Rechten ihre Offensive auf den Moskauer Vertrag konzentrieren. Sie haben Angst vor diesem Vertrag, und das nicht nur, weil er das neue Kräfteverhältnis in der Welt widerspiegelt und offenbar macht. Sie fürchten – zu Recht – daß der Verzicht auf Gewalt und auf die Drohung mit Gewalt zu einer Fessel für ihre aggressiven Absichten und Ziele wird. Es ist die Angst, die ihre Stimmen schrill und ihr Auftreten rüde werden läßt, – die Angst davor, daß der mit diesem Vertrag beschrittene Weg auch zu einer demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft führen könnte.

Es ist bekannt, daß ein in die Enge getriebener Tiger gefährlich und unberechenbar ist. Die Rolle dieses Tigers spielen zur Zeit Strauß und Barzel. Was sie wollen, ist klar. Sie wollen die Regierung Brandt heute lähmen und handlungsunfähig machen, sie wollen sie morgen stürzen. Sie wollen zurück auf die Bonner Regierungsbank, auf die sie ein festes Abonnement zu haben glaubten und von der sie durch den Willen von 16 Millionen Wählern im September 1969 vertrieben wurden. Sie wollen zurück an die Macht – um jeden Preis.

Was tut die Regierung in dieser Situation? Hält sie konsequent den Kurs, den sie mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages eingeschlagen hat? Macht sie Dampf, um eine rasche Ratifizierung des Vertrages durchzusetzen? Greift sie mit fester Hand zu, um dem Miet- und Preiswucher ein Ende zu machen? Bringt sie den Mut auf, den Rüstungs-etat kräftig zu kürzen und mit den freiwerdenden Mitteln an die drängenden inneren und sozialen Reformen zu gehen?

Nichts von alledem! Sie laviert. Sie redet sich heraus, ihre parlamentarische Basis sei zu schmal. Sie legt beim Rüstungsetat eine runde Milliarde dazu. Sie konstruiert ein sogenanntes Berlin-Junktum, um die Ratifizierung hinauszögern zu können. Und sie schwätzt gar von einer „notwendigen Suche nach Gemeinsamkeit“ mit den Koalitionspartnern von gestern.

Strauß steht vor den Toren. Stürzt die Regierung, war sein Kampfruf auf dem Parteitag der CSU in München, auf dem sich ein Stelldichein gab, was im Rechtskartell Rang und Namen hat: Bundeswehr-generale und hoher Klerus, Abgesandte der Berufs-vertriebenen und jener Tarnorganisation des Franz Josef, die sich National-Liberale. Aktion nennt. Thadden fehlte, aber er marschierte im Geiste mit. Strauß deklarierte dieses Rechts-Thing als den „Auftakt einer politischen Schlacht“. Das Gefechtsziel: „Damit Deutschland bleibt, was es in seinem westlichen Teil ist und in seinem anderen Teil werden soll.“

Entschlüsselt heißt das: Die Rechten sind angetreten für ein imperialistisches Deutschland in den Grenzen von 1937, für die Liquidierung der DDR, gegen jeden sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt zwischen Elbe und Bodensee.

Was ist zu tun in dieser Situation? Ich habe in den letzten Tagen sehr unterschiedliche Antworten auf diese Frage gehört. Die Position der Regierung nicht durch außerparlamentarische Aktionen, durch hohe Lohnforderungen etc. belasten, sagen die einen. Alle Kritik zurückstellen und diese Regierung vor dem Angriff von Strauß und Barzel schützen, sie retten, sagen die anderen.

Ich bin anderer Meinung.

Halten wir uns an die Tatsachen. Die Mehrheit der Bevölkerung war und ist für den Abschluß des Moskauer Vertrages. Diese Mehrheit begriff, welche großen Möglichkeiten dieser Vertrag bietet: für Abrüstung und Entspannung, für ein friedliches Miteinander und für den Handel. Eine Regierung, die sich auf diese Mehrheit stützt, die kann man nicht über Nacht stürzen. Und eine Regierung, die in der Innenpolitik die Preis- und Mietlawine stoppt, die entzieht zugleich den Rechten um Strauß und Barzel den Boden für eine soziale Demagogie, deren geistige Väter Hitler und Goebbels und deren Nachbar Strauß & Co. sind. Eine Regierung, die sich auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann, der bereitet eine schmale parlamentarische Mehrheit keine Kopfschmerzen.

Die Gretchenfrage lautet: Wie kann man diese Regierung dazu bringen, endlich zu handeln? Durch Stillhalten? Durch Verzicht auf Kritik? Durch gesunden Verstand? Die ersten 365 Tage der Regierung Brandt zeigen, daß es gefährlich wäre, sich dieser Illusion hinzugeben.

Die Frage „Was tun?“ beantwortet sich in dieser Situation meiner Ansicht nach nur so:

Wir müssen aus der schweigenden Mehrheit unserer Bevölkerung eine aktive Mehrheit machen. Wir müssen den Vormarsch der Strauß und Barzel durch Aktionen für die sofortige Ratifizierung des Moskauer Vertrages, für Rüstungsstopp, für niedrige Mieten und stabile Preise stoppen. Wer mit uns einer Meinung ist, daß die CDU/CSU nicht in die Regierung zurückkehren darf, der sei unser Partner. Die Verschärfung der politischen Lage in unserem Lande zwingt uns zur gemeinsamen Aktion. Da ist es nebensächlich, ob wir das Parteibuch der SPD, der DKP oder der FDP in der Tasche haben. Was uns in dieser Stunde eint ist mehr als der Slogan: Stoppt Strauß und Barzel! Jetzt!

Herzlichst  
Ihr

Karl Hubert Reichel

# INHALT

## Lehrlingsmagazin

Lehrlinge bitten zur Kasse	4
Arno Ploogs	
Lehrlings-Comic	8
Lehrlinge in Aktion	27

## Internationales

Korea aus erster Hand	10
Irland: Die Erben von James Conolly	30

## Rechtsradikale

Unter jungen Braunen	12
Soll die DJO aus den Jugendingen fliegen?	12

## elan-Porträt

Friedrich Engels: Der General wird 150	17
---	----

## Jugendpolitische Blätter

25 Jahre WBDJ	19
---------------	----

Soli-Jugend gegen Rechtskurs	20
---------------------------------	----

Junge Union — Auspuff der CDU	21
----------------------------------	----

JuSo-NRW wollen mehr Einfluß	22
---------------------------------	----

Monats-Magazin	23
----------------	----

Leserpost	36
-----------	----

Song-Magazin	38
--------------	----

Pejer und Paul, entschuldigt bitte!

Das Protokoll mit der Schilderung, „wie Paul dazu kommt“ (zur Kommunistischen Partei nämlich), das wir in elan 10/70 veröffentlichten, stammt von Peter Schütt. Durch ein technisches Versehen wurde der Name des Autoren nicht mitgedruckt.

TITELFOTO: Klaus Rose  
FOTOS: ap (2), Wolfgang Colden (1), Peter Dahl (2), dpa (4), Klaus Rose (4), Manfred Silberzahn (1), Konstantin Stachiw (1), WDR (1).



# Lehrlinge bit

Das war der heißeste Jugendmonat der IG Metall, den wir je erlebt haben. Zwischen Kiel und Konstanz, in allen Klein- und Großstädten unseres Landes, wo Stahl erschmolzen oder verarbeitet wird, formierte sich eine entschlossene Front von jungen und älteren Metallern. 15 Prozent – das war mehr als eine Forderung, das war ein Programm. Kurzstreiks, Warnstreiks, Demonstrationen. Die Unternehmer gerieten in Panik. Wer nicht arbeitet, bringt ihnen keinen Gewinn. Wer höhere Löhne durchsetzt, schmälert die Dividende. Da verstehen die Konzernbosse keinen Spaß. Da vergessen Sie das Märchen von der „Sozialpartnerschaft“. Man kann sie durchaus verstehen. Allein in den 2056 Aktiengesellschaften der Bundesrepublik

haben sie 1969 etwa 5,9 Milliarden DM Dividende auf Kosten derjenigen verdient, die jetzt „15 Prozent“ und „Ausbeutung“ rufen. Die Unternehmer wissen genau: Kampfaktionen der Arbeiter führen nicht nur zu unmittelbaren sozialen Erfolgen. Kampfaktionen entwickeln Solidarität und Bewußtsein. Für Parasiten wie Friedrich Flick, Gräfin Thyssen, Arndt Krupp oder Hermann Josef Abs ist das noch schlimmer als die 15 Prozent-Forderung. Das kratzt nämlich an den Grundfesten ihrer Macht und ihres von Millionen Arbeitenden verdienten Reichtums. Ihre Macht und ihren Reichtum nennen sie „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Wer gegen Macht und Geld der Parasiten antritt, stellt sich nach dieser Logik gegen die



„Es spricht für das politische Bewußtsein unserer jungen Gewerkschafter, wenn sie sich in diesen Wochen und Monaten stärker engagieren als früher. Es ist ihr gutes Recht, in Flugblattaktionen, Demonstrationen und in Funktionärskonferenzen ihre spezifischen Forderungen als Auszubildende oder jugendliche Arbeitnehmer zu vertreten.“

Georg Benz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall

# ten zur Kasse

„freiheitliche Ordnung“. Welch' eigenartige Vorstellung von Demokratie und Recht. Doch so wird es immer noch in der Schule gelehrt, von der Springerpresse millionenfach unter das Volk versprüht, von der Polizei und der staatlichen Autorität abgesichert. Doch das genügt den Unternehmern nicht mehr. Die heißen Herbsttage der Jahre 1969 und 1970 stecken ihnen in den Knochen. Und so schicken sie geheime Briefchen herum, woraus Richtlinien für die Verhinderung von Streiks zu entnehmen sind. Da heißt es u. a.: „Als radikal bekannte Arbeitnehmer oder Arbeitnehmergruppen besonders beobachten. Die im Betrieb verteilten Druckschriften aufmerksam verfolgen.“ Das Spitzelunwesen kann der Unternehmer

selbstverständlich nicht allein bewerkstelligen. So wird der Werkschutz zur Werkgestapo „profilert“. Gesinnungsschnüffelei und Überwachung — auch das gehört zum Sozialpartnerschaftsmärchen. Im September und Oktober haben Hunderttausende eine Antwort auf das Gefasel der Unternehmer gegeben. Und überall waren es junge Arbeiter, die in der vordersten Linie standen. Beim Bochumer Verein — der Krupp-Filiale in Bochum — waren die Lehrlinge mit von der Partie. Der Lüge von der Sozialpartnerschaft setzten sie die Solidarität von Arbeitern und Lehrlingen entgegen. Maßstäbe sind gesetzt worden für das Jahr der arbeitenden Jugend, zu dem mehrere Arbeiterjugendverbände 1971 deklariert haben.

# 3000 Berufsschüler im Streik

Vom 13. Oktober bis 15. Oktober streikten in Kassel über 3000 Berufsschüler. Es kam zum Streik, als am Dienstag 14 Schüler der Martin-Luther-King-Schule sich weigerten, wieder in den überfüllten und schlecht gelüfteten Klassenräumen unterrichtet zu werden. Gleichzeitig erfuhren sie, daß ihr Unterricht auf nur noch 5 Stunden gekürzt werden sollte, da die Klassen geteilt werden.

Mit den streikenden Berufsschülern der Martin-Luther-King-Schule solidarisierten sich die Schüler der Kaufmännischen Berufsschule. Gemeinsam zogen sie zur Walter-Hecker-Schule, deren Schüler sich dem Streik anschlossen. Der Demonstrationzug, der inzwischen auf 600 bis 800 Lehrlinge angewachsen war, zog zum Regierungspräsidium. Die Berufsschüler entsandten eine Delegation zu Regierungsdirektor Wagner. Sie überbrachten die Resolution der streikenden Berufsschüler:

„Wir konnten es nicht länger ertragen mit 4—6 Unterrichtsstunden in der Woche abgespeist zu werden. Daher mußten wir unseren Protest auf die Straße verlegen und haben am Dienstag, dem 13. Oktober gestreikt.“

Die Schüler der genannten Schulen haben sich den folgenden Forderungen angeschlossen:

Durchführung des 8-Stunden-Unterrichts für alle Klassen der Berufsschulen in Kassel.

Einrichtung von selbständigen Arbeitskreisen, in denen die Schüler fehlenden Unterrichtsstoff erarbeiten können.

Damit verbunden die Einführung eines freien Nachmittags (Vormittags) zur Erledigung der Hausaufgaben im Anschluß (vor) an den Unterricht.

Bereitstellung der fehlenden Lehrmittel und Lehrinrichtungen, die bisher völlig ungenügend sind.

Wir unterstützen voll die Forderung der Lehrer nach Neufassung des Besoldungsgesetzes.

Diese Maßnahmen können je-

doch die Notstände in unserem Ausbildungswesen nur mildern, aber nicht abschaffen. Daher ist es notwendig, die Berufsausbildung in staatliche Hände zu legen. Die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht der Diktatur der Profitinteressen einzelner Unternehmen unterliegen darf.“

Am Nachmittag gründeten die Streikenden im Hermann-Schaft-Haus eine Aktion Bildungsreform und den Arbeitskreis Kasseler Berufsschulsprecher.

Am nächsten Tag organisierte das Streikkomitee eine Demonstration von über 1500 Lehrlingen.

Da sich die Kasseler Industrie- und Handelskammer nicht durch die katastrophalen Mißstände in unserer Berufsausbildung beeindrucken läßt, beschlossen die Lehrlinge und das Streikkomitee, die Demonstration zur IHK zu führen, die sich in der Praxis als Interessenvertretung der Unternehmer erweist. Über 1200 Lehrlinge demonstrierten am Donnerstag mit Transparenten und Sprechhören durch die ganze Innenstadt bis zur IHK. Sie führten Transparente mit wie: Ausbeutung Tag für Tag — gesichert durch den Lehrvertrag! In der Rüstung sind sie fix — für die Bildung tun sie nix! Weg mit der billigen Arbeitskraft Lehrling!

Wer melkt den Lehrling wie 'ne Kuh? Die Unternehmer und die CDU!

In einer Presseerklärung wandten sich die Vertreter des Arbeitskreises Kasseler Berufsschulsprecher, des Streikkomitees und der Aktion Bildungsreform scharf gegen Einmischungsversuche der CDU. „Wir distanzieren uns entschieden von dem Versuch der CDU, unsere Aktion für ihre Wahlpropaganda auszunutzen. Die gesellschaftspolitischen Versäumnisse der CDU/CSU und ihre Stellung zur Lehrlingsausbildung sind uns hinlänglich bekannt.“

Gerd Nierenköther

## Lehrlingsrechte durchsetzen

Hier teilt das Lehrlingszentrum der Gewerkschaftsjugend Mannheim mit, wie Firmen reagieren, wenn Lehrlinge auf ihre — ohnehin äußerst geringen — Rechte bestehen.

So z. B. hat sich ein Lehrling der Firma Felina im Betrieb hingesetzt und seinen Tätigkeits-

bericht geschrieben. Dagegen zeterete die Abteilungsleiterin. Doch ihr Widerstand wurde gebrochen, weil die anderen Lehrlinge ihre Solidarität mit ihrem Kollegen bekundeten. Seitdem ist es in diesem Betrieb üblich, daß die Berichtshefte während der Arbeitszeit geschrieben werden.

In der Firma Ridinger legten die Lehrlinge ihre Berichtshefte zum vorgeschriebenen Termin nicht vor. Ihre Begründung war: „Laut Gesetz darf das Berichtsheft während der Arbeitszeit geschrieben werden. Diese Zeit wurde uns aber nicht zur Verfügung gestellt“. Auf diese Aktion reagierte die Geschäftsleitung sauer. Durch den Ausbildungsmeister ließ sie den Lehrlingen mitteilen, daß sie, falls sie für das Schreiben der Berichtshefte nicht ihre Freizeit opfernten, mit dem Lösen der Lehrverträge rechnen müßten.

Auf einer Jugendversammlung der Firma Goldschmidt, auf der bezeichnenderweise kein Gewerkschaftsvertreter sprechen darf, brachte ein Lehrling die

Frage nach dem Führen des Berichtsheftes während der Arbeitszeit vor. Daraufhin wurde ihm geantwortet, man wolle durch das Berichtsheft das „gute Verhältnis“ zueinander nicht beeinträchtigen. Ein gutes Verhältnis zwischen Auszubildenden und Lehrlingen ist also nur möglich, wenn sich die Lehrlinge der Willkür der Unternehmer unterwerfen und freiwillig auf ihre gesetzlichen Rechte verzichten.

Dies sind nur drei von ungezählten Fällen, die uns zeigen, daß die Unternehmer sich nur dann nach Gesetzen richten, wenn diese ihren Profit sichern. Sie zeigen uns aber auch, daß die Solidarität eine wirksame Waffe gegen die Unternehmerwillkür ist.

## Worte der Bosse

Die Unternehmer haben jetzt ganz offiziell die Lehrlingsbewegung entdeckt. Haben sie jahrelang nichts unversucht gelassen, das Unbehagen an der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung unseres Landes („einer Handvoll“ Studenten („kleine radikale Minderheit“) in die Schuhe zu schieben, so können sie nun doch nicht bestreiten, daß eine ständig größer werdende Zahl von Lehrlingen gegen Unternehmerwillkür und Ausbeutung in den Betrieben antritt. „Immer wieder begegnet man der Auffassung, daß Demokratie Herrschaftslosigkeit bedeute und jeder tun könne, was er wolle.“ Begegnet ist dieser Auffassung Herbert Süden, ein Schreiber der Unternehmer („Werk und Leben“, 17/1970). Es muß am ständigen Umgang mit Unternehmern liegen, daß er dieser Auffassung „immer wieder begegnet“. Der Verfasser dieser Zeilen hat trotz ständiger Diskussion mit Lehrlingen und jungen Arbeitern einen derartigen Blödsinn nie vernommen.

Die Unternehmer verhalten sich plötzlich wie ertappte Sünder — und das zu Recht. Die Lehrlingsparole „Brauchst Du einen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an“ ist ihnen unter die Haut gegangen. „Die unternehmerische Wirtschaft in ihren Bildungsbemühungen zu diffamieren, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die unternehmerische Wirtschaft überhaupt anzugreifen.“ Das schreibt Dr. Dr. Wölker (Ruhrwirtschaft, 9/1970), um dann warnend darauf zu verweisen, daß dies „zu einem Amoklauf gegen die tragenden Fundamente einer demokratischen Gesellschaft“ werden könnte. Und eben hier offenbart sich die ganze Verlogenheit unternehmerischer Propaganda. „Demokratische Gesell-

schaft“ und „freiheitliche Grundordnung“ sind für sie nur dort vorhanden, wo „freies Unternehmertum“ hemmungslos ausbeuten darf. Und so formulieren sie ganz offen, daß jeder Angriff gegen Unternehmerwillkür ein Angriff gegen die Demokratie ist. Eine kritische Sendung des WDR über Lehrlingsprobleme charakterisierte der Dortmunder IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Keunecke als „weiteren Beitrag zur Zersetzung unserer gesellschaftlichen Ordnung“. (Ruhrwirtschaft 8/70). Die Arbeiterbewegung hat immer wieder festgestellt, daß die Unternehmer den kapitalistischen Staat als Instrument zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen betrachten. Die Worte der Bosse beweisen, daß genau das richtig ist.

Nichts ist zu plump, nichts ist zu primitiv, nichts ist zu verlogen, um nicht doch für die Unternehmerpropaganda geeignet zu sein. Herbert Zigan, Metallunternehmerboß in NRW möchte das Image des Unternehmers so gesehen wissen: „Der Täuschung, von ‚Etablierten‘ zu sprechen und zu verschweigen, daß es sich häufig um eine Elite handelt, die durch Arbeit, Entbehrung und Fleiß geformt ist, sollten wir nicht weiter erliegen.“ Das hat Herbert Zigan nicht für eine Kabarettgruppe geschrieben, sondern für die Springer-Zeitung „Die Welt“ (24. 7. 70). Im gleichen Atemzug unterstellt Zigan der „Mehrheit der Berufsjugend“: „Die Ordnungsprinzipien und der Aufbau eines Unternehmens werden positiv gewertet und sind nicht so abschreckend wie jene meinen, die noch nie einen Betrieb von innen gesehen haben.“ Da Unternehmeralleinherrschaft und Demokratie dasselbe sind (wie die Bosse jedenfalls sagen), darf natürlich auch Kritik

# Bayern: Sturm auf die Profite

geübt werden: „Kritik, wenn sie aufbauend und förderlich sein soll, mußte also systemimmanent (das System der Unternehmerschaft erhaltend, H. J. H.) vorgetragen werden.“ (Dr. Dr. Wölker, Ruhrwirtschaft 9/1970). Also: Kritik darf sein, wenn die Unternehmer nicht kritisiert werden.

Die hektische Betriebsamkeit der Unternehmer und ihrer Schreiber macht deutlich, daß die kritischen Lehrlinge und jungen Arbeiter genau den wunden Punkt getroffen haben, daß sie auf dem richtigen Wege sind.

Noch ein kerniges Zitat von Dr. Dr. Wölker (Es darf gelacht werden!) „Jeder, der in die Betriebe kommt, erlebt aber etwas anderes. Er sieht Lehrwerkstätten, die erhebliche Investitionen gekostet haben, er sieht Lehrlinge an Werkbänken und Maschinen, beobachtet junge Menschen in Büros und im Verkauf, und ihre Gesichter sind gar nicht so verdrossen, sie reden frei und ungezwungen und haben auch sonst nicht das Gebäue von Unterdrückten.“ (Ruhrwirtschaft, 9/1970).

Und trotzdem machen diese „Nichtunterdrückten“ den Unternehmern viele Sorgen. „Seit 1967 haben gewisse antikapitalistische Strömungen zugenommen.“ Das läßt Milliardär Hermann Josef Abs in seiner Klageschrift gegen Eberhard Czichon feststellen, der in einem Buch Abs Vergangenheit ins „rechte“ Licht rückte.

Wie weh diese „antikapitalistischen Strömungen“ den Millionären tun, zeigt ihr interner Schriftverkehr. Da wird von der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ein Briefchen an die Mitgliedsverbände gerichtet, das einen exemplarischen Einblick in die Aktionsweise linksextremistischer Gruppen“ geben soll. „Die Wirtschaft steht im Angriffsfeld linksextremistischer Agitation“ wird einleitend festgestellt. Und die Urheber, die gegen die heilige Unternehmerordnung zu Felde ziehen, sind als erstgenannte „die parteiorganisierten Kommunisten, zu denen auch die SDAJ gehört.“ Doch die Feinde der Unternehmer sind viel mehr: den Kommunisten auf dem Fuße folgen in der Aufzählung SDS, VDS, Falken, Naturfreundjugend und Lehrlingsarbeitsgemeinschaften.

Resümieren die derart bedrängten Schreiber der Arbeitgeber-Bundesvereinigung: „Ziel ist, in der Wirtschaft durch Verunsicherung und Politisierung der Mitarbeiter in den Betrieben auf künstliche Weise ein revolutionäres Klima zu erzeugen.“

Wenn Lenin gewußt hätte, wie wenig dazu gehört, ein revolutionäres Klima zu erzeugen . . .

Hans-Jörg Hennecke

Schleißheim, 6. Oktober. Die IG Metall verhandelt mit den Vertretern des Verbandes der Bayerischen Metallindustriellen. Mit einem Proteststreik unterstützen Nürnberger Arbeiter die Forderungen der IG Metall: „15% und keinen Pfennig weniger!“ Doch die Unternehmer bleiben stur. Die Gewerkschaft erklärt die zweite Tarifrunde für gescheitert. Neue Warnstreiks sind die Antwort aus den Betrieben. Der nächste Verhandlungstermin: 12. Oktober. Auch die Lehrlinge haben ihre Forderungen angemeldet: Vor Beginn des 17. Lebensjahres im 1., 2., 3. und 4. Lehrjahr eine Voranhebung der Ausbildungsbeihilfen auf 150, 190, 230 und 270 DM, über 17 Jahre 180, 220, 260 und 300 DM. Auf diese Sätze wird eine Erhöhung um ebenfalls 15% gefordert. Die Gewerkschaft hatte diese Forderungen vor den Unternehmern vertreten. Doch deren Angebote blieben 30 bis 40 DM darunter.

Um der Verhandlungskommission der IG Metall zu zeigen, daß auch die Lehrlinge bereit sind, ihren Forderungen Nachdruck zu

verleihen, sammelte die Metall-Jugend München Unterschriften unter Lehrlingen. 450 gaben die Unterschrift in den Betrieben für den „Sturm auf die Profite“. Vor der Gotzinger-Berufsschule in München wurden nochmals 450 Unterschriften gesammelt.

Am Abend des 12. Oktober sollten die Unterschriften im Dachauer Schloß-Café der Verhandlungskommission der IGM übergeben werden — von den Lehrlingen. IGM-Jugend und die SDAJ riefen zur gemeinsamen Demonstration auf. Treffpunkt 17.30 Uhr am Dachauer Bahnhof.

In der Abenddämmerung zogen sie los — über hundert Lehrlinge waren dem Aufruf gefolgt. Auf Transparenten verkündeten sie ihre Forderungen: „180 DM, 220 DM, 260 DM, 300 DM: Lehrlinge bitten zur Kasse!“

Als man den steilen Berg zum Schloß-Café überwunden hatte, sah man schon erste Schilder: „15%“. Den ganzen Tag über waren schon Delegationen aus den Betrieben eingetroffen, um Resolutionen zu übergeben. In den Betrieben rund um Dachau



standen die Räder still. Das Telefon 08131/34 75 klingelte ununterbrochen: Nachrichten von neuen Warnstreiks, Appelle an die Gewerkschaft, hart zu bleiben.

Als die Lehrlinge vor dem Schloß-Café standen, hatten sie schnell heraus, daß sich die beiden Verhandlungsgegner gerade zur getrennten Beratung zurückgezogen hatten. Also — zuerst zur Gewerkschaft. Die engen Wendeltreppen eines Turms ging es hinauf. Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall München, Kollege Fischer, wartete bereits, um die Lehrlinge zu empfangen. Ein Sprecher der Lehrlinge hatte sich schnell gefunden. Er versicherte der IG Metall, daß sie sich ohne weiteres auf die Kampfkraft der jungen Arbeiter und Lehrlinge stützen könne. Und als Zeichen dafür wurden unter dem Beifall der Lehrlinge die Unterschriftenlisten übergeben. Kollege Fischer bedankte sich für die Solidarität und informierte die Versammelten über den Stand der Verhandlungen. Nach wie vor beharrte die IG Metall auf ihren Forderungen. Mit nochmals der Losung „15 Prozent! 15 Prozent!“ verabschiedeten sich die Lehrlinge von ihren Gewerkschaftskollegen.

„Und nun gehts zu den Unternehmern!“ Die Lehrlinge ließen sich nicht mehr halten. „Auch den Bonzen muß gezeigt werden, daß wir auch noch da sind!“ Doch die Unternehmer lehnten einen Empfang ab. Auch eine schnell gewählte Delegation wurde nicht vorgelassen.

Die Empörung war groß. „Feige Ausbeuter!“ war die neue Losung. Schnell hatte man entdeckt, daß die Unternehmer im Erdgeschoß tagten. Durch die Glastüren konnte man sie beobachten. Doch eine der Glastüren hielt dem empörten Anprall von Dutzenden Lehrlingen nicht mehr stand. Sie sprang aus dem Schloß. Im Nu war der Saal überfüllt von Demonstranten und Transparenten. Doch auch jetzt waren die Unternehmer nicht bereit, zur Lage der Verhandlungen Stellung zu nehmen. Die neue Parole war schnell gefunden: „Kassen auf! Kassen auf!“ Und die Lehrlinge versorachen den Unternehmern, daß sie diese Losung so schnell nicht mehr vergessen werden. Einer der Lehrlinge: „Auch wenn Sie uns hier nicht ernst nehmen, die Lehrlinge in den Betrieben und Lehrwerkstätten werden Ihnen schon zeigen, daß Sie uns ernst nehmen müssen!“

Noch in der gleichen Nacht erklärte die IG Metall die Verhandlungen für gescheitert. Die Unternehmer waren nicht bereit, auf die 15% und die neuen Lehrlingstarife einzugehen. Der Kampf geht weiter.

Wolfgang Bartels

WIE SIE WISSEN, MEINE HERREN, WERDEN DIE LEHRLINGE IMMER AKTIVER. SIE SETZEN EIGENE FORDERUNGEN DURCH, SIE STREIKEN Sogar MIT IHREN ÄLTEREN KOLLEGEN!!! DAGEGEN HABEN WIR JETZT EINE GANZ TOLLE IDEE ENTWICKELT!



PROFIT

ANMERKUNG: ALS BEI OPEL IN BOCHUM ZUR UNTERSTÜTZUNG DER 15%-FORDERUNG GESTREIKT WURDE, LIESS DIE UNTERNEHMENSLEITUNG DIE LEHRLINGE IN DER LEHR-

...WERKSTATT KÜRZERHAND EINSCHLIESSEN!

WIR SCHLIESSEN SIE EINFACH EIN!



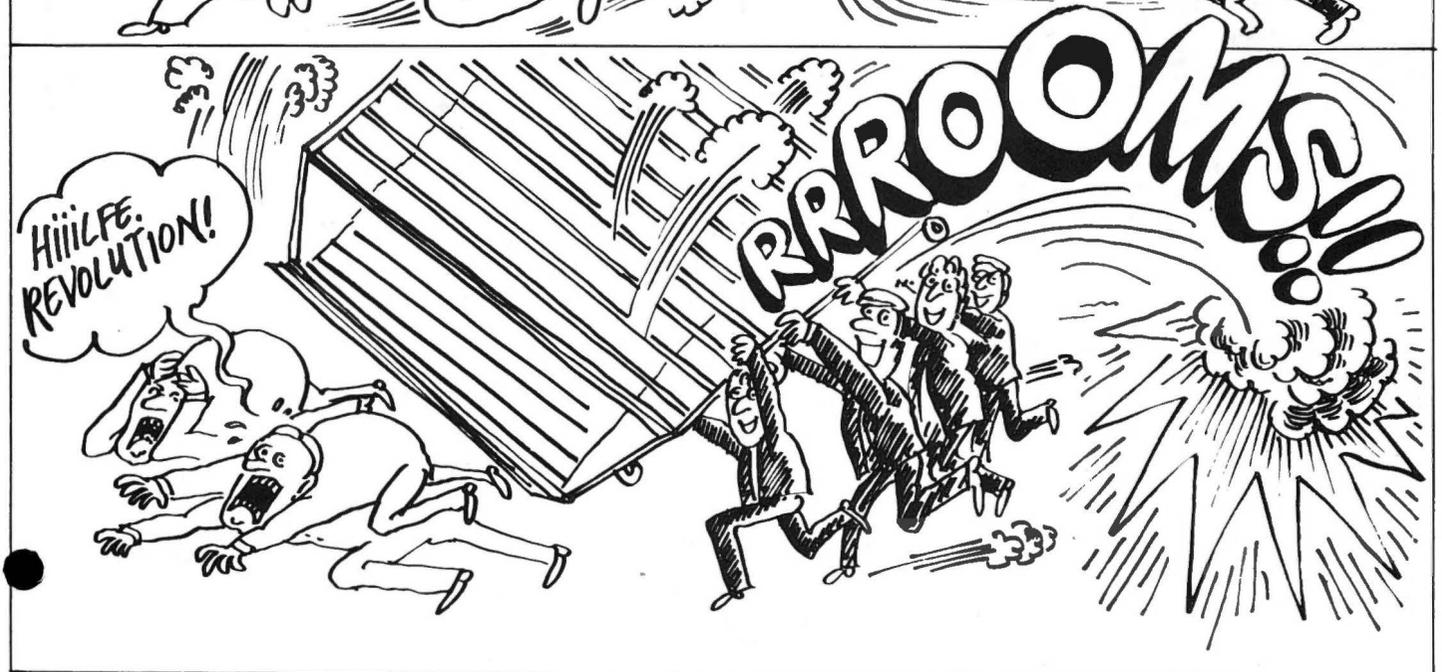
LEHRWERKSTATT



HIMMEL! DIE FEILEN SICH JA SELBST EINEN EIGENEN SCHLÜSSEL!

ZOK





# Das neue

Korea aus erster Hand, das erlebten die SDAJler Manfred Rosenbleck, Peter Dahl und Reinhard Junge im September. Sie folgten einer Einladung der Sozialistischen Arbeiterjugend Koreas. Was sie sahen und hörten, berichtet Reinhard Junge auf diesen Seiten.

# Korea

Die reine Flugzeit von Berlin-Schönefeld nach Pjöngjang beträgt zwölf Stunden. Wir überfliegen Polen, die baltischen Sowjetrepubliken, die Wolga, den Ural und die Weiten Sibiriens, können auf Nordost-China schauen und einen Blick auf das Gelbe Meer werfen. Bei den Zwischenlandungen in Moskau, Omsk und Irkutsk gehen unsere Uhren um jeweils zwei Stunden nach. In Pjöngjang beträgt der Zeitunterschied dann volle acht Stunden. Wir sind 9000 Kilometer von Berlin entfernt.

Als wir die sowjetische Düsenmaschine vom Typ TU-104 verlassen, nimmt uns eine schwüle Hitze für Augenblicke den Atem. Dann laufen drei kleine Mädchen mit bunten Röcken und roten Pioniertüchern auf uns zu, begrüßen uns mit fremden, angenehm klingenden Worten und

drücken uns einen großen Blumenstrauß in den Arm. Einige Genossen des ZK der SAJK treten auf uns zu, wir machen uns bekannt, man erkundigt sich, ob wir den Flug gut überstanden haben. Die erste Frage gilt immer dem Befinden des Gastes. Pjöngjang liegt eine halbe Autostunde entfernt. Flaches Land mit weiten Reisfeldern auf der rechten, waldigen Hügelketten auf der linken Seite. Die Chaussee liegt im Schatten endloser Baumreihen, Feldblumen blühen am Straßenrand. Der Fahrtwind läßt uns die brütende Hitze draußen vergessen, und wir ahnen noch nicht, daß auch des Nachts die Zimmertemperaturen niemals unter 22 Grad sinken.

Dann fahren wir durch die breiten Straßen der Millionenstadt Pjöngjang. Moderne, aus Fertigteilen montierte Wohnblocks bestimmen das Bild, ausgedehnte Grünanlagen

und zahllose Blumenbeete verleihen der Hauptstadt einen sauberen, freundlichen Charakter. Der Unterschied gegenüber dem Staub und Schmutz der Großstädte der Bundesrepublik ist unübersehbar: hier wurden Werke und Fabriken an den Stadtrand verlagert.

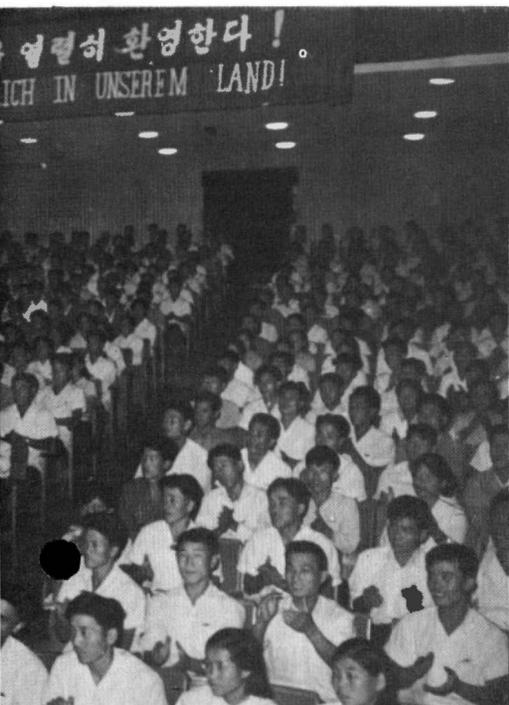
## 35 Jahre Unterdrückung und ein Krieg

Die Geschichte Koreas ist geprägt von unablässigen Versuchen der umliegenden Großmächte, sich diese Halbinsel zwischen dem Gelben und dem Japanischen Meer einzuverleiben. Die japanische Okkupation währte von 1910 bis 1945.

Während dieser 35 Jahre gab es zahlreiche Befreiungsversuche der koreanischen Patrioten – keiner hatte Erfolg. Das japanische Militär herrschte mit brutalem Terror. Gleichzeitig wurde Korea ausgeplündert und wirtschaftlich ruiniert. Als die Sowjetarmee im Sommer 1945 den Norden Koreas befreite, lebte die überwiegende Mehrheit der Menschen in Hunger und Elend.

Im August 1946 vereinigte sich die KP Koreas mit der Neuen Volkspartei zur Partei der Arbeit Koreas. Unter ihrer Führung wurden zahlreiche demokratische Reformen eingeleitet, der Aufbau einer leistungsfähigen Industrie begann. Doch der vom US-Imperialismus im August 1950 angezettelte Krieg warf das Land abermals in seiner Entwicklung zurück. Als am 27. Juli 1953 in Panmunjon das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde, lag der Norden des Landes in Trümmern: es gab keine Häuser und keine Fabriken mehr, die Bewässerungsanlagen waren zerstört, die Bevölkerung hungerte. Amerikanische Politiker prophezeiten, die Koreani-





sche Volksdemokratische Republik werde mindestens 30 Jahre brauchen, um sich von den Kriegsfolgen zu „erholen“.

### Die Tschollima-Bewegung

Tschollima – das ist in der koreanischen Sage ein Pferd, das mit einem einzigen Sprung 1000 Meilen zurücklegt. Nach dem Ende des Vaterländischen Krieges gegen den amerikanischen Imperialismus wurde es zum Symbol einer Bewegung, die das ganze Land erfaßte und alle Menschen mobilisierte. Tschollima – das hieß jetzt: alle Kräfte an den Schwerpunkten des Wiederaufbaus zu vereinen.

Die weltweite Solidaritätsaktion, insbesondere die Unterstützung durch die Sowjetunion und die DDR, half dem koreanischen Volk, die ersten Planziele vorfristig zu erreichen. Innerhalb weniger Monate wurden im Krieg zerstörte Fabriken wieder in Betrieb genommen, begann man, neue Industrieanlagen aus dem Boden zu stampfen. Heute steht die KVDR auf dem asiatischen Festland an der Spitze der industriellen Pro-Kopf-Produktion.

Wir besuchten ein Stahlwerk in der Nähe von Pjôngjang. Leistungsfähige Elektrodenöfen, niemals stillstehende Walzstraßen. Und Menschen, die wissen, daß sie nicht mehr für den Profit japanischer Konzerne, sondern für den Aufbau des Sozialismus, für sich selbst arbeiten. In diesem Werk wurde die Tschollima-Bewegung geboren. Während wir noch einem Trupp zehnjähriger Kinder nachblicken, die den Hochofenarbeitern Blumen ins Werk bringen, erinnert der Jugendsekretär des Betriebes an die schweren Jahre des Wiederbeginns: „Alles lag in Trümmern, die Menschen hungerten, Baumaterial war knapp. Doch das Land brauchte Stahl. Da haben wir uns zusammengesetzt: Partei, Jugend-

verband und Gewerkschaft. Wir haben mit den Arbeitern diskutiert, und sie haben eingesehen, daß es nötig war, gerade hier den Anfang zu machen. Bereits 1958 haben wir mehr Stahl produziert als jemals zuvor. Und heute – heute bauen wir Werkzeugmaschinen und große Turbinen.“

### Reis für das Volk

Wir sind zu Gast in Tschon-San-Li, einer Landwirtschafts-Kooperative unweit der Hauptstadt. Die Vorsitzende der Genossenschaft, eine noch jugendliche Frau namens Byon Tschan Bok, begrüßt uns auf der Vortreppe des Versammlungshauses und führt uns in einen kleinen, angenehm kühlen Beratungsraum. Während wir von dem angebotenen Obst probieren, beginnt die Genossin Byon, uns die Geschichte ihres Dorfes zu erzählen.

„Als unser Land von der Herrschaft der Japaner befreit wurde, haben wir uns auch von den Großgrundbesitzern befreit. Zum ersten Mal konnten wir selbst ernten, was wir gesät hatten. Doch es gab ein neues Problem. Früher hat sich der Norden unseres Landes niemals selbst mit Reis versorgen können, stets waren wir auf den Süden angewiesen. Dort aber hatten sich die Amerikaner festgesetzt, und sie unterbanden jeglichen Handel. So mußten wir uns von da an selbst versorgen.“

Dann kam der Krieg. Die Amerikaner verwüsteten unsere Felder, verbrannten den Reis und stahlen unser Vieh. Nachdem wir sie vertrieben hatten, standen wir mit leeren Händen da: es gab kein Saatgut und keine Geräte, wir alle hatten Hunger. Und doch haben wir wieder Reis gepflanzt . . .“ Wir gehen durch das Dorf, besichtigen den modernen Maschinenpark der Genossenschaft und blicken auf die Felder, deren Ausgedehtheit uns schon auf der Anfahrt erstaunt hat. Wir fragen, man lächelt: „Heute wird nicht mehr jeder Reishalm einzeln in den Schlamm gepflanzt. Wir haben moderne Bewässerungsanlagen geschaffen. Wenn die Pflanzen groß genug sind, überfluten wir die Felder und lassen das Wasser zur Ernte wieder ablaufen. Gesät und gemäht wird heute mit Maschinen – ein Einzelbauer hätte das nie geschafft.“

### Den Kindern das Beste

Von all dem, was wir während dieser einen Woche in der KVDR sahen und erlebten, hat uns der Besuch im Pionierpalast von Pjôngjang am nachhaltigsten beeindruckt. Gleich nach der Befreiung des Nordens hatte man begonnen, das ganze Land mit einem dichten Netz von Schulen, Kindergärten und Jugendzentren zu überziehen. „Für die Erziehung unserer Kinder“, erläuterte unser Dolmetscher, „ist uns nichts zu groß, zu teuer oder zu mühevoll.“ Diese Worte fanden im Pionierpalast – und dieser Name hat seine Berechtigung – ihre deutlichste Bestätigung.

Das zehnstöckige Gebäude mit seinen mehr als 500 Sälen und Studienräumen wurde im Jahre 1963 als Zentrum der Freizeitgestaltung für die Kinder der Hauptstadt errichtet. Tag für Tag stehen den Jungen und Mädchen mehr als 200 Erzieher zur Verfügung, die sie in zahlreichen Hobbygruppen und Studienzirkeln anleiten und beraten.

Im Pionierpalast kann man alles lernen, was Kinder interessiert und begeistert: vom Deckchensticken bis zum Traktorfahren, von der Riesenfelge am Hochreck bis zur sicheren Beherrschung modernster Drehbänke. Mit welchem Niveau hier gespielt und gearbeitet wird, wurde uns am Beispiel eines fast zweistündigen, mitreißenden Kulturprogramms demonstriert, das ausschließlich von Jungen und Mädchen im schulpflichtigen Alter dargeboten wurde. Und der Dirigent des siebzigköpfigen Orchesters war ein Knirps von nicht mehr als zwölf Jahren.

### Kampf dem Imperialismus!

17 Jahre nach dem Krieg sind auch die letzten Spuren seiner Verwüstungen beseitigt. Doch all das, was sich die Bevölkerung der KVDR in dieser Zeit unter großen Anstrengungen erarbeitet hat, schwebt ständig in der Gefahr, abermals zerstört zu werden.

„Unser Land ist künstlich gespalten“, erklärte uns der Zweite Stellvertretende Ministerpräsident Pak Son Tschol während eines mehr als einstündigen Gesprächs. „Die Amerikaner halten den Süden unserer Heimat besetzt und haben ihn zu einem hochgerüsteten Brückenkopf gegen die KVDR und die anderen sozialistischen Länder ausgebaut.“

Frieden haben wir nicht. Ein Waffenstillstand, der ständig gebrochen wird, kann kein Frieden sein. An der Demarkationslinie wird immer geschossen, es gibt bis zu 30 Provokationen und Grenzverletzungen pro Tag. Das ist der Grund dafür, daß wir etwa 30 Prozent unseres Nationaleinkommens für die Landesverteidigung ausgeben . . .“

Solche Sätze hörten wir in Korea immer wieder. Gleichzeitig kommt die Entschlossenheit zum Ausdruck, das sozialistische Korea mit der Waffe in der Hand gegen den US-Imperialismus zu verteidigen.

In den zahlreichen Gesprächen, die wir mit den Genossen des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterjugend Koreas führten, in jenem Stahlwerk nördlich Pjôngjangs, in Tschon-San-Li und auf einem Meeting mit mehr als 1000 koreanischen Jugendlichen kam eines immer wieder zum Ausdruck: daß es notwendig ist, die solidarische Zusammenarbeit zwischen der SAJK und der SDAJ auszuweiten und zu verstärken. Weil die internationale Solidarität die unverzichtbare Ergänzung des Kampfes für Frieden und Sozialismus ist, den jeder Verband in seinem eigenen Land zu führen hat.

# Heldenmut den Tod

Erlebnisse unter jungen Braunen

Von Wolfgang Bartels

Nazis sind nicht nur diejenigen, die trotz Holzbein und Armprothese aus zwei Weltkriegen nichts gelernt haben. Es gibt auch junge Nazis, die von neuem für die „Rettung des Vaterlandes“ bereitstehen. Die Alten haben sich ihren Nachwuchs gesichert, ihre Saat ist aufgegangen. Was sind das für Menschen, diese jungen Leute, die mit dem Schlachtruf „Deutschland, wir kommen!“ alle „Verzichtspolitiker“ erschrecken wollen? Ich wollte sie kennenlernen.

Ein guter Anlaß dazu schien mir der „1. Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten“, also der NPD-Jugend zu sein. Ein Anruf beim Bundesjugendreferenten der NPD, Andreas Rau, genügte. Selbstverständlich könne ich am Kongreß teilnehmen, beeilte er sich, mir zu versichern.

So machte ich mich dann auf den Weg nach Burg Staufenberg bei Gießen, wo der Kongreß am 19. September eröffnet werden sollte. NPD-Schilder wiesen mir den Weg. Auf der Burg angekommen, geriet ich in ein geheimnisvolles Wirrwarr. Einige Leute flüsterten miteinander, andere gaben mit bedeutungsvollen Mienen Zettel weiter, eben angekommene Autos fuhren wieder ab, nachdem die Fahrer sich – natürlich ohne viel Aufsehen – Anweisungen geholt hatten. Das ganze leitete eine kleine Gestalt, die sich mir mit wichtiger Stimme als Henning Jäde, Landesjugendreferent der NPD in Bayern, vorstellte. Er bestellte mir, ich könne nicht am Kongreß teilnehmen. Auch das Vorzeigen der Einladung, die ich am Tage zuvor bekommen hatte, half nichts. Warum?

1  
Empört berichtete Jäde, radikale Kräfte hätten versucht, den Kongreß zu verhindern. Sie hätten es sogar so weit gebracht, daß der Besitzer des Lokals nun den Raum verweigerte. Und das lasse man sich nicht bieten, und deshalb sei der Kongreß jetzt nicht mehr öffentlich. Der Vorwand für eine Geheimtagung war da.

Doch was steckte hinter den „radikalen Kräften“? Der Saal auf dem Staufenberg war von dem hessischen NPD-Landtagsabgeordneten und ehemaligen SS-Mann Zimmermann („Ich brauche mich bei keinem für meine Vergangenheit zu entschuldigen!“) angemietet worden – allerdings unter falscher Flagge. Zimmermann trat als Agent der Versicherungsgesellschaft „Agrippina“ auf, bei der er beschäftigt ist. Er nennt das „Ausnutzen von geschäftlichen Beziehungen“. Doch ein Anruf bei der Firma genügte, um Zimmermann auf die Schliche zu kommen. Der Wirt löste sofort den Mietvertrag.

Das war der eigentliche Grund dafür, daß sich die

JN nach einem neuen Tagungsort umsehen mußten. Verständlich, daß man das nicht zugeben wollte.

Jäde wollte mir trotz einstündiger Diskussion den neuen Tagungsort nicht nennen. Wirklich – die jungen Neonazis wollten unter sich bleiben. Als Jäde zu einem seiner Leute sagte, das wäre wohl gerade der letzte ankommende Wagen gewesen, war das das Zeichen, mich schnell zu verabschieden. Jäde hatte mir gerade empfohlen, mir statt des Kongresses die schöne Landschaft anzusehen.

2

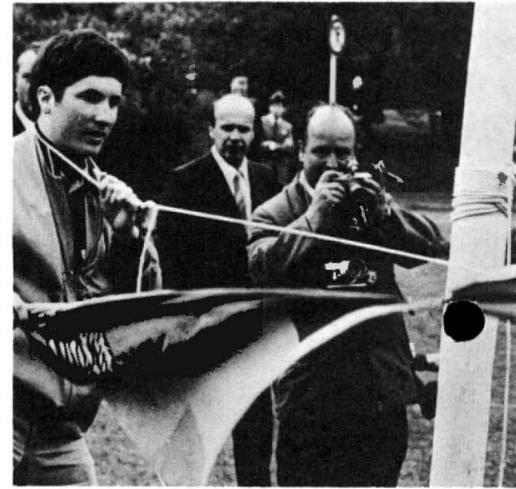
Das tat ich dann auch. Doch dabei ließ ich nie diesen letzten Wagen aus dem Auge. So brachte er mich schnurstracks zum neuen Ort – nach Münster im Landkreis Gießen, ca. 30 km von Staufenberg entfernt.

Vor der Halle stand ich nun. Aber hinein kam ich trotzdem nicht. Selbst Herr Rau, der mich tags zuvor noch eingeladen hatte, verweigerte mir nun den Zutritt, wollte die endgültige Entscheidung jedoch Herrn von Thadden persönlich überlassen. Dabei gefallen sich die JN sehr darin, ständig ihre Unabhängigkeit von der Parteiführung und die Durchführung „ihres“ Kongresses in eigener Initiative zu betonen. Doch mit Raus Bemerkung „Herr Thadden sagt nein!“ war für ihn die Frage meiner Teilnahme am Kongreß erledigt. Führer befehl. . .

Die Delegierten des Kongresses waren nicht gewählt. Angeblich konnte jedes Mitglied der JN teilnehmen. Trotzdem kam man nur auf ca. 200 Teilnehmer. Sie sollten die Sprecher von angeblich 3000 Mitgliedern der JN sein.

3

So stand ich vor der Halle und mir blieb eigentlich nichts anderes übrig, als zu versuchen, mit einigen der Delegierten ins Gespräch zu kommen. Doch auch hier Fehlanzeige. Kaum hatten sich zehn von ihnen um mich versammelt, wurden sie auch schon von Rau zurückgepfiffen: „Nicht mit Fremden diskutieren! Es könnte eine unvorsichtige Äußerung fallen!“ Vor welchen „unvorsichtigen Äußerungen“ fürchtet sich die NPD?



DJO-Mitglieder reißen beim Kasseler Treffen die DDR-Flagge herunter.

NPD-Chef Adolf von Thadden im vertraulichen Gespräch mit dem Bundesjugendreferenten der NPD, Andreas Rau, (Mitte) und dem Pressesprecher der NPD, Richard: Führer befehl. . .

Denkmal für das Sturzkampfgeschwader Immelmann:  
„Heldenmut überwindet den Tod!“



# überwindet



Am Abend veranstalteten die Jungen Nationaldemokraten ihre unvermeidliche Heldengedenkfeier am Denkmal für das Sturzkampfgeschwader Immelmann aus dem Ersten Weltkrieg. Das Motto des Denkmals „Heldenmut überwindet den Tod“ soll wohl wieder Richtschnur für den Tatendrang der Neonazis und Revanchisten sein.

Für den Sonntagmorgen hatten verschiedene Organisationen (u.a. SHB, Gewerkschaft ÖTV und Bau, Steine, Erden, DKP und VVN) zu einer antifaschistischen Kundgebung in Gießen aufgerufen. Doch wer lief denn da zwischen den Demonstranten herum? Waren das nicht meine „Freunde“ von gestern. Tatsächlich! Mit Mao-Plaketten und Vietnam-Abzeichen hatten sich JN-Mitglieder unter die Demonstranten gemischt. Agents provocateurs wie sie im Buche stehen!

Nach der Kundgebung beschloß man, zu einem Diskussionsforum der JN zu gehen. Großspurig hatten die Jung-Nazis Jungsozialisten und Jungdemokraten zur Diskussion eingeladen. Doch wer diskutieren wollte, fand einen von Neonazis bereits besetzten Saal vor. Die NPD hatte den kleinsten Saal der Gießener Kongreßhalle gemietet. Kaum zwanzig Andersdenkenden gelang es noch, Einlaß zu finden. So war es ein leichtes, die „Linksradikalen“, die nicht den Mut gefunden hätten, sich der Diskussion zu stellen mit dürftigen Witzen zu bedenken: „Wo sind denn unsere Gegner? Sie haben bei der Herfahrt wohl einen Sack Tomaten verloren?“ Derweil standen sie draußen vor der Tür, von den Ordnern am Betreten der Halle gehindert. Den wenigen, die dennoch ein kritisches Wort wagten, wurde „mangelnde geistige Potenz“ vorgeworfen. Der in Moskau unterzeichnete Gewaltverzichtsvertrag stand im Trommelfeuer der Angriffe der Neonazis. Man sei zum „aktiven Widerstand gegen die Politik der bedingungslosen Unterwerfung“ bereit. Falls es zu einer Ratifizierung kommen werde, verkündete JN-Führer Rau, würde man in Bonn „tüchtig einheizen“. Mit einem auf dem Kongreß verabschiedeten Lehrlingsprogramm versuchen die Jung-Nazis, noch mehr Jugendliche fürs „Einheizen“ (oder

Verheizen – wie man will) zu gewinnen. Doch ein Programm, das sich die Aufgabe stellt, „die Betriebsgemeinschaft mit ihrer wertvollen Persönlichkeitsbildenden Wirkung zu fördern“ und sonst nur ein paar irgendwo abgeschriebene und zusammengewürfelte Forderungen enthält, wird nicht dazu in der Lage sein.

Den Grund für das plötzliche Interesse an den jungen Arbeitern und Lehrlingen hatte die NPD bereits wenige Wochen zuvor in ihrem Parteiblatt „Deutsche Nachrichten“ zum besten gegeben. Dort hieß es: Die JN hätte „den Schwerpunkt ihrer Arbeit bei der 14 – 20jährigen Jugend anzusetzen, bei der wegen des frühen Kontaktes mit der Arbeitswelt Ordnungsvorstellungen, Führungsbedürfnis und Staatsbewußtsein stärker ausgeprägt sind, als bei Oberschülern, die mehr zu verantwortungsfreien, theoretischen Experimenten neigen.“ Die kapitalistische Betriebshierarchie ist für die NPD das beste Erziehungsmittel. Ordnung und Führung im autoritären Staat.

## 5

Doch Neonazismus und Revanchismus – ist das nur die NPD? Dieser Frage wollte ich nachgehen. Drei Wochen nach dem Gießener NPD-Jugendthing sollte in Regensburg der „2. Kongreß junger Sudetendeutscher“ veranstaltet werden – von der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der wichtigsten und größten der verschiedenen „Vertriebenenverbände“. Also meldete ich meine Teilnahme an.

Im Rahmen des Kongresses sollte der Bundesgruppentag der Sudetendeutschen Jugend (SdJ), dem Jugendverband der SL stattfinden. Die SdJ ist ein Teil der Deutschen Jugend des Ostens (DJO), die den Dachverband für die landsmannschaftlichen Jugendverbände bildet. Die DJO – das ist die Jugendgruppe, aus deren Reihe die Provokateure kamen, die durch das Herunterreißen der DDR-Fahne in Kassel die Gespräche zwischen Brandt und Stoph verhindern wollten. Unter dem Motto „Deutschland und Europa in den 70er Jahren“ versammelten sich junge und etwas ältere Jugendliche im Regensburger Kolpinghaus, deren Eltern Sudetendeutsche waren, Sudetendeutsche, die in Hessen, Bayern, Nie-

dersachsen usw. längst eine neue Heimat gefunden haben. In diesen jungen Leuten soll – auch mit Hilfe dieses Kongresses – die Erinnerung an eine „Heimat“ wachgehalten werden, die sie nie im Leben gesehen haben.

## 6

SL-Präsident Becher beschwor die Kinder seiner „Vertriebenen“: „Ihr jungen Deutschen und Sudetendeutschen seid im Besitztitel des Rechtes auf Deutschland und auf die Heimat der Väter, ganz unabhängig davon, ob ihr in dieser Heimat geboren seid oder nicht.“ Auch unabhängig davon, ob die Eltern dort geboren wurden: von annähernd 40 % der DJO-Mitglieder stammen noch nicht einmal die Eltern oder Großeltern aus den Ostgebieten. Ganz richtig stellt Eckart Spoo in der Frankfurter Rundschau fest: „Nicht gemeinsames Vertriebenenschicksal führt also die DJOler zusammen, sondern eine gemeinsame großdeutsche Ideologie.“

Becher hört es nicht gerne, wenn man seine Organisation mit Revanchistenverband tituliert. Doch im Ergebnis eines der Arbeitskreise heißt es: „In Kenntnis der Realitäten muß man Zielvorstellungen entwickeln, die auf die Dauer eine Änderung der tatsächlichen Gegebenheiten herbeiführen können“. Das heißt nichts anderes, als daß Gebiete, in denen irgendwann einmal Deutsche gesiedelt haben, wieder heim ins Reich geholt werden sollen, koste es auch noch so viele Opfer. Ist das etwa nicht der Revanchegedanke, der schon einmal Vorwand für einen Weltkrieg war? Wird hier etwa zum nächsten Anlauf getrommelt? Das ist Revanche, die ihre Rechtfertigung in Geschichtsklitterungen sucht. Angelpunkt ist die Wiederherstellung des „vollen Selbstbestimmungsrechtes“. Das sei schon 1918 mißachtet worden, indem die „Sudetenländer“ der damals entstandenen Tschechoslowakei eingegliedert worden seien. Da dieser Akt rechtswidrig erfolgt sei, habe er keine Gültigkeit. Daraus wurde die Rechtfertigung für Hitlers Erpressung im sogenannten „Münchener Abkommen“ von 1938 abgeleitet (wodurch Großbritannien und Frankreich zusammen mit der faschistischen Regierung Italiens das Sudetenland an Hitler auslieferten und den deutschen Imperialismus nazistischer Prägung damit zur anschließenden Besetzung der ganzen Tschechoslowakei ermunterten). Der Extrakt daraus besagt: Deutschland hat der CSR niemals, die CSR aber Deutschland wiederholt Unrecht angetan. Die Konsequenz aus solcher „Beweiskette“ ist der Rechtsanspruch der SL auf die Beseitigung des „Unrechts“, d.h. für Becher und seine Mannen Beseitigung des Sozialismus in der CSSR und in ganz Europa.

## 7

Und wie wollen diese jungen Revanchisten das Konzept vom neuen Reich unter antikommunistischen Vorzeichen verwirklichen? Darauf gab Dr. Bruno Bandulet, ein weiterer Referent des Kongresses, eine Antwort: „Wir sind bereit, die nationalstaatliche Souveränität zugunsten einer größeren Einheit aufzugeben“. Natürlich: „Dieses Europa hat keinen Sinn, wenn es nicht eine

Fortsetzung Seite 16

# Das meinen die Jugendverbände zur DJO

Reaktionäre aller Schattierungen bangen um ihren Jugendableger: die Vertriebenenverbände und die CDU, der „Bayernkurier“ (Demokraten unerwünscht) und der „Rheinische Merkur“ („Jagd auf die DJO“). Der Junge-Union-Vorsitzende Echnach biles zur Hatz auf Gerhard Weber (stellvertretender DBJR-Vorsitzender), der ebenso wie andere demokratische Jugendfunktionäre die DJO nicht mehr in demokratischen Gremien dulden möchte.

„Soll die Deutsche Jugend des Ostens aus den Jugendringen ausgeschlossen werden?“ Diese Frage wird in den Jugendringen spätestens seit dem Kasseler Treffen der beiden Willis lebhaft diskutiert. Dort verkörperte die DJO den jugendlichen Vortrupp der Ewiggestrigen und versuchte zu stören. Der Flaggenzwischenfall ging auf das Konto von DJO-Mitgliedern. Ende Mai 1970, auf der 37. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes im Kloster Altenberg bei Köln wurde die DJO-Politik verurteilt, der Verband kam nur knapp an einem Ausschluß vorbei. Die Mehrzahl der Delegierten meinte, man müsse einen solchen Schritt erst in den Gremien der einzelnen Jugendverbände beraten.

Wie sieht das Ergebnis dieser Beratungen aus? Man hat die Jugendverbände befragt. Einige Verbandsspitzen werden sich erst in den nächsten Wochen entscheiden. Andere Jugendverbände erklärten klipp und klar: Die DJO muß raus! Auf der 38. Vollversammlung des DBJR, die am 24. und 25. November 1970 in Westberlin tagt, wird ein Ausschlußantrag gegen die DJO vorliegen.

Wie werden sich die Jugendverbände zu diesem Antrag verhalten? Man veröffentlicht Stimmen zu dieser Frage. Man ruft seine Leser auf: Laßt die Demokraten im Bundesjugendring nicht im Stich. Schreibe jeder Leser an den Vorstand des Jugendverbandes, dem er nahesteht. Kümmere sich jeder von uns auch um die revanchistischen und neonazistischen Jugendgruppen in den Städten und Gemeinden. Keinen Pfennig für die jungen Braunen! Keinen Sitz und keine Stimme für Jugendorganisationen der Fortschrittsfeinde und Ewiggestrigen.

## DJO-Verband der Vergangenheit

Walter Haas,  
Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes

An unserer Meinung hat sich seit Altenberg nichts geändert. Dort haben wir den Antrag mit eingebracht, in dem die Meinung vertreten wurde, daß eine Arbeitsgemeinschaft wie der DBJR ohne die DJO auskommen sollte. Wir sind der Meinung, daß diese Arbeitsgemeinschaft von Jugendverbänden ihre Aufgabenstellung auf die Erfahrungen von gestern gründet und mit den Mitteln von heute für die Zukunft arbeitet. Im Hinblick auf die DJO vertreten wir, die Gewerkschaftsjugend und ich persönlich, die Meinung, daß die DJO absolut nicht auf die Zukunft, sondern die Vergangenheit ausgerichtet ist. Wir meinen, das ist der entscheidende Punkt, der sie abhebt von allen anderen Jugendverbänden im Bundesjugendring. Unser Antrag wird noch näher begründet werden.

## Verurteilung der DJO

Beschluß der Landeskonferenz der Jungsozialisten Landesverband Nordrhein-Westfalen

Die Landeskonferenz unterstützt die Verurteilung der Deutschen Jugend des Ostens, welche die Vollversammlung des DBJR wegen des Verhaltens der DJO beim Treffen der beiden deutschen Regierungschefs in Kassel ausgesprochen hat. Die reaktionäre DJO hat sich mit ihrem Verhalten erneut als faschistisch erwiesen und sich selbst aus dem Zusammenschluß der Jugendverbände ausgeschlossen. Die JuSo in NRW sind der Ansicht, daß die Bestrebungen der DJO nicht im Einklang mit der Satzung des DBJR stehen und fordert alle demokratischen Kräfte im Bundesjugendring auf, den Ausschluß der DJO zu betreiben. Die Landeskonferenz fordert ferner den Ausschluß der DJO aus dem Landesjugendring NRW und den Stadtjugendringen.

## Kein Platz für Revanchisten

Gerhard Weber,  
Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Männer in Hamburg und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes:

Auf dem Hintergrund der politischen DJO-Erklärungen ist das Auftreten der DJO-Mitglieder zu verstehen, die durch die DDR-Flaggenschändung die Fortsetzung der Kasseler Konferenz ernsthaft gefährdet hatten. Wenn sich auch die Bundesführung der DJO von ihrem Referenten für politische Bildung, der für die Fahnenchändung verantwortlich war, distanziert hat, so kann man immerhin in der Lokalpresse Norddeutschlands Solidaritätserklärungen von DJO-Gruppen lesen, die dann so lauten: „Elmshorner DJOler erklären sich solidarisch. Wir sehen in der Tat der beiden Elmshorner DJO-Mitglieder einen begrüßenswerten und notwendigen Protest . . .“ (Elmshorner Nachrichten, 25. Mai 1970). Eins zeigt die Diskussion der Vertreter

der Jugendverbände im DBJR ganz klar: Feinde einer Entspannung- und Verständigungspolitik mit der DDR und Osteuropa haben in diesem Gremium keinen Platz mehr. Große Kreise der Jugend in der BRD unterstützen die Bemühungen von Willy Brandt und Willi Stoph und lassen sich dabei von alten und jungen Revanchisten nicht steuern in den Weg legen. Die Diskussion über die demokratische Legitimation der DJO als Mitgliedsverband in den Jugendringen hat begonnen. Durch ihre Kasseler Erklärungen und durch ihr revanchistisches Auftreten hat sie schon heute ihre Mitgliedschaft in den Jugendringen und ihre Förderungswürdigkeit durch den Staat verloren.

## Junge Union: Die „demokratische“ DJO und der „ultralinke“ Gerh. Weber...

Presseinformation der Jungen Union Deutschlands:

Der Bundesvorsitzende Jürgen Echter nach MHB (Hamburg) hat am Freitag den Vorstand des Bundesjugendringes aufgefordert, sich umgehend von den „unverantwortlichen politischen Äußerungen“ seines stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gerhard Weber zu distanzieren. Vor Mitgliedern seiner Organisation erklärte Echter nach Angaben eines Sprechers in Bensheim-Auerbach: Der ultralinke FDP-Politiker aus Hamburg mißbrauche sein Amt als stellvertretender Bundesjugendring-Vorsitzender zur eindeutigen Propaganda für die Ostpolitik der linken Regierungskoalition in Bonn und versuche, demokratische Jugendverbände wie die „Deutsche Jugend des Ostens“ zu diffamieren und aus dem Bundesjugendring zu liquidieren. So habe Weber in einem Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes jetzt den Ausschluß der „Deutschen Jugend des Ostens“ aus dem Bundesjugendring verlangt und betont, daß „große Kreise der Jugend in der Bundesrepublik“ die Bemühungen von Willy Brandt und Willi Stoph unterstützen und sich von „jungen Revanchisten keine Steine in den Weg legen ließen. Gleichzeitig fordert Weber aber seit Monaten die Aufnahme der eindeutig linksradikalen „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (die sich durch einen Anschluß an den Bundesjugendring an der Steuerkasse des von ihr permanent beschimpften kapitalistischen Staates der Bundesrepublik leben wolle). Echter nach vertritt die Auffassung, daß die durchsichtige Haltung Webers den Bundesjugendring zu einem politischen Kampfverband umfunktionieren solle und weitere Spaltungstendenzen befürchten ließen.

## Wer Frieden und Demokratie will, muß sich von der DJO trennen

Roif Priemer, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend:

Die SDAJ ist nicht Mitglied des Deutschen Bundesjugendringes. In den Gremien, in denen sie mitarbeitet, tritt sie je nach für den Ausschluß der DJO ein, ebenso für die Sperrung aller finanziellen Förderungsmittel für diesen re-

vanchistischen Jugendverband. Die DJO erzieht die Jugend nicht im Geiste der Völkerfreundschaft, sondern sie hetzt gegen andere Völker. Sie beansprucht Gebiete, die zu Polen, der CSSR, der Sowjetunion und anderen Staaten gehören, für den westdeutschen Imperialismus. Sie will den Völkern dieser Länder eine Gesellschaftsordnung bringen, die diese nicht wollen. Die DJO hat ein Programm, das nur durch Krieg zu verwirklichen ist. Wer für den Frieden eintritt, muß sich also von der DJO trennen.

Die DJO erzieht die Jugend nicht im Geiste der Demokratie. Mitbestimmung, Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, mehr politische Rechte für die Jugend und die Arbeiter, für das Volk — das sind die Forderungen, die man in DJO-Erklärungen vergeblich sucht. Statt dessen schlägt sich die DJO auf die Seite der reaktionärsten Kräfte in diesem Lande, die die Herrschaft der wenigen Besitzenden verewigen wollen und sie auch auf die Völker ausdehnen möchten, die neue, menschliche, eben sozialistische Formen des Zusammenlebens der Menschen gewählt haben. Die DJO ist die Jugendabteilung der am meisten antikomunistischen und volksfeindlichen Kräfte des Kapitals, jener Kräfte, die auch vor faschistischen Herrschaftsmethoden des Imperialismus nicht zurückschrecken. Wer für die Demokratie eintritt, muß sich von der DJO trennen.

Schließlich ist auch von der Bundesregierung und den Landesregierungen zu verlangen, die vielfältige und politischen Unterstützungen für die DJO einzustellen. Wenn die Regierung ernsthaft Frieden, Demokratie und Entspannung will, wenn sie den Moskauer Vertrag realisieren will, dann kann sie nicht gleichzeitig eine Politik finanzieren, die diesen Zielen zuwiderläuft.

## Noch kein abschließendes Urteil

Dipl.-Soziologe  
Werner Lichtwark,  
Vorsitzender der Jugendpolitischen Kommission der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend Deutschlands (AGEJD):

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands hat sich zu einem Antrag auf Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens aus dem Bundesjugendring, wie er möglicherweise zur nächsten Vollversammlung gestellt werden wird, noch kein abschließendes Urteil gebildet. Die Evangelische Jugend will das Material berücksichtigen, das über eventuelle Verstöße der DJO gegen das Grundgesetz oder gegen die Satzung des Bundesjugendringes von verschiedenen Jugendverbänden zusammengetragen werden soll. Die EJD vertritt die Auffassung, daß der DBJR ein Dachverband aller Jugendverbände ist, soweit sie sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik und Satzung des DBJR bekennen. An diesen Kriterien wird die Evangelische Jugend das Verhalten der DJO wie auch der SDAJ (und natürlich aller anderen Verbände) messen. Wir sehen zwischen dem Aufnahmeantrag der SDAJ und einem Verbleiben der DJO im Bundesjugendring eine Verbindung. Der Deutsche Bundesjugendring kann hier, was die eben genannten Kriterien betrifft, nicht mit zweierlei Maß messen. Für die internationalen Bemühungen des Bundesjugendringes wäre es ein großes Handicap, zwar die Deutsche Jugend des Ostens, nicht aber die SDAJ zu ihren Mitgliedsverbänden zu rechnen. Die AGEJD hat in Anbetracht des bisherigen Verhaltens der SDAJ und den aktuellen politischen Problemen auf der letzten Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendring-

es in Altenberg für eine Aufnahme der SDAJ gestimmt, da der Evangelischen Jugend keine echten Beweise für einen Verstoß gegen Grundgesetz und Satzung des DBJR vorlagen. Wenn dies auch bei der DJO der Fall sein sollte, wird die EJD gegen einen Ausschlußantrag votieren. Erstmals in Altenberg war aufgrund des Aufnahmeantrages der SDAJ und der Verurteilung der Kasseler Auswüchse, an denen die DJO beteiligt war, eine echte politische und gesellschaftskritische Diskussion möglich. Die AGEJD hält diese Diskussion im Bundesjugendring auch weiterhin für nötig.

## NFJ gegen Junge Union und DJO

Erklärung der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands:

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Jürgen Echter nach, hat vor Vertretern seiner Organisation den Vorstand des Deutschen Bundesjugendringes aufgefordert, sich von den „unverantwortlichen“ Äußerungen seines stellvertretenden Vorsitzenden, Gerhard Weber, zu distanzieren.

Gerhard Weber hatte in verschiedenen Veröffentlichungen die Entspannungsmaßnahmen der Bundesregierung zu den Völkern Osteuropas unterstützt, weil dadurch auch bessere Verständigungsmöglichkeiten mit den Jugendorganisationen dieser Länder geschaffen werden. Die Forderung auf Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens aus dem Deutschen Bundesjugendring stehen in ursächlichem Zusammenhang mit den fortgesetzten Versuchen der DJO, die Verständigung zu verhindern und die Satzung des DBJR zu unterlaufen. Die Naturfreundejugend Deutschlands weist mit Entschiedenheit die Forderung Jürgen Echnernachs zurück, weil sie einen Versuch darstellt — über einzelne Persönlichkeiten — demokratische Jugendverbände zu diffamieren. Die Junge Union sollte ebenso wie die DJO zur Kenntnis nehmen, daß die Sicherheit Europas und damit die Verständigung mit den Völkern Osteuropas im Interesse auch der jungen Generation unseres Landes ist.

## „Falken“ für Ausschluß der DJO

Mitteilung der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken:

Der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken — hat beschlossen, auf der bevorstehenden Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes, am 24./25. November 1970 in Berlin, den Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) zu beantragen.

Wie es in der Erklärung der Falken dazu heißt, basiert der Beschluß des Verbandes auf der kritischen Beobachtung und Überprüfung der Arbeit der DJO. Die Sozialistische Jugend Deutschlands erkennt an, daß in einem Teil der Gruppen der DJO jugendpflegerische Arbeit geleistet wird. Diese Arbeit kann jedoch nicht den revanchistischen und nationalistischen Gesamtcharakter des Auftretens und Wirkens der Deutschen Jugend des Ostens verwehren.

Seit langem haben die Falken und andere Jugendverbände die Tätigkeit der rechtgerichteten DJO mit Sorge beobachtet. Insbesondere im Bereich der politischen Bildung hat die DJO seit Jahren versucht, die rückwärtsgerichteten Vorstellungen der Vertreterbenen-

bände in die Reihen der jungen Generation zu tragen. Die Ergebnisse solcher Bemühungen wurden der Öffentlichkeit beim Auftreten der DJO anlässlich des Kasseler Treffens der Reglerungschefs der Bundesrepublik und der DDR deutlich.

Die Sozialistische Jugend hält den Ausschluß der DJO aus dem Deutschen Bundesjugendring im Interesse einer glaubwürdigen, auf Verständigung gerichteten Arbeit der Jugendorganisation für notwendig.

Eine weitere Mitgliedschaft der DJO im Bundesjugendring würde den in der Satzung niedergelegten Grundsätzen des Jugendringes, der sich für gesamtdeutsche Jugendkontakte, internationale Begegnungen und Verständigung der Jugend in der Welt einsetzt und militaristische und nationalistische Tendenzen bekämpft widersprechen. Der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Deutschlands, die Falken, fordert alle Jugendorganisationen auf, durch eine gemeinsame Haltung in der Frage des Ausschlusses der DJO zu dokumentieren, daß die Junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland alle Versuche zur Wiederbelebung nationalistischer Tendenzen ablehnt.

## Deutlich distanzieren

Christlan Götz, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen:

Der Deutsche Bundesjugendring hat auf seiner letzten Vollversammlung die Kasseler Presseerklärung von Heinz Patock (DJO-Bundesführer) mit überwältigender Mehrheit verurteilt und darüber hinaus über den Ausschluß der DJO debattiert. Dabei haben die DJO-Vertreter gefordert, diese Frage nicht „nur“ unter dem Gesichtswinkel der Kasseler Vorgänge zu diskutieren. Man müsse sich mit dem Verband in seiner gesamten Arbeit auseinandersetzen. Aber wenn man gerade dieser Forderung nachkommt und Kassel im größeren Zusammenhang sieht, wachsen die Sorgen. Die Überzeugung wird stärker, daß wir es hier mit einer Organisation zu tun haben, von der sich alle demokratischen Jugendorganisationen deutlich distanzieren müssen. Genauso berechtigt ist die Frage, ob es weiterhin vertretbar ist, den „kalten Krieg“ der „Nachwuchs-Vertriebenen“ weiterhin mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

## Für den Ausschluß stimmen

Karl Zelfang, Bundesjugendleiter der Solidaritätsjugend Deutschlands:

Der VII. ordentliche Bundeskongreß der Solidaritätsjugend hat zu der Frage Ausschluß DJO aus dem Bundesjugendring nach Diskussion eines vorliegenden Antrags folgenden Beschluß gefaßt:

„Den Delegierten der Solidaritätsjugend auf der nächsten Vollversammlung des DBJR wird im Falle des Vorliegens eines Ausschlußantrages gegen die DJO dringend empfohlen, für den Ausschluß dieses Verbandes zu stimmen.“

Die Formulierung „dringend empfohlen“ wurde gewählt, weil man fairerweise die Diskussionen abwarten wollte, die möglicherweise neue Aspekte bringen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge werden die Vertreter der Solidaritätsjugend keinen Ausschlußantrag stellen, aber im Falle des Vorliegens eines solchen für den Ausschluß stimmen.



# Literatur- wissenschaft. In der Fischer Bücherei.

Ergänzungen zum Unterricht.

Walther Killy / Johannes Anderegg  
Deutsches Lesebuch 1/1  
Das Zeitalter des Barock  
Bd. 990. DM 5.80

Killys Lesebücher sind ein anerkanntes Gegenstück zu den konventionellen Schulbüchern.

**Außerdem:**

Walther Killy  
Deutsches Lesebuch 1/2  
Auf dem Weg zur Klassik  
Bd. 991. DM 5.80

Deutsches Lesebuch 2  
Klassik und Romantik  
Bd. 992. DM 5.80

Deutsches Lesebuch 3  
Spätromantik und Realismus  
Bd. 993. DM 5.80

Deutsches Lesebuch 4  
1880 bis zum 2. Weltkrieg  
Bd. 994. DM 4.80

W.-H. Friedrich / Walther Killy  
Literatur I  
Nationalliteraturen  
Bd. FL 34. DM 4.80

Literatur II  
Stile, Gattungen, Begriffe  
2 Bände: FL 35/1, 2 je DM 4.80

Als Ergänzung zu diesen Bänden empfehlen wir unsere Sammlung „Interpretationen der Weltliteratur“.



aus „stern“

Macht darstellt.“ Und „wir wollen ein Europa, das den Ehrgeiz und den Stolz dieses alten Erdteils befriedigt“. Bisher sind alle Versuche, diesen Ehrgeiz zu befriedigen, fehlgeschlagen. Doch auf ein Neues! Wie hieß doch gleich der Spruch am Immelmann-Denkmal? „Heldenmut überwindet den Tod“!

Der Nationalismus hat ein neues Gewand bekommen, das europäische; frei nach Franz Josef Strauß, dem geistigen Vater, den Becher so gern zitierte. Aber deshalb ist der Nationalismus nicht weniger gefährlich geworden. Europa – natürlich unter germanischer Vorherrschaft. Was sagte doch Becher unter dem Beifall seines Jungvolkes z.B. über die Tschechen: „Das tschechische Volk ist offenbar physisch zu schwach, biologisch zu schwach, ... die Grenzgebiete wiederzubesiedeln“. Becher mit seinen überlegenen Herrenmenschen steht bereit, ihnen diese schwere Aufgabe abzunehmen. Ist das kein Rassismus?

**8**

Doch wer sitzt denn da in den vorderen Reihen, wer steht denn da links neben mir? Das sind doch – ja natürlich, „alte Bekannte“ von Gießen. Die NPD-Jugend scheint sich hier ein Stell-dich-ein zu geben. Ich sprach einen Verantwortlichen der Kongreßleitung darauf an, ob auch junge NPD-Leute vertreten seien. Er murmelte nur etwas von „Weiß nicht“ und „Unterwandern kommt schon vor“. Doch was heißt hier „Unterwandern“? Mir schienen die Jung-NPD-Leute unter der Anleitung des Landespropagandareferenten der NPD Bayern, Ulrich Gollop, die Aktivsten des Kongresses zu sein. Folgerichtig versuchte mir eine junge Braune klarzumachen: „Die NPD ist die einzige Partei, die unsere Interessen als Sudenten vertritt.“

Auch wenn Becher versuchte, sich von den Jungnazis abzugrenzen (schließlich will er als CSU-Abgeordneter nicht mehr mit dem Hakenkreuz aus seiner Vergangenheit herumlaufen), die Gemeinsamkeit wurde spätestens klar, als er der Gret-

chenfrage für die Entspannungs- und Friedensabsichten zu Leibe rückte: dem Moskauer Vertrag. Er charakterisierte ihn als „Dolchstoß in die Herzgefilde unseres Volkstums“. Und damit will er sich von der NPD abgrenzen? Ein verbales Alibi.

Wie schon gesagt – im Rahmen des Kongresses hielt die SdJ ihren Bundesgruppentag ab. Doch hier fanden sich für Interessierte nur verschlossene Türen. Nur zehn Minuten gelang es mir, im Raum zu bleiben, dann wurde ich des Saales verwiesen. Die Klärung einer Frage, die für den Bundesgruppentag wohl entscheidende Bedeutung hatte, blieb mir vorenthalten: warum 49 Delegierte immer 51 Stimmen abgaben.

**9**

Makaber – das Basteln an der neuen alten Dolchstoßlegende geschieht mit der finanziellen Förderung Bonns. „Panorama“ wies nach, daß die Landsmannschaften jährlich mindestens 11.527.000 DM aus öffentlichen Kassen erhalten. Peter Merseburger stellte in der betreffenden Sendung ganz richtig fest: „Diese Bundesregierung verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie, die den Ausgleich mit Polen, Tschechen und Sowjets sucht, zugleich Kampfdemonstrationen gegen diese ihre Ostpolitik aus Steuermitteln fördert.“ Wann wird der Geldhahn endlich abgedreht?

Wie sagte Becher auf dem Kongreß? „Nur Verderber unseres Volkes können gewillt sein, eine Niederlage zu vollziehen oder nachzuvollziehen, die uns nicht einmal die Sieger von damals, die Herren von Jalta und Potsdam abverlangt haben.“ Darauf kann ich nur antworten: Nur Verderber können gewillt sein, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, die in Jalta und Potsdam in Übereinstimmung mit den Interessen der Völker, auch des deutschen Volkes festgelegt worden sind! Aber für Becher, Strauß und Thadden ist der 2. Weltkrieg noch nicht zu Ende – sie wollen ihn noch immer gewinnen. Ein tödliches Unterfangen!

# DER GENERAL WIRD 150

Gedenkmünzen in Gold und Silber, eine Sonderbriefmarke der Bundespost, Pressekongressen und wissenschaftliche Tagungen in seiner Heimatstadt Wuppertal, schon im Januar ein Gedenkartikel des Bundeskanzlers für den im November anstehenden 150. Geburtstag, ein zaghaftes Erinnern bei einigen Großunternehmern, ja sogar mit ihm verwandt zu sein, — so bereiten sich die „Offiziellen“ in der Bundesrepublik auf die Ehrung eines der größten Söhne unseres Volkes vor: Friedrich Engels, den engsten Freund und Kampfgefährten von Karl Marx, mit ihm gemeinsam Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus.

Sie ehren ihn, obwohl sie seine lebendigen Ideen hassen. Wie oft wurde der Marxismus von seinen Feinden totgesagt. Doch weil alle Mordversuche am Marxismus scheiterten, weil aller Terror die Lehren von Marx und Engels nicht unterdrücken konnten, weil diese Ideen, fortgesetzt durch Lenins Werk und das Handeln von Millionen zum Sieg des Sozialismus in einem Drittel der Welt führten, muß man auch in der Bundesrepublik den 150. Geburtstag Friedrich Engels zur Kenntnis nehmen.

\*

Geht man in Wuppertal in eine beliebige Buchhandlung und verlangt das „Manifest der kommunistischen Partei“ oder „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ so wird der Verkäufer bedauern, daß diese Bücher leider nicht vorrätig seien. Zwar ist das Manifest mittlerweile eins der auflagenstärksten Bücher der Welt und in alle Sprachen übersetzt, doch in der Heimatstadt eines seiner Verfasser kaum erhältlich. Um eine Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels zu bekommen, bemühte sich die Stadt im Jubiläumsjahr um die DDR-Ausgabe des Dietz-Verlages. Und doch gibt es in Wuppertal, wie überall in der Bundesrepublik, eine wachsende Zahl junger Menschen, die sich mit den Ideen von Marx, Engels und Lenin vertraut macht, in deren Werken das eigene Wollen wiederfindet. Während die Stadtverwaltung sich noch um die von vielen Bürgern und vor allem den Schülern des Gymnasiums an der Siegesstraße geforderte Umbenennung der Schule in Friedrich-Engels-Gymnasium herumdrückt, firmiert die SDAJ Wuppertal bereits unter dem Namen „Friedrich-Engels-Stadt“. Das ist sozialistische Pro-

## Das Porträt: Friedrich Engels

geb. 28. November 1820 in Barmen,  
gest. 5. August 1895 in London



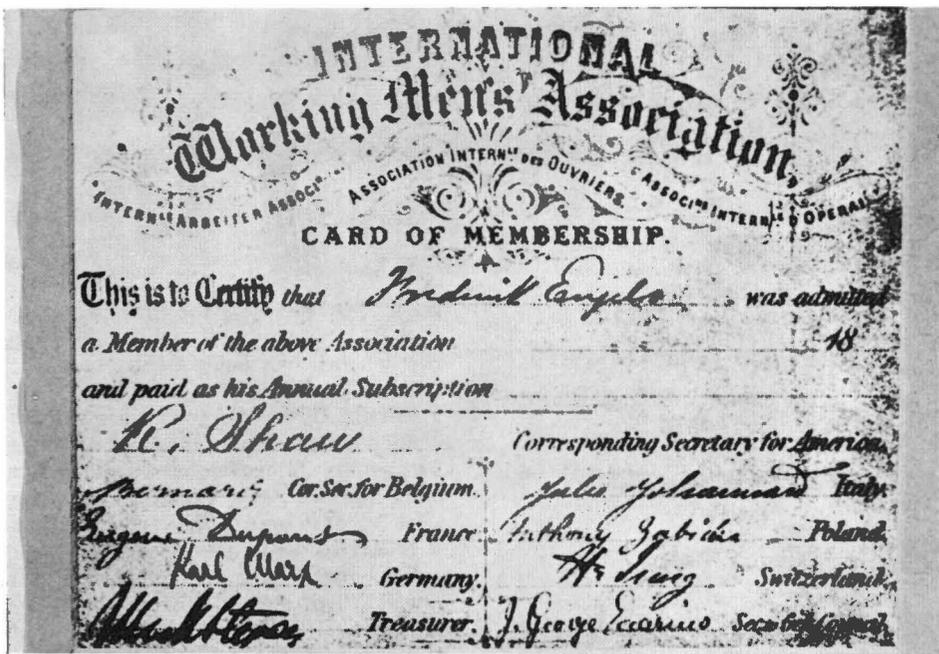
gnose (Voraussage), die sich sicher als stärker erweisen wird als die Meinung aller bürgerlichen Zukunftsforscher.

\*

Friedrich Engels, als Sohn eines wohlhabenden Unternehmers aus dem damaligen Barmen am 28. November 1820 geboren, prangerte schon als 19jähriger in seinen „Briefen aus dem Wuppertal“ die doppelte Moral der Unternehmer und das Elend der Arbeiter in seiner Heimatstadt an. In England lernte er wenige Jahre später größeres Elend, aber auch eine bereits kämpfende Arbeiterklasse kennen. Die englischen Arbeiter hatten sich in der Chartistenbewegung zusammengeschlossen, um politische und wirtschaftliche Rechte zu erkämpfen. Diese Erfahrung und ein intensives Studium der Verhältnisse der Arbeiter im damals entwickeltesten kapitalistischen Land ließen bei Marx und Engels die Erkenntnis wachsen: Die Arbeiterklasse ist nicht nur eine leidende, sondern auch eine kämpfende Klasse, berufen, die Welt zu verändern, den Sozialismus zu erkämpfen.

Am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution des Jahres 1848 entstand die erste Organisation der Arbeiterklasse, die sich den wissenschaftlichen Sozialismus zum Programm machte: Der Bund der Kommunisten. Marx und Engels, seit 1844 enge Freunde, wurden 1847 beauftragt, dieses Programm zu formulieren. Von Engels stammte der erste Entwurf in Form eines „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“, das bereits die wesentlichsten Gedanken des Manifestes enthält. Und Engels war es auch, der, weil Marx aus Geldmangel nicht am ersten Kongreß des Bundes der Kommunisten teilnehmen konnte, die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, dem Bund vorschlägt.

Von diesem Zeitpunkt an sind Marx und Engels die unmittelbaren Lehrmeister, die aktiven Mitgestalter der Arbeiterparteien aller Länder. Im Kampf setzen sich ihre Ideen durch. Zu keiner Zeit gab es bei den beiden Schöpfern des wissenschaftlichen Sozialismus eine Trennung zwischen Wissenschaft und praktischer Politik. Sie wußten: Die Arbeiterklasse kann nur siegen, ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich in der Form politischer Parteien die Kampf- und Führungsinstrumente schafft, die im Ringen um ihre politische Macht notwendig sind.



Kurz nach Beginn der Revolution waren Marx und Engels wieder in Deutschland. In Köln erschien die „Neue Rheinische Zeitung“, an der Engels unter der Chefredaktion von Marx mitarbeitete. Ihre Tätigkeit galt der konsequenten Verwirklichung der bürgerlichen Revolution durch Schaffung einer deutschen Republik und die Verwirklichung demokratischer Volksrechte. Damit sollten auch für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse die besten Voraussetzungen geschaffen werden. Doch das deutsche Großbürgertum hatte mehr Angst vor den Massen des Volkes, vor der noch jungen Arbeiterklasse, als Willen zur Macht. Es verriet die Revolution, teilte die Macht mit den Junkern. Die Konterrevolution siegte. Die Geschichte beweist: Ein konsequenter Kämpfer um die Demokratie kann nur das Proletariat sein.

Zu den besten Demokraten und Revolutionären, die versuchten, die Reichsverfassung durchzusetzen, gehörte Friedrich Engels. In Wuppertal leitete er an der

Haspeler Brücke den Bau der Barrikade gegen die heranrückenden preussischen Truppen. Mit Elberfelder Arbeitern zog er nach Gräfrath und holte aus dem dortigen Zeughaus die nötigen Waffen. Doch bevor es zum Kampf kam, hatten die Elberfelder Unternehmer Angst vor der Aktivität des roten Engels bekommen und wiesen ihn aus der Stadt. Engels ging nach der Pfalz und nach Baden und beteiligte sich im Willichschen Freikorps an den letzten Kämpfen zur Verteidigung der Revolution gegen die preussischen Junker. Mit ihm gingen viele Elberfelder Arbeiter. Sie bildeten die Elberfelder Arbeiterkompagnie, die erste militärische Organisation der deutschen Arbeiterklasse.

Für Marx und Engels begann erneut die Emigration; bis an ihr Lebensende blieben sie in England. Während Marx hier sein „Kapital“ schrieb, sorgte Engels für die wirtschaftliche Sicherheit seines Freundes. Bis 1869 war er deshalb an die

Kaufmannstätigkeit in Manchester gefesselt. In einem intensiven Briefwechsel zwischen ihm und Marx wurden alle wichtigen Gedanken ausgetauscht. Engels veröffentlichte zudem in der internationalen Presse eine Vielzahl von Artikeln zu politischen und militärischen Fragen. Um Marx die ungestörte Arbeit am „Kapital“ zu ermöglichen, erschien ein Teil der von Engels verfaßten Artikel unter dem Namen von Karl Marx. Erst aus dem Briefwechsel wurde später ersichtlich, wie eng die Freundschaft und Zusammenarbeit zu jener Zeit war, wie selbstlos Engels die Arbeit seines großen Freundes unterstützte. Nach dem frühen Tod von Marx übernahm Engels, wiederum unter Zurückstellung eigener Pläne, die Herausgabe des 2. und 3. Bandes des „Kapitals“. Daneben wirkte Engels im Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation als Korrespondent für die Arbeiterparteien vieler Länder und schrieb eine Reihe wichtiger Grundwerke des Marxismus, wie z.B. die „Dialektik der Natur“, den „Anti Dühring“ und vieles andere mehr.

„General“ Engels, wie ihn Marx scherzhaft wegen seiner militärischen Kenntnisse nannte, erkannte frühzeitig die Gefahren und den völkermordenden Charakter neuer Kriege im entwickelten Kapitalismus.

Bereits 1887 schilderte er in einem Vortrag den kommenden, möglichen Krieg: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuche, allgemeine . . . Verwilderung der Heere und der Volksmassen . . .

Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt . . . Nur ein Resultat absolut sicher: Die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse.“ (Marx Engels Werke, Bd. 21, S. 350/351)

Engels hat in seinen letzten Lebensjahren vieles getan, um diese Kriegsgefahr zu überwinden, den Kampf gegen den Militarismus zu verstärken. Unermüdlich vertrat er die Forderung: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Karl Liebknecht und die deutschen Linken, Lenin und die Bolschewiki in Rußland knüpften an die verwirklichten die Engelschen Ideen. Günter Judick

**Unterschriftenaktion Wuppertaler Schüler**

# jugendpolitische blätter

## Einheitlich gegen Imperialismus

25 Jahre Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) - elan-Interview mit Michel Jouet, Generalsekretär des WBDJ

Miches Jouet (27) ist Generalsekretär des Weltbundes Demokratischer Jugend (Sitz Budapest). Als Mitglied des Nationalbüros der Kommunistischen Studentenorganisation Frankreichs und des Nationalrats der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs hat er große Erfahrungen in der Jugendpolitik. Jouet studierte politische Ökonomie und Soziologie. Jouet über den jetzt 25 Jahre alten WBDJ: „Der WBDJ, der rund 300 Mitgliederorganisationen und 1500 befreundete Organisationen in allen fünf Erdteilen hat, spielt in Europa eine wichtige Rolle.“ Hier sein Exklusiv-Interview mit elan:

elan: Vor 25 Jahren wurde der WBDJ gegründet, um die Jugend im antifaschistischen Kampf zu vereinen. Hat sich diese Zielstellung geändert? Was sind die Anliegen und Schwerpunkte dieser 8. Generalversammlung?

Michel Jouet: Der WBDJ wurde vor 25 Jahren gegründet, um die Einheit des antifaschistischen Kampfes fortzusetzen, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus besiegelt wurde. Angesichts der schrecklichen Opfer des zweiten Weltkrieges, wollte die Jugend ihre Kräfte vereinen, um eine Welt zu errichten, in der Krieg und Faschismus verbannt, die Unabhängigkeit und die Freiheit der Völker gesichert, in der sozialer Fortschritt und die Rechte der Jugend bestimmend sind. Die Jugend wollte eine gerechtere und brüderlichere Welt. Diese Prinzipien von 1945 sind nach wie vor gültig. Aber sie müssen heute in einer grundlegend veränderten Welt angewandt

werden. Heute haben die Macht der sozialistischen Staaten, die Entwicklung des Kampfes der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern, die Liquidierung des Kolonialsystems und der neue Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen das Kräfteverhältnis in der Welt entscheidend verändert. Das Beispiel des heroischen Kampfes des vietnamesischen Volkes ist ein Beweis für die Tatsache, daß ein Volk, das entschlossen ist, für seine Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen und dabei die Hilfe der sozialistischen Länder und aller Kräfte des Fortschritts und des Friedens genießt, fähig ist, dem Imperialismus eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Daraus schlußfolgernd können die anti-imperialistischen Kräfte bei der Weiterentwicklung ihres Kampfes und der Verstärkung ihres Zusammenschlusses den Imperialismus schlagen, ihm Niederlagen zufügen, ihn zum Rückzug zwingen, und damit die Unabhängigkeit der Völker und den Frieden sichern.

Die Rolle der Jugend im gesellschaftlichen Leben unserer Epoche ist beträchtlich gewachsen. Darüber hinaus – während man früher an die Unabänderlichkeit von Krieg und Frieden glaubte – erobert heute der Mensch den Weltraum und beherrscht das Atom. Ausgehend von dieser Tatsache wird der Widerspruch zwischen den unermeßlichen neuen Möglichkeiten, die die Entwicklung von Wissenschaft und Technik für die Menschheit eröffnet und die Realität des Krieges, des Hungers, der Ausbeutung, der hunderte Millionen Menschen unterliegen, immer größer. Weil diese Realität tief in ihr Bewußtsein eingedrungen ist, weil sie diese Ungerechtigkeit und den Widerspruch sieht und weil sie aktiv zur Lösung der Probleme der Gegenwart und des Aufbaues der Zukunft beitragen will, nimmt die

Jugend mit jedem Tag einen aktiveren Platz ein in den großen politischen und sozialen Kämpfen unserer Epoche.

Diese Kämpfe richten sich gegen diejenigen, die die Ursache dieser Probleme sind, gegen den Imperialismus und seine Politik. Diese Kämpfe sind sehr unterschiedlich – entsprechend dem gesellschaftlichen System, dem Stand der ökonomischen Entwicklung und der politischen Lage eines jeden Landes. Aber der heroische Kämpfer aus Südvietnam, der mit der Waffe in der Hand kämpft, der junge Arbeiter, der aktiv am Aufbau des Sozialismus mitwirkt, die jungen Arbeiter und Studenten, die Streiks organisieren, nehmen in verschiedenen Formen an dem großen Kampf unserer Epoche teil; im Kampf gegen Imperialismus, für die Freiheit, den Fortschritt, Demokratie und Frieden. Diese Kämpfe werden dadurch charakterisiert, daß die verschiedenen Schichten der Jugend daran teilnehmen – die jungen Arbeiter in erster Linie, aber auch die Studenten, die jungen Landarbeiter und die Jugendlichen des Mittelstandes. In diesem Kampf findet man sehr unterschiedliche politische Strömungen. Die prinzipielle Hauptaufgabe des WBDJ ist es deshalb heute, daß im Zentrum unserer Aktivitäten steht – und das ist auch das Kernstück unserer Diskussionen auf unserer VIII. Generalversammlung –, an der Verständigung und Verbreiterung der Einheit der Jugend auf internationaler Ebene zu wirken in einer mächtigen antiimperialistischen Front der Jugend.

elan: Auf der 8. Generalversammlung soll ein Aktionsprogramm, eine politische Erklärung und ein neues Programm beraten werden. Ist der WBDJ aus seinem bisherigen Programm herausgewachsen?

Michel Jouet: Die Probleme, die ich aufgeworfen habe, sind – wie gesagt – das Kernstück unserer Arbeit auf der VIII. Generalversammlung. Wir werden diese Frage diskutieren und beantworten, welche Orientierung, welche Arbeitsmethoden unser Weltbund haben muß, damit er täglich mehr zu einem den Realitäten des Kampfes der Jugend von heute entsprechenden Instrument wird, damit er ein

wirksames Mittel im Dienste der Jugendorganisationen ist, um ihnen ihre Kontakte zum Erfahrungsaustausch, zum Koordinieren ihrer Aktionen und zum Beginn großer internationaler Initiativen zu erleichtern. Wir werden die Antworten auf diese Fragen in dreierlei Art geben:

1. Werden wir die Generalversammlung zu einem repräsentativen Forum der Jugend machen und gewährleisten nicht nur die Anwesenheit von Mitgliedsorganisationen, sondern auch sehr zahlreich von Nicht-Mitgliedern des WBDJ, mit denen wir eine gute Zusammenarbeit haben.
2. Wird die Generalversammlung über ein Hauptdokument diskutieren, das vorbereitet ist, und wozu seit einem Jahr Konsultationen zwischen den Jugendorganisationen erfolgten, die zum Ziel haben, die großen Aufgaben, die dem Weltbund heute obliegen, zu definieren und besonders zum Kernstück unserer Aktionen zur Verstärkung der antiimperialistischen Einheit zu machen.
3. Werden wir ein großes Aktionsprogramm für die Zukunft der Jugend diskutieren.

Im Mittelpunkt dieses Programms steht der Vorschlag, den die Generalversammlung zu diskutieren hat, eine große internationale Kampagne zu beginnen, die heißt: „Die Jugend klagt den Imperialismus an.“

Diese Kampagne hat verschiedene Themen zum Inhalt – so die großen politischen Fragen der Gegenwart: Vietnam, Mittlerer Osten, Europäische Sicherheit usw. – die großen Anstrengungen und Kämpfe der Jugend für ihre Rechte, für die Umgestaltung der Gesellschaft, für Demokratie und Fortschritt. Diese Kampagne wird in erster Linie durch zahlreiche nationale Aktionen gekennzeichnet, die auf internationaler Ebene koordiniert sind.

Sie wird außerdem gekennzeichnet von wichtigen internationalen Initiativen, die die Hauptthemen der Kampagne zum Inhalt haben. Die Kampagne könnte mit einem großen internationalen Massentreffen der Jugend abgeschlossen werden.

Das sind hier nur einige generelle Gedanken, die noch auf der Generalversammlung diskutiert und präzisiert werden müssen.

elan: Arbeiterjugendverbände der BRD, besonders die Gewerkschaftsjugend und die SDAJ, bereiten z.Zt. vor, das Jahr 1971 zum Jahr der arbeitenden Jugend zu machen. Können Sie uns in diesem Zusammenhang schon nähere Einzelheiten über den geplanten Weltkongreß der werktätigen Jugend mitteilen?

Michel Jouet: Es ist ein wenig schwierig für mich eine sehr konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, weil dieses Problem eines der wichtigsten Diskussionsthemen der

Generalversammlung sein wird.

Dennoch kann ich Ihnen sagen, daß wir der Generalversammlung vorschlagen werden, ein großes Welttreffen vorzubereiten und durchzuführen, das den Kämpfen der jungen Arbeiter für ihre politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rechte gewidmet ist, gegen Imperialismus und für den Fortschritt, sowie für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und für den Frieden. Es handelt sich dabei um eine politische Initiative, in deren Verlauf das große politische Anliegen der Jugend ebenso behandelt wird, wie die konkreten Forderungen der jungen Arbeiter und ihre Rolle in den großen politischen und sozialen Kämpfen unserer Zeit.

Dieses Welttreffen soll der Schlußpunkt eines Prozesses der Diskussion, der Untersuchungen und der Kampfaktionen sein. Wir wünschen, daß das Treffen durch zahlreiche Aktionen auf nationaler Ebene vorbereitet wird. Gleichzeitig muß es durch

vielfältige Initiativen auf regionaler und kontinentaler Ebene vorbereitet werden.

Die erste dieser vorbereitenden Initiativen wird im kommenden Dezember in Polen stattfinden. Wir wollen, daß dieses Treffen, das wahrscheinlich 1972 abgehalten werden wird, uns in die Lage versetzt, die Kampfeinheit der arbeitenden Jugend zu verstärken. Wir wollen eine gemeinsame Aktionsplattform aufbauen, trotz des großen Unterschieds der Probleme, mit denen sich die heutige Jugend konfrontiert sieht, eine gemeinsame Aktionsplattform für ihre Rechte, gegen Imperialismus, für gesellschaftliche Veränderungen, Fortschritt und Frieden.

Wir begrüßen die Tatsache, daß das Jahr 1971 zu einem Jahr wird, das von zahlreichen Initiativen gekennzeichnet ist, die von der Gewerkschaftsjugend und der SDAJ organisiert werden. Wir sind überzeugt, daß diese Initiative einen wichtigen Beitrag in unseren gemeinsamen Kämpfen darstellen wird.

## Soli-Jugend gegen Rechtskurs

### VII. Jugendkongreß des Rad- und Kraftfahrerbandes Solidarität engagiert sich für progressive Politik / Von Werner Maletz

Die Solidaritätsjugend hat sich profiliert. Das ist ohne Zweifel das Ergebnis des VII. Jugendkongresses des RKB Solidarität. 56 Delegierte der rund 24.000 Mitglieder berieten vom 18. bis 20. September 1970 unter Beteiligung zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland in Kirchheim/Teck neben organisatorischen vor allem auch anstehende politische Probleme.

Der Kongreß machte deutlich, daß die Solidaritätsjugend als Arbeitersportverband bereit ist, sich am politischen Geschehen zu beteiligen und sich zu engagieren. Das kam insbesondere auch in der Diskussion und dem einstimmigen Beschluß zum Abschluß des Moskauer Vertrages zum Ausdruck.

Die Delegierten „begrüßen das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen zwischen den Regierungen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland. Sie sehen in dem Moskauer Vertrag einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Entspannung der internationalen Lage und zur Sicherung des europäischen Friedens“. Die Delegierten verurteilten die von „rechtsgerichteten Kreisen“ gegen diesen Vertrag betriebene Kampagne und stellten fest, daß mit dem

Vertrag „ein Weg frei geworden ist, ähnliche Verträge zwischen der BRD einerseits und den anderen osteuropäischen Staaten und der DDR andererseits zu schaffen“.

In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Konkretisierung eines Beschlusses des VI. Kongresses zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes zu sehen. In mehreren Anträgen wurde gefordert, daß auch die Jugend der sozialistischen Länder diesem Jugendwerk angehören muß.

Die Verabschiedung eines Antrages des Landesverbandes Rheinland-Pfalz beinhaltet zur Durchsetzung auch dieses Zieles als Forderung die baldige Herstellung normaler, völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR.

Im Mittelpunkt einer ausführlichen Diskussion standen auch Fragen des Verhältnisses zur Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Mit starker Mehrheit (36 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen) wurde den Vertretern des Verbandes im DBJR empfohlen, für die Aufnahme der SDAJ in dieses Gremium zu stimmen.

Klar distanzieren sich die Delegierten von der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO). Sie verurteilen in der Diskussion die revanchistische Politik dieses Verbandes, die offen beim Treffen von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph in Kassel betrieben worden war. Einstimmig war man der Auffassung, daß die DJO im DBJR nichts zu suchen habe.

Scharfe Angriffe richtete der Kongreß gegen die zweitrangige Behandlung der Arbeitersportler in der Bundesrepublik. Seit Jahren kämpft der RKB Solidarität um die

Gleichberechtigung gegenüber den Fachverbänden des Deutschen Sportbundes. Die mehrfache Kritik der Diskussionsredner, daß der RKB Solidarität keine finanziellen Zuwendungen erhält und ihre Sportler dadurch diskriminiert werden, und daß ihnen trotz oftmals bester Leistungen Meistertitel nicht zuerkannt werden, zwang schließlich den anwesenden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Jugend und Familie, Rudolf Hauck (SPD), zu einem Versprechen. Er will diese Angelegenheit dem Bundestag in einer parlamentarischen Anfrage unterbreiten.

## Junge Union — Auspuff der CDU

Der Rabatz auf dem Deutschlandtag blieb aus - Begräbnis erster Klasse für die Mitbestimmung - Keine Senkung des Eintrittsalters  
Von Wolfgang Bartels

„In Braunschweig gibt's Rabatz!“ Mit diesen Worten des Vorstandsmitglieds der Jungen Union Baden-Württemberg, Jörg Rauscher, kündigte die „Frankfurter Rundschau“ den Deutschlandtag der CDU-Jugend an. Doch eine Woche später konstatierte der „Spiegel“: „Die Rebellion fand nur auf dem Papier statt. So progressiv die Anträge einzelner Landesverbände wirkten, so massiv waren die Mehrheiten, mit denen die CDU/CSU-Junioren sie verwarfen.“

Und das Unternehmersprachrohr FAZ zollt dem Treffen, das vom 25. bis 27. September in der Braunschweiger Stadthalle stattfand, Beifall: „Die CDU muß nicht befürchten, von ihrer Jungen Union im Stich gelassen zu werden“.

Was war es, das auf „Rabatz“ hoffen ließ? In den letzten Jahren ist unter der Jugend und ihren Organisationen die Bewegung für mehr Mitbestimmung und Demokratie in Staat, Gesellschaft und Parteien gewachsen. Als symptomatisch sind nur die Differenzen zwischen Jungsozialisten und SPD zu nennen und die Tatsache, daß die FDP in Niedersachsen sich von ihrer Jugendorganisation, den Jungdemokraten, losgesagt hat. Auf der anderen Seite versuchen die Rechtskräfte, ihren langsam schwindenden Einfluß dadurch zu verstärken, daß sie sich auf die Jugend als neue Reservearmee des Rechtskartells orientieren. Was der CDU-Vorsitzende in Niedersachsen, Hasselmann, auf dem JU-Deutschlandtag für seine Partei sagte, soll auch Maxime für die Junge Union sein: „Wir wollen alle nichtsozialdemokratischen (das heißt für

ihn auch nichtsozialistischen) Kräfte sammeln.“

Kiesingers Appell an die Delegierten, sich gegen alle „revolutionären sozialistischen Tendenzen“ zu stellen, war unnötig. Kein Versuch unterblieb, auch nur neue Ansätze unter den Tisch zu wischen. Das erfolgte sogar so gründlich, daß Adenauers „Leib- und Magenblatt“ „Rheinischer Merkur“ bedauernd feststellen mußte, daß die Junge Union den Anschluß an die Jugend verpaßt habe: „Unter Jürgen Echternach (dem JU-Vorsitzenden) sind zukunftsweisende Ideen für eine Reform der Partei und künftige gesellschaftspolitische Entwicklungen nicht zu erwarten.“

Zentrales Thema des Kongresses war die „Mitbestimmung“ — oder genauer gesagt, was Christdemokraten als Damm der wachsenden Flut der Forderungen nach echter Mitbestimmung entgegenstellen wollen. Zur Mitbestimmung gab es im Prinzip drei Anträge. Die Landesverbände Hamburg und Saar legten einen gemeinsamen Antrag zur paritätischen Mitbestimmung vor, der allerdings sofort unter den Tisch fiel.

Mit viel Getöse und Wirbel hatte der Landesverband Rheinland bereits vor dem Deutschlandtag sein Papier publiziert: in Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten sollen „Unternehmensräte“ mit der Besetzung 40 % Arbeitnehmer : 40 % Anteilseigner : 20 % Management gebildet werden. Ein dritter Antrag betrachtete das Biedenkopf-Modell (von der Reaktion ohnehin als Generalangriff auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung konzipiert) als

Grundlage. Doch obwohl sich Echternach persönlich für den Antrag aus dem Rheinland engagiert hatte, wurde auch dieser abgelehnt — alle Delegierten waren sich wohl noch nicht ganz im klaren über die Aufgaben einer CDU-„Mitbestimmung“.

Durch geschickte Zusatzanträge und langwierige Geschäftsordnungsdebatten gelang es Echternach, die Vorstellungen von der Beteiligung des Managements wieder im dritten Antrag unterzubringen. Dadurch wurde dieser inhaltlich so verändert, daß die ursprüngliche Fassung kaum noch wiederzuerkennen ist. Durch diese undurchsichtigen Manöver gelang es Echternach, einen Großteil der Delegierten zu überumpeln. Selbst die „Welt“ bezeichnete den Abstimmungsvorgang als „unübersichtliches Wirrwarr“. Ergebnis ist ein Mitbestimmungsmodell, das sechs Vertreter des Kapitals, vier Vertreter der Arbeitnehmer und zwei Vertreter des Managements im Aufsichtsrat vorsieht.

Am nächsten Morgen mußte Echternach zugeben, daß es wohl „einige Unklarheiten gibt über das, was gestern beschlossen worden ist“. Und er interpretierte das Modell, indem er ganz klar herausstellte, daß es „bei Kontroversen den Kapitaleignern ein Übergewicht“ gäbe. Am Abend zuvor hatte Echternach noch die CSU-Junioren aus Bayern bremsen können, die dieses Modell gleich auf alle Bereiche, also auch auf die Montanindustrie, ausdehnen wollten. Doch Echternach machte seinen Delegierten klar: „Das bedeutet Generalstreik an der Ruhr!“ Der Husarenritt gegen die paritätische Mitbestimmung war geglückt.

In diesem Jahr fuhr die ganze Parteiprominenz auf, um bei den Junioren zu buhlen: Kohl und Köppler, Barzel und Kiesinger. Doch die von der bürgerlichen Presse erwartete Kritik an den Alten blieb ein Sturm im Wasserglas. Und die „Welt der Arbeit“ urteilt:

Der Deutschlandtag war „ein erstaunliches Beispiel dafür, daß es bei uns Leute unter 30 gibt, die mit allem ganz zufrieden sind und von Reformen nur deshalb reden, weil das die Älteren eben auch tun“. Und nach Meinung des „Spiegel“ stellte die Tagung die Aktualität einer Aussage unter Beweis, die der CDU-Abgeordnete Ferdinand Breidbach auf die Junge Union der früheren Jahre bezogen hatte: Sie sei „nicht der Motor, sondern vielleicht der Auspuff der CDU“ — jedenfalls „irgendetwas da hinten dran“.

Die Orientierung auf die Jugend hatte man sich vorgenommen. Doch die Herabsetzung des Eintrittsalters von 16 auf 14 Jahre fiel durch. Vergeblich der Appell einer Delegierten: „Für uns steht nicht die Frage, ob die Partei uns ernst nimmt, sondern ob die junge Generation uns ernst nimmt.“

# JuSos wollen mehr Einfluß

JuSo-Landeskonferenz NRW (19. 9. 70 in Leverkusen): Moskauer Vertrag ratifizieren! / Von Hans-Walter v. Oppenkowski

Diese Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten hatte sich übernommen – allerdings nur, was die Zeit anbetraf. Ein einziger Tag stand zur Verfügung für die Diskussion in Arbeitskreisen, die Beratung und Beschlußfassung von 49 Anträgen und Initiativanträgen und die Wahl des Landesvorstandes. So konnte die

Diskussion nicht in allen Fragen besonders ausführlich sein. Man tröstete sich mit einer außerordentlichen Landeskonferenz, die im März 1971 einberufen werden soll. Harte Kritik übten die jungen Sozialdemokraten an der SPD-Führung in NRW. „Die Landespolitik wird vielfach unter dem Auschluß der parteipolitischen Öffentlichkeit

## Entschließung zur Deutschlandpolitik

1. Deutschlandpolitik muß sich darauf beschränken und konzentrieren, Friedenspolitik zu sein. Dabei ist grundsätzlich auszugehen von den staatlichen und territorialen Realitäten, die sich historisch nach 1945, insbesondere auf Grund des Potsdamer Abkommens, entwickelt haben: Auf dem Boden des früheren deutschen Reiches bestehen zwei deutsche Staaten, die eingegliedert sind in das System zweier Machtgruppen mit konträrer gesellschaftlicher Struktur.
2. Die Konfrontation beider deutscher Staaten und ihr unregelmäßiges Verhältnis zueinander bilden eine Gefahr für den Frieden in Europa. Dieser Gefahr kann nur entgegengewirkt werden, wenn ausgegangen wird von der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und aller ihrer Grenzen und von dem Verzicht auf eine nationalstaatliche Wiedervereinigungspolitik. Dabei muß die völkerrechtliche Anerkennung ohne Gegenforderungen ausgesprochen werden; sie ist keine Aufgabe von Rechtspositionen, mit der Gegenleistungen erkaufte werden können.
3. Ein Abbau der Spannungen in Deutschland und Europa erfordert die äußere und innere Konsolidierung der DDR. Das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung ist zwischen beiden deutschen Staaten strikt einzuhalten. Auch das einseitige Verlangen nach Freizügigkeit oder nach freien Wahlen verhindert den Abbau der Spannungen in

Deutschland. Nur im Rahmen gesamteuropäischer Entspannungsmaßnahmen können Voraussetzungen für den Abbau erstarrter Strukturen geschaffen werden.

4. Ein wirksamer Beitrag zur Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten kann vor der Bundesrepublik durch wirtschaftliche Leistungen erbracht werden, insbesondere durch eine Aufrechnung der von beiden Staaten erbrachten Reparationsleistungen, durch Abgelenken der von der DDR gegenüber der BRD erbrachten Dienstleistungen und Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten.
5. Westberlin ist kein Land der BRD, aber der BRD politisch und wirtschaftlich verbunden. Der Status Westberlins und die Zuordnung Ostberlins zur DDR ist in Verträgen zwischen den vier Mächten sowie der BRD und der DDR festzulegen. Ostberlin ist Bestandteil der DDR.
6. Ein unerläßlicher Schritt deutscher Friedenspolitik ist die Regelung des Verhältnisses DDR und BRD durch einen völkerrechtlichen Vertrag. Die vom Bundeskanzler der BRD vorgelegten Grundsätze und Vertragselemente für die Regelung gleichberechtigter Beziehungen zwischen BRD und DDR vom 21. Mai 1970 und der vom Staatsratsvorsitzenden der DDR am 17. Dezember 1969 übermittelte Vertragsentwurf sollten Grundlage der Verhandlungen zwischen BRD und DDR sein.

betrieben. Die Minister legen fest und kein Mitglied besitzt das Recht, und die Information, um mitmachen zu können“, beklagte ein Delegierter unter dem Beifall der 139 Abgesandten aus den vier JuSo-Bezirken in NRW.

Besondere Bedeutung hatte die Arbeitsgemeinschaft C: Bildung/Berufliche Bildung. „Das im September 1969 in Kraft getretene Berufsbildungsgesetz hat im wesentlichen die rückständigen Verhältnisse in der Berufsausbildung sanktioniert“, wurde im Diskussionspapier formuliert. Die Erarbeitung von Grundlagen zu den Schwerpunkten

- + Bezahlung der Auszubildenden;
- + Neue Fixierung des Berufsbildungsgesetzes;
- + Polytechnische Ausbildung in den Schulen;
- + Aktionen zur Lehrlingsausbildung wurde einer ad-hoc-Kommission übertragen.

Die Frage der Lehrlingsausbildung wird von den Jungsozialisten überhaupt als Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Zeit angesehen. Für den 28./29. November 1970 haben die Jungsozialisten zu einer Lehrlingskonferenz in die Düsseldorfer Kongreßhalle aufgerufen. Der ad-hoc-Kommission wurde auch die Aufgabe übertragen, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen vorzubereiten.

In Anträgen forderten die Jungsozialisten u.a.:

- + die DJO aus dem Bundesjugendring, dem Landesjugendring NRW und den Stadtjugendringen auszuschließen;
- + Beschränkung der Zuschüsse für die Vertriebenenverbände;
- + Verbot der NPD;
- + Sofortige Ratifizierung des Moskauer Vertrages;
- + die unterbrochene finanzielle Förderung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) durch die Bundesregierung wieder aufzunehmen;
- + den Landesparteitag der SPD zum höchsten Beschlußgremium der SPD in NRW zu machen, der die Koalitionsfrage, das Wahlprogramm und den Haushaltsplan der Partei zu entscheiden hat;
- + Unterstützung seitens der Bundesregierung für die Befreiungsfront Mocambique – Zurückziehung der Kreditbürgschaft für westdeutsche Konzerne, die sich am Bau des Cabora-Bassa-Staudamms beteiligen.

Zum neuen Landesvorsitzenden wählen die JuSos Manfred Dammayer (31). Weiter gehören dem neuen Landesvorstand an: Ulrike Ries (24), Hilmar Pyttel (26), Herbert Oberste-Lehn (26), Günter Schlatter (28), Christoph Zöpel (27) und Lengens (25).

# Magazin

## Neue Friedensinitiativen

*Exklusivbericht für  
elan zu den neuen  
Vorschlägen der süd-  
vietnamesischen  
Revolutionenregierung*

*Von Do Van Hien,  
Sekretär der Vereini-  
gung der Vietname-  
sischen Jugend*

Wie inzwischen bekannt ist, hat am 17. September 1970 auf der 84. Sitzung der Pariser Vietnam-Konferenz Frau Nguyen Thi Binh, Außenminister der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Süd-Vietnam, eine Reihe von Punkten aus dem 10-Punkte-Programm vom 8. Mai 1969 erläutert.

Wir bitten die Jugend der Bundesrepublik, uns zu helfen und diese neuen Initiativen der Revolutionenregierung zu verbreiten. Zwei grundlegende Dinge aus Frau Binhs Ausführungen wollen wir hier besonders betonen.

Die erste Frage betrifft den Abzug der amerikanischen Truppen aus Süd-Vietnam. Die Haltung Nixons in dieser Frage ist extrem reaktionär. Er schlug vor, daß beide Seiten ihre Truppen zurückziehen sollten, weigerte sich aber, sich zeitlich festzulegen. Statt dessen führt er eine Politik, diesen Krieg zu „vietnamisieren“. Er verfolgt diese Politik: die US-Truppen tröpfchenweise zurückzunehmen, um somit den endgültigen Rückzug so lange wie möglich hinauszuzögern. Dazu will er sich selber noch das Recht nehmen, jederzeit

den Rückzug zu stoppen, nur einen kleinen Teil abzuziehen, während der wichtigste und größte Teil der Truppen Süd-Vietnam für lange Zeit besetzt halten wird.

Ein solcher Standpunkt würde den Krieg unweigerlich verlängern. Der Standpunkt des vietnamesischen Volkes in dieser Frage ist eindeutig: Die Aggressionstruppen sollen sich zurückziehen, um den Krieg zu beenden. Das vietnamesische Volk wird nie eine Lösung akzeptieren, die die Widerstandsbewegung auf eine Stufe mit den Aggressoren stellt.

Die Ausführungen von Frau Binh haben sowohl den prinzipiellen Standpunkt als auch den guten Willen, die korrekte Haltung und das Einfühlungsvermögen der Revolutionenregierung gezeigt. Ein Abzug der amerikanischen Truppen würde die Pariser Konferenz aus der gegenwärtigen Sackgasse herausführen.

Die zweite Frage betrifft das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung. Dazu hat Nixon mehrfach geäußert, daß die einzige Sache, die nicht gelehrt werden könne, das Recht des vietnamesischen Volkes sei, selbständig und ohne fremde Einmischung über die eigene Zukunft zu entscheiden. Solche großsprecherischen Worte bedeuten lediglich, daß das Weiße Haus beabsichtigt, die Herrschaft des Thieu-Ky-Dhiem-Regimes aufrechtzuerhalten.

Wieder werden „allgemeine Wahlen“ vorgeschlagen, die von Hörigen des US-Imperialismus organisiert werden sollen, gleichsam auf den Bajonetten von mehr als einer Million US- und Satellitensoldaten, von bestechlichen Polizeibeamten und Spionen der jetzigen Saigoner Verwaltung mit der Absicht, ein neues Marionetten-Regime zu errichten.

Mit der Aufgabe, das südvietnamesische Volk dahin zu führen, daß es selbst die Regierung in Süd-Vietnam durch wirklich freie, allgemeine und demokratische Wahlen zur

Schaffung einer Nationalversammlung bestimmt, sollte eine provisorische Koalitionsregierung geschaffen werden, die folgende Aufgaben erfüllen soll:

Eine Politik der nationalen Einigung zu betreiben, die die demokratische Freiheit der Bevölkerung und eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität sichert. ■



Ein Vietnam-Hearing in Bonn am 22. Oktober war der Auftakt für eine „Woche der Solidarität mit den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha“, zu der die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ aufgerufen hatte. Weitere Hearings, an denen auch Vertreter der Pariser Verhandlungsdelegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Süd-Vietnam teilnahmen, fanden in Gelsenkirchen, Saarbrücken und Nürnberg statt.

## Nachruf auf Nasser

Peter Schütt

Zu seiner Zeit trat das Volk hervor aus dem Schatten der Pyramiden, und die Könige mußten sich endgültig in ihre Pharaonengräber zurückziehen.

Auch sonst änderte sich einiges: fortan floß der Fluß bergauf, die Wüste brachte vierfache Erträge, die Sphinx sah der Morgensonne ins Auge.

Beim Volk kamen die Tugenden der Unterwerfung allmählich außer Gebrauch, und sogar die Fellachen erlernten den Umgang mit Büchern, Maschinen und Waffen.

Dies alles geschah, als Gamal Abdel Nasser Präsident war, und erklärt, daß an seinem Grabe Millionen Ägypter weinten, erklärt aber auch, daß die Menge in den Ruf ausbrach: Nasser lebt, denn wir alle sind Nasser!

## FBI-Komplott

Die Hintergründe einer Provokation gegen „Black Panther“

Von Dr. Claude M. Stone

Am 18. August wurde die amerikanische Negerprofessorin und Kommunistin Angela Davis aus Los Angeles von der Zentrale des FBI auf die „Liste der 10 am meisten gesuchten Verbrecher“ gesetzt. Die daraufhin eingeleitete Großfahndung bildete für die auf „Rotenjagd“ gedrillten Beamten der Bundesuntersuchungsbehörde nur den Auftakt zu Massenrepressalien, gewalttätigen Haussuchungen und dichtschießenden Razzien.

Der „Fall Angela Davis“ wird von Amerikas Regierenden zum Anlaß genommen, mit übelsten Unterstellungen über Amerikas Linke herzufallen.

Als die reaktionäre Verwaltung der University of California in Los Angeles (UCLA) im Mittsommer 1969 einer damals gerade 25jährigen Negerdozentin für Philosophie die Lehreraubnis entzog, nur weil sie offen ihre Mitgliedschaft in der KP der USA bekannt hatte, wurde diese Maßregelung zum Präzedenzfall für die Mißachtung der akademischen Freiheiten. Die junge Frau hieß Angela Davis. In der Rassistenthochburg Birmingham (Alabama) geboren und aufgewachsen, hatte sie die ganze Brutalität des Zusammenspiels von Ku-Klux-Klan und imperialistischem Establishment am eigenen Leibe verspürt.

Die folgenden Schul- und Studienjahre in New York, an der Brandeis University, der Pariser Sorbonne und der Universität in Frankfurt (Main) waren für Angela Davis eine Zeit des Suchens und der Reife. Als sie dann in Kalifornien glanzvoll promovierte, hatte sie sich bereits der Black-Panther-Bewegung angeschlossen und bald darauf den Weg in die Reihen der KP der USA gefunden. Auf Grund ihrer überragenden Befähigung war sie trotz ihrer schwarzen Hautfarbe in den Lehrkörper der

UCLA aufgenommen worden. Ihre willkürliche Entfernung offenbarte dann das wahre Wesen der Lehr- und Lernfreiheit in den Vereinigten Staaten.

Aber die Universitätsbehörden hatten nicht mit dem Widerstand gerechnet, der sich jetzt entwickeln sollte. Er zwang UCLA-Kanzler Charles Young schließlich, das über die junge Frau verhängte Vorlesungsverbot aufzuheben. Ihre Lektionen in überfüllten Hörsälen — der ersten Lehrveranstaltung hatten demonstrativ sämtliche Professoren und 1200 junge Akademiker beigewohnt — wurden selbst von der großbürgerlichen Presse der USA als brillant bezeichnet. Und doch wurde Angela Davis wegen ihrer revolutionären Tätigkeit außerhalb der Universität erneut entlassen. Mitte Juni, als sich die Studenten bereits in den Semesterferien befanden, beschloß der überwiegend aus Monopolvertretern und reaktionären Politikern zusammengesetzte Aufsichtsrat der UCLA, die Lehreraubnis für Angela Davis zurückzuziehen.

Doch die Reaktionäre an der Spitze der UCLA hatten sich abermals verrechnet: Nicht nur Dozenten und Studenten Dutzender Hochschulen der USA, sondern auch viele liberale Politiker des Landes stellten sich nun auf die Seite der als Frau, Negerin und Kom-

munistin dreifach diskriminierten Angela Davis. Ihre bei einem Bundesgericht anhängig gemachte Klage wegen Verfassungswidrigkeit der gegen sie getroffenen Entscheidung brachte die Gesinnungsterroristen überdies in eine komplizierte Lage. So sann sie auf einen Ausweg.

Eine willkommene Gelegenheit bot sich ihnen in Gestalt des Zwischenfalls von San Rafael: In das dortige Gerichtsgebäude war am 7. August der 17jährige Neger Jonathan Jackson bewaffnet eingedrungen; er hatte dabei drei zu einer Verhandlung vorgeführte Negerhäftlinge befreit und gleichfalls bewaffnet. Richter, Staatsanwalt und einige Geschworene waren von Jackson gerade in Gewahrsam genommen worden, als es zu einem Feuergefecht mit Polizisten kam, in dessen Verlauf der Jugendliche, zwei der Häftlinge und der Richter — auch dieser vermutlich durch einen Sheriffschuß — getötet wurden.

Es gab eine Vorgeschichte. Anfang Januar hatten Wachposten des für rassistische Greuel bekannten Gefängnisses Soledad in Salinas (Südkalifornien) ohne jeden Grund drei Negersträflinge erschossen. Wenige Tage darauf war einer der Wächter tot aufgefunden worden. Der Tat bezichtigte man drei schwarze Gefangene, die der Soledad-Direktion wegen Sympathien für die Black Pan-

thers seit langem ein Dorn im Auge waren. Obwohl sie ihre Unschuld nicht nur beteuerten, sondern auch Beweise dafür beizubringen vermochten, verlegte man die für die Gas-kammer Bestimmten unverzüglich in das Hinrichtungszuchthaus San Quentin. Dort soll ihnen dieser Tage der Prozeß gemacht werden.

Einer der Soledad Brothers, deren Schicksal heute Millionen Amerikaner bewegt, aber ist George Jackson, dessen jugendlicher Bruder mit der Aktion von San Rafael auf dramatische Weise die Freilassung der „legalen“ Lynch-Opfer erzwingen wollte.

Jonathan Jackson aber war 1969, als die faschistischen Morddrohungen gegen Angela Davis nicht abrisen, im Auftrag der Negerbetrieuungsbe-wegung deren Bodyguard (Leibwächter) gewesen. Damals hatte die Negerdozentin — und derartige Käufe sind in den USA durchaus legal und an der Tagesordnung — zu ihrem persönlichen Schutz zwei Schusswaffen erworben, die sie in Jacksons Hände legte. Zwei Tage vor dem Zwischenfall von San Quentin kaufte jemand, der sich — nach den vorsichtigen Worten der „Washington Post“ — „als Angela Davis ausgab“, eine dritte Waffe, die ebenfalls bei dem Handstreich von San Rafael benutzt worden sein soll.

Das allein genügte dem FBI, die junge Kommunistin als dritte Frau in der Kriminal-geschichte der USA auf die Meistgesuchtenliste zu setzen — und zwar unter der ungeheuerlichen Beschuldigung: „Verdacht des Mordes und des Kidnapping“.

So, das glaubt man offenbar im Lager der um Nixon gescharten Reaktion, sei das Kapitel Angela Davis endlich abzuschließen.

Aber man dürfte sich ein drittes Mal verrechnet haben: Denn der Schwindel ist zu offensichtlich, als daß er auf Dauer genügend Abnehmer finden könnte. Der spontanen Protestdemonstration von über 1000 Einwohnern San Francisco, die am 20. August im Civic Center der kalifornischen Metropole den blutigen Knüppelattacken der Polizei trotzen, werden zweifellos Tausende Manifestationen folgen. Sie werden das infame Komplott gegen Angela Davis, die der internationalen proletarischen Solidarität bedarf, aufdecken und zerschlagen. ■

Am 14. Oktober gelang es den Spitzeln des FBI, die 26jährige Angela Davis zu verhaften. Aber die weltweite Solidaritätsbewegung läßt sich nicht mehr aufhalten.





„Aktion 18“ — das sind junge Menschen, die sich mit 18 Forderungen der Jugend an die Parteien gewandt haben. In Rheinland-Pfalz sind im nächsten Frühjahr Landtagswahlen — diesmal soll die Jugend nicht vergessen werden. Eine der 18 Forderungen ist das Verlangen nach Fahrgeldfreiheit für Lehrlinge und Schüler. Um die Forderung zu unterstreichen, mieteten die Jugendlichen von „Aktion 18“ aus Ludwigshafen kurzgeschlossen eine Straßenbahn. Für einen Tag gab es den Nulltarif. Die Fahrkarten, die an die Mitfahrenden verteilt wurden, trugen den Aufdruck „Nulltarif“. Bis jetzt nur ein Lichtblick auf die Zukunft. Übrigens: die CDU hat sich bereits von der „Aktion 18“ distanziert.

## Medizin- männer der Bun- deswehr

*Die Militärseelsorge -  
ein weiteres Mittel zur  
Disziplinierung der  
Soldaten*

*Von Dieter Eimelsberg*

Soldaten sind dazu da, nach Ermessen und auf Befehl ihrer Vorgesetzten Menschen gegnerischer Truppenverbände zu töten. Weil jeder Mensch Hemmungen dagegen hat, das zu tun, spielen seit alters her Medizinmänner, Wahrsager, Götzendiener und auch christliche Priester eine wichtige Rolle in den Armeen. Sie mußten und müssen irrational-mythische Schleier über das breiten, was vernünftig nicht erklärbar ist und was nicht diskutiert werden soll. Sie verhinderten mit ihrem verdummenden Gerede von „göttlicher Pflicht“, vom „Opfertode“ und vom „Soldaten

Christi“, daß die Soldaten überlegten, ob ihre Aufgabe überhaupt vernünftig und in ihrem Interesse ist. Für Fahnenflüchtige und Wehrdienstverweigerer pflegen sie mit albernem Gewäsch von der „Strafe Gottes“ zu kommen.

Bis zum letzten Krieg feuerten christliche Kriegspriester die Soldaten zum angeblich heldenhaften Töten und Sterben an. Und das gerade auf deutscher Seite, wo doch der letzte Kriegspriester hätte wissen müssen, daß Hitlerdeutschland einen verbrecherischen Angriffskrieg führte. Christliche Militärpriester verkündeten den Kolonialtruppen in Algerien, sie täten ihre Pflicht bei der Abschachtung der algerischen Freiheitskämpfer. Heute helfen solche Leute den US-Imperialisten bei ihren kriminellen Feldzügen gegen das um seine Unabhängigkeit kämpfende vietnamesische Volk.

Die BRD führt keinen Krieg. Sie hat sogar ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen. Mit dem Staat also, den uns viele kalte Krieger und die Militärseelsorge-Broschüren als unseren Todfeind einreden wollen — in Wirklichkeit ist Feindschaft 1941 entstanden, als Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfiel und 20 Millionen Sowjetbürger ermordete. Trotzdem vergiften Militärseelsorger weiter das Klima zwischen

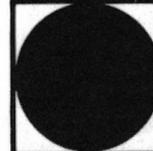
der BRD und der UdSSR. Trotzdem helfen sie weiter, den Soldaten ein lügnisches Feindbild einzupauken und ihnen mit Bla-bla über angeblich von Gott stammende Pflichten unbedingten Gehorsam gegenüber ihren Oberen beizubringen.

Das ist demokratiefeindlich, friedensgefährdend und zudem verfassungswidrig. Der Staat gibt Millionen von Steuergeldern für die Propaganda der Militärseelsorge aus, finanziert Soldatenkirchen und unter christlicher Aufsicht stehende Soldatenheime und stellt gar Militärpriester als staatliche Beamte an. Das widerspricht dem Grundgesetz, nach dem vom Staat keine Weltanschauung (auch der Atheismus ist eine Weltanschauung!) vor der anderen bevorzugt werden darf.

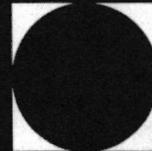
Zudem machen die evangelischen und katholischen Bundeswehrpriester den Soldaten ein falsches Bild ihrer Kirchen vor. Es gibt nämlich viele christliche Priester, die keine Antikommunisten sind, viele, die den autoritären Staat ablehnen und von alten Hitler-Militärs wie Schnez, Molinari und de Maiziére nichts halten. Es gibt auch solche, die Pazifisten und Sozialisten sind und die Bundeswehr ablehnen. Diese alle dürfen aber nicht in den Kasernen lehren, weil hier die Militärs bestimmen.

**Hans-Dieter Bamberg** **Militärseelsorge in der Bundeswehr**

**Schule der Anpassung und des Unfriedens**



**Kleine Bibliothek**



**Pahl-Rugenstein Verlag**

Von Hans-Dieter Bamberg ist Im Pahl-Rugenstein-Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, ein sehr interessantes Buch zum gleichen Thema erschienen. Es heißt: „Militärseelsorge in der Bundeswehr — Schule der Anpassung und des Unfriedens“, 308 Seiten, 9,80 DM.

## Eine Fehl- rechnung

*Die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ fördert nur den Spitzensport*

*Von Klaus Waller*

Einmal im Jahr begibt sich die Führung des bundesdeutschen Sports in die Gesellschaft der „Oberen Zehntausend“. Zum drittenmal wird im kommenden Februar der sogenannte „Ball des Sports“ stattfinden, die Vorbereitungen laufen bereits auf vollen Touren. Unter Beteiligung von Sportlern (eine Handvoll regierungsloyaler Renommier-Spitzenathleten hat man immer schnell zusammen) und vor allem unter Mitwirkung von Prominenz, die sich dadurch qualifiziert, daß sie die Eintrittspreise von 300 Mark pro Person auf den Tisch legen kann, wird zum Aufschwung des bundesdeutschen Sports beigetragen.

Denn die hohen Einnahmen dienen natürlich einem „wohl-tätigen“ Zweck. Und die mitwirkenden „Weltstars“ (zum Beispiel Uralt-Sängerin Caterina Valente oder 1971 der amerikanischen Unterwelt-Showman Frank Sinatra) treten selbstverständlich umsonst auf, um den ansehnlichen Etat nicht zu schmälern. Neben dem eigenen Image helfen sie dabei der „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ (DSH), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Olympiamedaillen für die Bundesrepublik zu erkaufen.

Die Rechnung der Leute, die diese „Stiftung“ gründeten oder ihren Namen für sie zur Verfügung stellten, ist simpel nach kapitalistischen Methoden aufgestellt: Gebt uns Millionen, so etwa sagt es Versandhaus-Millionär Josef Nekkerkern, DSH-Vorsitzender, und wir fördern die Sportler so, daß sie in München das Ansehen der Bundesrepublik durch Siege stärken.

Welches Ansehen sie meinen und wozu dieses Ansehen schließlich gut sein soll, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der Organisation: Das Kuratorium besteht zu über 90 Prozent aus Vorstandsmitgliedern von Großkonzernen,



Ball des Sports. CDU-Vorsitzender Kiesinger und der Präsident der Sporthilfe Neckermann: „Wes' Geld ich nehm, des' Lied ich sing.“

Bankiers, Herausgebern „gesellschaftstragender“ Verlage (FAZ, Burda) oder sonstigen Vertretern kapitalistischer Großbetriebe.

Ob diese Herren allerdings ihr Ziel erreichen, ist recht fraglich. Erklärtermaßen hat die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ ausschließlich die Aufgabe der Förderung des Spitzensports. Sie muß sich auf bereits vorhandene Ausnahme-Athleten stützen, vermag aber nichts daran zu ändern, daß die Basis viel zu klein ist. Nach wie vor ist das Hauptproblem des Sports, in der Bundesrepublik, daß viel zuwenig für den Breitensport getan wird.

Die DSH schert dies offensichtlich wenig. Sie fördert jetzt etwa 900 erfolgversprechende Sportler und stellt nach jeden internationalen Meisterschaften die Rechnung auf: Wir bezahlen für diese Sportart eine ganz bestimmte Summe, also muß eine ganz bestimmte Anzahl von Medaillen dabei herauspringen. Da, wo diese Rechnung nicht aufgeht, wird die Förderung eingestellt. Beispiele: die Boxer, denen die Subventionen in den letzten Monaten rigoros zusammengestrichen wurden, oder in jüngster Vergangenheit der Gewichtheber Kuczera, der bei

den Weltmeisterschaften keinen vorderen Platz belegen konnte und jetzt mit einer Kürzung der Sporthilfemittel bestraft werden soll.

Hier praktiziert diese von staatlicher wie von DSB-Seite hochgejubelte Institution genau das, was in antikommunistischen Propagandareden bis in die heutige Zeit hinein den sozialistischen Staaten in Verdrehung aller Tatsachen immer wieder vorgeworfen wird: Dort würden, so hieß es verleumderisch, die Athleten immer nur so lange gefördert, wie sie Erfolge nach Hause brächten. Andernfalls würden sie fallengelassen. Ausgerechnet in der Bundesrepublik werden diese Methoden nun einmal tatsächlich angewandt.

Es kommt die ganze zynische Grundhaltung der bundesdeutschen Sportführung zum Ausdruck: Einerseits werden heuchlerisch bittere Tränen darüber vergossen, daß die DDR im Eishockey freiwillig in die B-Gruppe der Weltmeisterschaft abstieg, um einen sinnvollen Neuaufbau der Mannschaft zu gewährleisten (Daume: „Die olympische Idee wird mit Füßen getreten“). Andererseits billigt man die Anwendung der „Methoden des Managements“ (Neckermann) im eigenen Einflußbereich.

München 1972 wird zeigen, daß die Rechnung der „Deutschen Sporthilfe“ eine gigantische Fehlrechnung ist. ■

## „Panoptikum“

Jugendsendung des WDR soll zensiert werden

Von Ronald Sommer

Sie treffen sich jeden Monat an einem Donnerstagabend im Studio des WDR: die jungen Mitarbeiter des Hörfunk-Magazins „Panoptikum“. Die Polit-Sendung für junge Leute wurde 1968 gestartet und bringt eine optimale Mischung aus progressiver Popmusik, Informationen, Berichten, Analysen und Interviews. Engagierte Meinungen und offene Kritik machen das Magazin zu einer Sendung, die „in“ ist.

Das gefällt jedoch einigen Herren vom Verwaltungs-, Rundfunk- und Programmbeirat des WDR überhaupt nicht. Der Intendant des Kölner Funkhauses bekam das klar zu spüren. Man forderte von ihm eine Zensur vom „Panoptikum“. Dabei ging es sicher nicht um die Interessen der Jugend, sondern um die der Kirche, der Industrie und der CDU. Denn diese gesellschaftlichen Gruppen vertreten die Beschützer der Jugend beim WDR.

Besonders ein Zitat wurde zum Stein des Anstoßes: „Komm mit meinem Pimmel in den siebten Himmel“. — Aber so sind oft die Praktiken von Zensoren, man sagt Sex und meint Politik. So empört man sich auch über die Werbung für Underground-Zeitschriften. Dabei hatte „Panoptikum“ das auf nette Art angekündigt: „Lesen macht Spaß!“ Aber vielleicht haben die Herren die BILD-Zeitung darunter vermißt — oder etwa gar den BAYERNKURIER?

Allerdings darf nicht behauptet werden, das Pop-Magazin sei nicht objektiv. Es wurde sogar eine Zuschrift des sauerländischen Omnibusfahrers Hugo Köhler an BILD verlesen: „BILD, wir möchten Dir von Herzen danken, für Deine Hilfe für die Armen und Kranken. Harte Herzen machst Du weich, hast keine Angst, auch nicht vorm Scheich. Den Bösewicht faßt Du beim Schopf, triffst stets dem Nagel auf den

Kopf. Du bist aus echtem, hartem Holz, wir sind auf Dich besonders stolz.“

„Panoptikum“ brachte auch folgendes Zitat: „Du mußt jede Autorität respektieren, gleichgültig, ob kirchlich oder zivil. Kritisiere nicht die, welche regieren“ —, aus dem spanischen Lehrbuch „Die katholische Moral“. Dagegen ist nun wirklich nichts einzuwenden — oder?

Redakteurin Gretel Rieber und ihr Team (Rosa Pape, Gisela Claudius, Tom Schroeder) sowie die freien Mitarbeiter des Polit-Magazins wollen nicht aufgeben, denn sie waren sich immer bewußt, daß ihre Sendungen zum Teil mit Unbehagen verfolgt werden. Als vor einem Jahr angekündigt wurde, wann das nächste „Panoptikum“ stattfindet, hieß es zum Schluß: „... hoffentlich.“ Das war sicher halb ironisch und halb ernsthaft gemeint. Eine aufschlußreiche Antwort erhielt ein Hörer aus Duisburg, der einen Blumenstrauß ins Kölner Funkhaus schickte: „Die Überraschung und die Freude waren groß, denn öfter als Blumen bekommen wir böse Briefe.“ ■

Gret Rieber — Redakteurin bei „Panoptikum“. „Kritisiere nicht die, welche regieren.“



# Lehrlinge



## in Aktion

## 1971: Jahr der arbeitenden Jugend

Die DGB-Jugend nimmt mit neuen Leitsätzen Kurs auf ein Kampfjahr - Höhepunkte: Programmdiskussion, Aktionen, Bundesjugendkonferenz

Das Jahr 1971 wird neue, stärkere politische und soziale Kämpfe Jugend bringen. Vom Bundesjugendausschuß des DGB wurde 1971 zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ erklärt. Die beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme der jungen Arbeiter sollen über 12 Monate in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden.

Die Gewerkschaftsjugend geht planvoll und zielstrebig an die Aktionen des kommenden Jahres heran. Sie weiß, daß 1971 für den Endspurt des 6. Bundestages gerüstet wird. Gegenüber den Politikern sollen verstärkt die Forderungen der Jungarbeiter artikuliert werden. Aber nicht nur deshalb wurde der Zeitpunkt gut gewählt. Auch auf den 9. DGB-Kongreß 1972 wird das Jahr der jungen Arbeiter seine Auswirkungen haben. Und schließlich gibt die arbeitende Jugend selbst dem Bundesjugendausschuß in seinem Beschluß recht. Nie zuvor hat es soviel Bewegung unter den jungen Arbeitern und den Lehrlingen gegeben. Demonstrationen für bessere Berufsausbildung, Proteste gegen Unternehmerwillkür, Aktionen für die Mitbestimmung,

Engagement der Jugend in Tarifkommissionen — ja auch Lehrlingsstreiks schrecken Unternehmer und rechte Politiker auf. Die Gewerkschaftsjugend will diesen Aktionen die organisatorische Basis geben. Sie hat sich auf das Jahr der arbeitenden Jugend gut vorbereitet.

Zunächst wurde eine Strategie der gewerkschaftlichen Jugendarbeit diskutiert. Ein umfangreiches Papier war das Ergebnis des „Strategie-Seminars“ des Bundesjugendausschusses. In Betrieb und Gesellschaft sollen Konflikte zwischen Jungarbeitern und den Herrschenden künftig konsequent im Sinne der Jugendlichen ausgeglichen und nicht verkleistert werden. „Alle Forderungen und Aktionen müssen sich am Klasseninteresse der Arbeitnehmer orientieren“, befanden die DGB-Jugendstrategen in ihrem Papier. Ein Ergebnis der seit dem 7. Bundesjugendkongreß des DGB im November 1968 unaufhörlich geführten Strategiediskussion sind die neuen Leitsätze der Gewerkschaftsjugend. Die jetzt vom Bundesjugendausschuß des DGB bestätigten Leitsätze knüpfen an den Auftrag des DGB-Grundsatzprogramms zur gesellschaftlichen

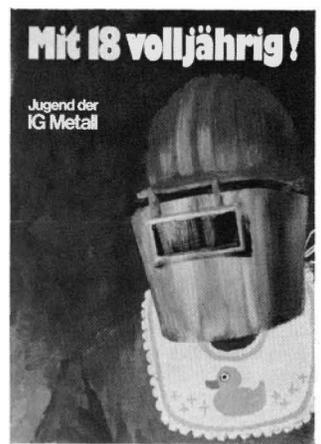
## IG-Metall- Jugendmonat

Wieder war der Monat Oktober für die IG Metall ein besonderer Monat: der Jugendmonat. Er war gleichzeitig der Auftakt für die Arbeit im Winterhalbjahr.

Plakate, Flugblätter, Veranstaltungen usw. sollen die jungen Leute, die noch nicht in der Gewerkschaft organisiert sind, ansprechen; im Betrieb und außerhalb.

Dieses Jahr stehen folgende Slogans im Vordergrund (siehe Plakate):

- Ausbildung ohne Ausbeutung
- Für ein besseres Berufsbildungsgesetz
- Schafft Bildungsurlaub
- Errichtet überbetriebliche Ausbildungszentren
- Mehr Rechte für Jugendvertreter
- Mit 18 volljährig



modern, sie waren zu stark vom Jugendpflegerischen geprägt. Sie wollten „hinführen, aufschließen, vielleicht sogar ein wenig bemuttern“.

Die neuen Leitsätze entsprechen eurem kritischen Bewußtsein.

Für besonders bedeutsam halte ich, daß der DGB durch die neuen Leitsätze als einen Rahmen für die Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend das 25. Lebensjahr festsetzt. Das befreit von der Auszehrung nach der Lehre oder durch die Wehrpflicht. Diese Erhöhung der Altersgrenze beinhaltet gleichzeitig die Chance, zu jüngeren Funktionären in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu kommen.

Seit Jahren neu entstandene Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, wie Jugendclubs, Lehrlingszentren, Aktionsgruppen, Schüler- und Studentengemeinschaft, sind jetzt anerkannt. Wir halten sie für wichtiger als Jugend- und Neigungsgruppen alten Stils, wenn man mehr Demokratie wagen will.“

Mehr Rechte  
für Jugend-  
vertreter!



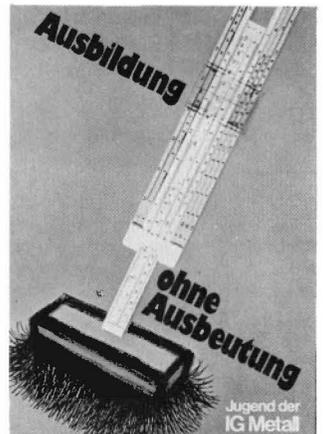
## Die neuen Leitsätze — ein Schritt nach vorn

Franz Woschek, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, vor den Delegierten des 10. Gewerkschaftsjugendtages der IG Bergbau und Energie:

„Ihr seid als demokratische und politische Jugend in unserer Gesamtorganisation anerkannt.

Euch ist die Aufgabe zugeteilt, gewerkschaftliche und politische Forderungen der jungen Arbeitnehmer zu vertreten, daß dies auf der Grundlage unserer Satzung, unseres gemeinsamen Grundsatzprogramms und der demokratischen Beschlüsse unserer Organe geschieht.

Die alten Leitsätze waren un-



Veränderung an. Sie lösen jene betulichen Postulate ab, die vor 13 Jahren beschlossen wurden und so unkonkret waren wie „Übe Solidarität und Hilfsbereitschaft!“ (Über die Bedeutung der neuen Leitsätze siehe Kasten: Franz Woschec „Neue Leitsätze ein Schritt nach vorn“).

Die neuen Leitsätze dehnen das Mitgliedsalter für die Gewerkschaftsjugend auf das 25. Lebensjahr aus, so daß jetzt rund eine Million Jugendliche und ein langfristig entwickelter Funktionärstamm zur DGB-Jugend gehören. Als Grundaufgabe wird formuliert: „Gewerkschaftliche Jugendarbeit soll die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Standort zu erkennen und sie zum selbständigen politischen Denken und Handeln befähigen.“ Und: „Vertretung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der arbeitenden Jugend durch Stellungnahmen und Aktivitäten im gesamten gesellschaftlichen Bereich, vor allem in Betrieb, Verwaltung und Bildungseinrichtung.“ Internationale Solidarität, Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften, Kampf für die Verwirklichung der Grundrechte und für eine demokratische Gesellschaft sind weitere Aufgaben, die in den neuen Leitsätzen niedergelegt sind. Mehr Rechte für die demokratischen Organe der Gewerkschaftsjugend und Anerkennung für neue Formen der Jugendarbeit (Arbeitskreise, Klubs usw. sind in den statuarischen Bestimmungen der Leitsätze enthalten.

Allerdings wurden nicht alle Vorstellungen der Gewerkschaftsjugend in den Leitsätzen realisiert. Als der Bundesjugendausschuß den Kampf „gegen Militarismus, Faschismus, Imperialismus und alle übrigen antidemokratischen Einflüsse“ ausdrücklich erwähnt haben wollte, ver-

langten spitzfindige rechte DGB-Funktionäre die Aufnahme des „Kampfes gegen den Kommunismus“ in den Anti-Kampf-Katalog. Dem mochten Jugendfunktionäre des DGB, die sich zum Anti-Antikommunismus bekannten, nicht zustimmen. Also verzichtete man auf den Katalog und schrieb: „Gegen alle antidemokratischen Kräfte“. Die Erwähnung des Friedenskampfes blieb damit ebenfalls auf der Strecke.

Ungeachtet solcher Konzessionen stimmen Vertreter der organisierten Arbeiterjugend Franz Woschec, dem für die Jugendarbeit zuständigen Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes zu, wenn er ihnen sagt: „Die neuen Leitsätze entsprechen eurer Devise ‚Mehr Demokratie wagen‘“.

Und schließlich sind die neuen Leitsätze auch ein vorverlegtes Ergebnis der Reformdiskussion im DGB, die im Mai 1971 auf einem außerordentlichen DGB-Kongreß mit der Annahme einer neuen Satzung abgeschlossen werden soll.

Das „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ wird auf diesen außerordentlichen Kongreß sicher ebenso seine Wirkung ausüben wie auf den 9. ordentlichen Kongreß des DGB, der im Jahr darauf stattfindet. Im Dezember 1970 wird der Bundesjugendausschuß des DGB den Entwurf eines jugendpolitischen Aktionsprogramms — neben den Leitsätzen ein weiteres bedeutsames Papier für die Jugendarbeit — veröffentlichen. Während der folgenden elf Monate soll dieser Entwurf breit unter der jungen Mitgliedschaft diskutiert werden und im Herbst auf der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz in Dortmund von den Delegierten verabschiedet werden. Diese Konferenz wird Höhepunkt und Abschluß des „Jahres des jungen Arbeitnehmers“ mit seinen zahlreichen Aktionen und

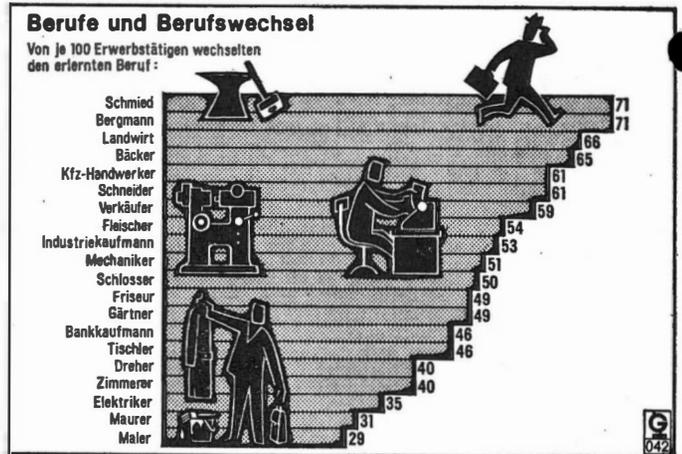
Veranstaltungen sein.

Das „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ läuft gut an. Streikende Lehrlinge und kämpferische junge Metalller, die auf den Veranstaltungen im Jugendmonat Oktober der IG Metall ihre Forderungen unüberhörbar machen, geben ein deutliches Startzeichen. Rechtzeitig zum Jahr der arbeitenden Jugend erschien auch die DGB-Jugendzeitschrift „Aufwärts“ in neuem Gewand: unter dem Titel „'ran“ ist sie als politisches Pop-Magazin neu erstanden, um publizistisch den Kampf der Arbeiterjugend zu unterstützen. Die ganze Arbeiterjugend und ihre Organisationen — Gewerk-

schaftsjugend, Jungsozialisten, „Falken“, Christliche Arbeiterjugend, Naturfreundejugend und SDAJ — haben die Aufgabe, gemeinsam das „Kampfjahr“ zum Erfolg zu führen. Aus der SDAJ und aus zahlreichen Lehrlingsausschüssen ist bereits Zustimmung und Bereitschaft zum Engagement im Rahmen des „Jahres“ zu vernehmen.

„elan“ wird seinen Beitrag zum Arbeiterjugend-Jahr leisten und seine Leser auf dem laufenden halten. In den nächsten Ausgaben werden wir über das weitere Echo auf den Aufruf der DGB-Jugend berichten.

Ulrich Sander



Auch der Gesellenbrief in der Tasche garantiert nicht, daß man einen Beruf für die Zukunft erlernt hat. Unser Schaubild zeigt, wieviele Erwerbstätige ihren Beruf wechselten, d. h. deren Berufsausbildung wurde wertlos. Dabei führt das Bild längst nicht alle Berufe auf. Eine Untersuchung ergab z. B., daß bei 80 von 140 untersuchten Lehr- und Anlernberufen weniger als die Hälfte derjenigen, die diese Berufe erlernten, überhaupt noch im erlernten Beruf beschäftigt sind. Der Sinn Ihrer Ausbildung bestand nicht darin, Ihnen mit diesem Beruf eine Grundlage für Ihr späteres Leben zu geben, sondern für Ihre Lehrrerren waren sie nicht mehr als billige Arbeitskräfte. Als Ihre Lehre vorbei war, mußten sie über kurz oder lang ihre Plätze für neue, billige Lehrlinge räumen.

**WIR MORDEN FÜR DEN FRIEDEN IN VIETNAM**



**GIFTGAS**  
in der Bundesrepublik



**Posters aus dem facit-Verlag**

Diese und weitere Poster (Preis: DM 1,00, DM 2,00)

können Sie bestellen bei:

facit-Verlag  
Werner Loch

5000 Köln  
Breite Straße 141/143  
Telefon: 47 42 43



## Kleiner Leitfaden für den Arbeitstag \*

Du willst einmal ein tüchtiger Facharbeiter werden, sonst wärest Du nicht zu uns in die Lehre gekommen, das ist gut und richtig so; aber, um im Leben vorwärts zu kommen, genügt es nicht, nur sein Fach zu beherrschen. Neben dem fachlichen Können spielt auch das Betragen eine große Rolle. „Betragen“ oder „Führung“ stand schon auf dem Schulzeugnis an erster Stelle.

„Du bist zwar noch ein Kind ...“

Noch bist Du zwar ein Kind, und wenn Kinder sich schlecht benehmen, so verzeiht man es ihnen leichter als Erwachsenen. Man sagt dann wohl, derjenige hätte eine schlechte Kinderstube. Aber Du wirst jetzt langsam selbst zu einem Erwachsenen; d.h., Du bist dann auch selbst dafür verantwortlich, wie Du beurteilt wirst. Gutes Benehmen soll nicht nur dem Chef gegenüber gezeigt werden, sondern jedem Menschen. Ist man immer höflich, so ergibt sich daraus für Dich selbst eine innere Sicherheit, die gerade ein junger Mensch dringend braucht. Du kennst das Gefühl der Unsicherheit; das kannst Du durch gutes Benehmen beseitigen. Dir hierbei zu helfen, soll der Sinn dieser kleinen Schrift sein.

Der erste Eindruck – Sicher kennst Du das Sprichwort: „Wie Du kommst gegangen, so wirst Du auch empfangen.“ Das besagt, daß Du so beurteilt wirst, wie Du auftrittst. Es kann einer ein guter Fachmann sein, wenn der einen schlechten Eindruck bei der Vorstellung macht, so wird er die Stelle, für die er sich bewirbt, wohl kaum bekommen. Es kann sehr lange Zeit dauern, bevor man die Meinung über einen Mitmenschen ändert, die man sich vorher aufgrund des ersten Eindruckes gebildet hat. Über den ersten Eindruck entscheidet oft das Äußere. Dazu gehören Haltung, Kleidung, Sauberkeit (auch reine Fingernägel) und Haarfrisur. Wer müde und schlapp umherschleicht, macht einen schlechten Eindruck. Ganz anders wirkt ein frischer, aufgeweckter Junge.

„Denke auch an den Mundgeruch ...“

Die Sauberkeit bezieht sich

sowohl auf die Kleidung als auch auf den Körper. Wer arbeitet, schwitzt; doch den üblen Schweißgeruch kannst Du leicht beseitigen, indem Du die Duschanlage im Keller oft benutzt. Denke auch an den Mundgeruch und putze Dir die Zähne. Niemand wird sich freuen, wenn Dein Atem nicht frisch ist, sondern jeder hält Abstand und Du weißt oft gar nicht weshalb.

Nun noch ein Wort zur Haarfrisur. Mit langen Koteletten und Künstlermähne fällt man nur unangenehm auf. Außerdem ist die Gefahr sehr groß, daß sich die Haare in der Bohrspindelverfangen und die Kopfhaut abgerissen wird.

Ablauf eines Werktages – Ein normaler Werktag beginnt mit dem rechtzeitigen Aufstehen. Wer nur Zeit hat, eine „Katzenwäsche“ zu veranstalten, nur jeden zweiten Knopf schließen kann, sein Butterbrot auf dem Weg zur Straßenbahn verschlingen muß und trotzdem noch die Bahn verpaßt oder 2 Minuten nach 7.00 Uhr in der Werkstatt erscheint, der ist bestimmt zu spät aufgestanden. Die Kleidung auf dem Arbeitsweg braucht nicht dem letzten Modeschrei zu entsprechen. Hier können Sachen aufgetragen werden, die man sonntags nicht mehr anziehen würde. Aber zwei Forderungen müssen auch an diese Kleidung gestellt werden: Sie soll ganz und sauber sein. Gegen geflickte saubere Kleidung ist nichts einzuwenden. Mit einem Loch im Hosenbein und einem Fettfleck in der Jacke machst Du nicht gerade einen gepflegten Eindruck.

„Beim Grüßen nimmt man in Deutschland die Mütze ab“

Beim Betreten des Werkes zeigt Du beim Pförtner Deinen Ausweis vor, wenn Du dabei „Guten Morgen“ sagst, so wird Dich der Pförtner bald kennen, ganz bestimmt aber freut er sich über den Gruß, und Dich kostet es nichts. Mit der Zeit wirst Du im Werk viele Leute kennenlernen, d.h., Du mußt im Laufe des Tages viele Male grüßen, denn Du bist der Jüngere, und der Jüngere grüßt zuerst. Natürlich brauchst Du jeden Bekannten am Tage nur einmal grüßen oder Du grüßt zum zweiten

Mal, wenn Du demjenigen auf dem Weg zur Hüttschenke oder auf dem Heimweg noch einmal begegnest. Beim Grüßen nimmt man in Deutschland die Mütze oder den Hut ab. Dagegen behält man Basken- und Pudelmützen und Harthüte auf. Wer zum Gruß die Hände in den Taschen behält oder wer sich an eine Wand oder an eine Maschine anlehnt, wird mit Recht als unhöflich bezeichnet. Wer sich umdreht, um nicht zu grüßen, fällt erst recht unangenehm auf.

„Wer mit seinem Lehrer spricht, steht auf“

Der Umkleideraum ist ziemlich eng. Du kannst ihn also nicht als Spielplatz benutzen; den Schaden hast Du sonst selbst, wenn ein Schrank umkippt oder wenn Du Deine Kleidung an den Türgriffen zerreißt. Das gleiche, was für die Kleidung auf dem Arbeitsweg gilt, hat auch für den Arbeitsanzug Gültigkeit. Ein Arbeitsanzug ist zwar nicht ganz sauber, aber er braucht trotzdem nicht vor Schmutz allein zu stehen. Wer schon ein kleines Loch zunäht, umgeht die Gefahr, damit irgendwo hängenzubleiben. Zum Arbeitsanzug gehören ebenfalls die Schuhe, sie sollen auch von Zeit zu Zeit geputzt werden. Wenn in der Schule ein Erwachsener den Unterrichtsraum betritt, stehen die Schüler auf. Das kennst Du schon von der Schule her, diese Regel gilt hier ebenfalls. Der Eintretende grüßt immer zuerst, das trifft auch in dem Falle zu, daß sich von Euch einmal jemand verspätet hat. Du gehst dann zum Lehrer oder Meister hin und entschuldigst Dich. Verläßt der Erwachsene den Raum, so sollte einer die Türe öffnen. Wer mit seinem Lehrer spricht, steht auf, denn das gehört zum guten Benehmen. Es sieht schlecht aus, wenn Du dabei wie ein Flitzbogen an der Tischkante hängt. Zur Unterhaltung mit dem Nebenmann sind die Pausen da. Es ist eine große Unhöflichkeit, den Vortragenden mit Sprechen zu stören, vom Gähnen oder Schnarchen ganz zu schweigen. Wer einen Erwachsenen begleitet, läßt diesen rechts gehen und an engen Stellen läßt

er ihm den Vortritt, bzw. öffnet ihm die Tür.

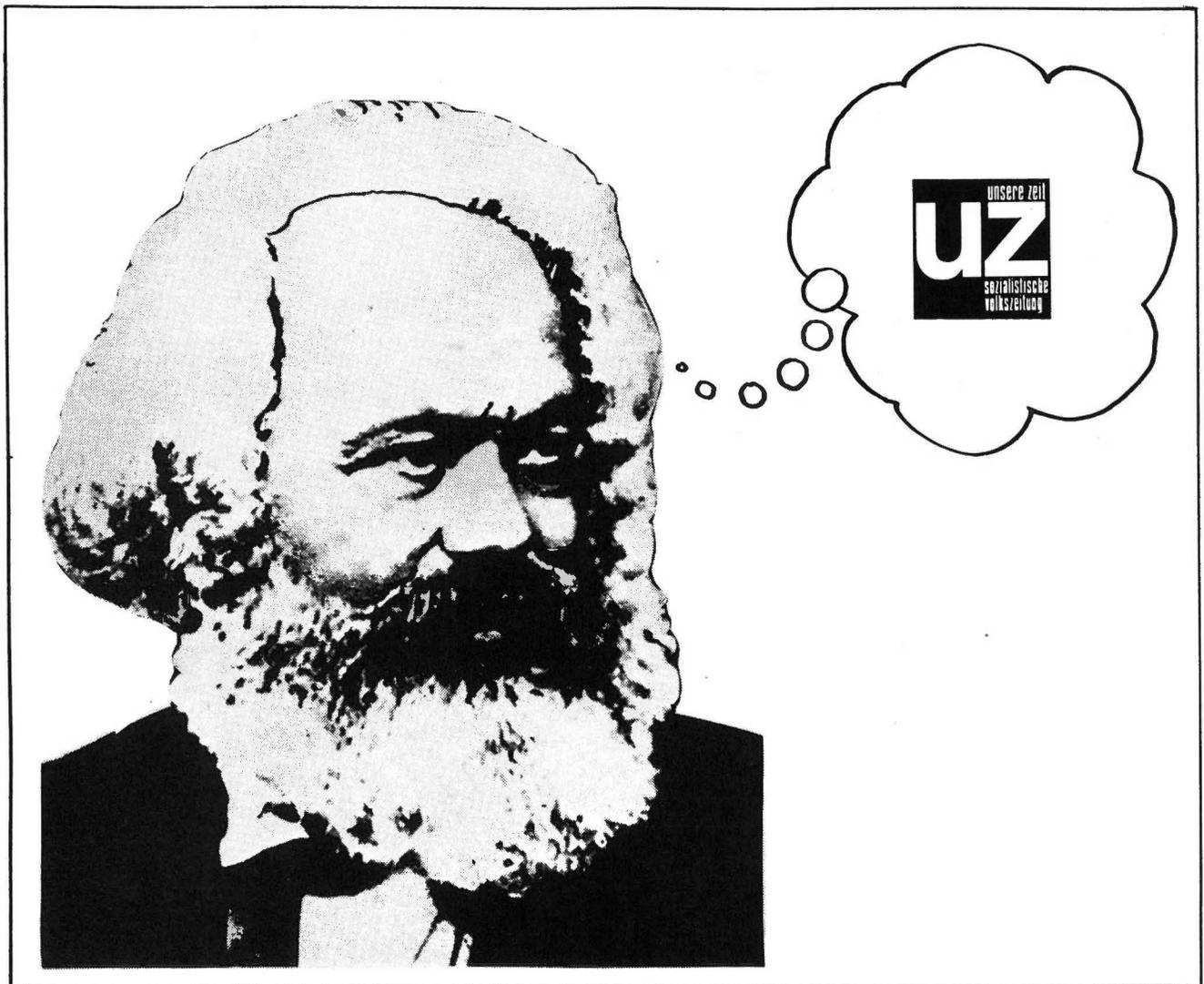
Zur Mittagspause – Zu Hause setzt Du Dich auch nicht mit schmutzigen Händen an den Tisch. Das ist bei uns nicht anders. Wer schmutzige Arbeit hatte, sollte auch sein Gesicht waschen.

„Wegweiser, um im Leben Erfolg zu haben“

Weil Du die Hüttschenke nicht im Arbeitsanzug betreten darfst, stellen wir Dir einen Kittel zur Verfügung, den Du über Deinen Arbeitsanzug ziehst. Mit diesem Kittel erkennst Dich jeder als Lehrling. Richte Dich bitte danach und benimm Dich so, daß man nur gut von Dir spricht. Wer sich an einen Tisch setzt oder aufsteht, wenn noch andere an dem Tisch sitzen, grüße kurz mit „Mahlzeit“. Daß der Tisch für die Teller und nicht für die Ellbogen dort steht, siehst Du sicher ein. Rundschläge sind in der Werkstatt verboten, auch beim Löffeln sind sie nicht erlaubt. Wer beim Essen schmatzt, blamiert sich. Wenn Du die Papierserviette benutzt hast, so knülle sie nachher zusammen und lege sie auf den leeren Teller. Die Serviette ist nicht als Wurfgeschöß gedacht. Achte darauf, daß Du nach dem Essen wieder rechtzeitig in der Werkstatt bist. Wenn Dich während der Arbeit jemand anspricht, so unterbrich für einen Moment Deine Arbeit und stelle Dich gerade hin, um die Frage zu beantworten. Wirst Du geschickt, um jemandem etwas zu bestellen, der gerade ein Gespräch führt, so wartest Du, bis er fertig ist oder das Gespräch unterbricht. Du mußt die Erwachsenen ausreden lassen; das gilt auch für alle anderen Fälle.

Nun betrachte diese Seiten nicht als einen Zaun, der vieles einschränkt, sondern als Wegweiser, der Dich leichter zum Ziel bringt, zu dem Ziel, im Leben Erfolg zu haben.

\* Dieser „Leitfaden“ stammt aus den Abteilungen Betriebliches Bildungswesen, Technisches Bildungswesen und Technisches Lehrlingswesen der MANNESMANN AG HÜTTENWERKE in Duisburg. Die Firmenleitung wendet sich damit an die Lehrlinge. Der Text spricht für sich. Wir dokumentieren ihn im Wortlaut und ungekürzt.



# UZ. Marx schreibt mit! •

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung

arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ. Können Sie auf die Rote verzichten?

✂

**BESTELLSCHEIN**

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM für 6 Monate

Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probe-exemplares

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Name)

.....  
(Vorname)

( ) .....  
(Wohnort)

.....  
(Straße u. Hausnummer)

absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH  
A 60 – Abteilung 41  
Duisburg-Beeck  
Pothmannstr. 12



# Die Rote

# DIE ERBEN VON JAMES CONNOLLY



Irgendwo in der Nähe der Falls Road, irgendwo im Gewirr der Straßen westlich des Stadtzentrums der nordirischen Hauptstadt Belfast, sitze ich zusammen mit jungen Mitglieder des McKelvey Republican Club. Jahrzehntlang hatte das Falls-Road-Gebiet, die Straßen nördlich und südlich der breiten Einkaufsstraße Falls Road, nur zwei Bedeutungen. In Dublin und in Belfast, bei Freunden und Feinden war und ist „The Falls Road“ eine „Republican Stronghold“ – eine republikanische Hochburg. Aber wer störte sich daran außerhalb des kleinen Irland? Und genauso wenig störte man sich an der zweiten Bedeutung, daß „Die Falls Road“ mit 80 000 Bewohnern in seinen langen Reihen zweistöckiger Häuser mit Küche und guter Stube im Parterre und zwei Schlafstuben im Obergeschoß der Wunschtraum eines jeden Grundbesitzers war. Die Generationen, die hier seit mehr als 100 Jahren in drangvoller Enge gelebt, geliebt und geboren haben – und irische katholische Arbeiterfamilien zählen heute im Schnitt noch mehr als fünf Kinder – die von hier zur Arbeit oder zur Stempelstelle, zur Kneipe, zur Demonstration, zum Streik oder zum Straßenkampf gingen – haben den Hauseigentümern die ursprüngliche Kapitalanlage zehnfach und mehr wieder eingebracht. Dann sprang der Name „Falls Road“ im August 1969 in die internationalen Schlagzeilen. In der Flimmerkiste sah man Bilder von britischen Panzerwagen zwischen den niedrigen Häuserzeilen. Die Kameras fixierten die Losungen „RUC = SS“ (Royal Ulster Constabulary heißt die nordirische Bereitschaftspolizei) und „Don't Fraternise“, die Aufforderung, nicht mit den britischen Soldaten zu fraternisieren. Dann aber schwenkten die Objektive über die aus Wellblechplatten und Sandsäcken konstruierte „Friedenslinie“ hinweg zu den Häusern, die jenen auf der katholischen, republikanischen Seite gleichen wie ein Ei dem anderen. Ins Bild kam der britische Union Jack, ins Bild kamen gemalte Losungen wie „No surrende – Remember 1969 – Kick the Pope“ (Keine Kapitulation – Denkt an 1960 – dem Papst einen Tritt). Die armen Leute, die angstvoll die zurückgelegten Münzen in der Teekanne durchzählen, wenn der Kassierer für das gemietete Fernsehgerät in der Straße gesichtet wird, hatten sich die Demonstration ihrer probritischen, antikatholischen und loyalistischen Gesinnung ein gutes Stück Geld für Fahnentuch und Wimpel kosten lassen. Diese Fahnen und diese Losungen waren noch zu sehen, als ich in diesem Sommer nach Belfast kam – übrigens nur in den Vierteln der armen Leute. Die protestantischen Geschäftsleute, Fabrikbesitzer, Bankiers und Ministerialbürokraten halten es nicht für nötig, ihre loyalistische Haltung zu demonstrieren. Ihre Bankauszüge beweisen es zur Genüge, daß ihr Herz für den britischen Imperialismus schlägt.

## Klassenkampf – kein Kreuzzug!

Die westdeutsche Presse hat sich zumeist der Deutung der britischen bürgerlichen Presse angeschlossen, daß es sich in Nordirland um einen Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken handele und die britische Armee die Rolle des Friedensstifters übernommen habe. Aber die Mitglieder vom McKelvey Republican Club berichten mir nicht ohne Stolz: „Zwei protestantische Jungs sind eingetreten.“ Das ist ein Erfolg für den seit Mai bestehenden Klub mit seinen 20 Mitgliedern, die sonst alle katholisch sind. Es ist ein Erfolg in Belfast, wo es noch gang und gäbe ist, einen katholischen Jungen „für immer“ (gewöhnlich bis zur Geburt des ersten Enkels) aus der Familie zu verstoßen, der ein protestantisches Mädchen heiratet – und umgekehrt. Ich sitze also jungen Menschen gegenüber, die das „irische Sektierertum“, den von der herrschenden Klasse Englands und Nordirlands geschürten und genutzten Haß zwischen Katholiken und Protestanten überwinden wollen.

Die „Republikanische Bewegung“, zu der sich der McKelvey Republican Club zählt, hat sich die nationale Befreiung Irlands durch Eingliederung der „sechs Grafschaften“ (Nordirland) in die Republik Irland zum Ziel gesetzt. Die Bewegung befindet sich in der Republik wie in Nordirland in der Opposition. Sie besteht hier wie dort aus einem politischen und einem (in Nordirland illegalen, in der Republik halblegalen) militärischen Zweig. Ihr wichtigstes politisches Kontingent ist die Sinn Fein Partei, ihr militärischer Arm die Irische Republikanische Armee – IRA. Es handelt sich jedoch um selbständige politische und militärische Organisationen mit eigenen Führungsorganen, deren Mitgliedschaft nicht identisch ist und deren Nahziele und Taktik sich nicht in allen Fragen decken. Die IRA hat sich 1969 außerdem noch gespalten. Der von der bisherigen Führungsmannschaft geleitete „traditionelle“ Flügel will soziale Fragen und Massenaktionen mehr in den Vordergrund rücken. Im Kampf um eine „Irische Republik der Arbeiter und Kleinbauern“ ist dieser Flügel zur punktuellen Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Irlands (CPI) bereit. Der „provisorische“ Flügel setzt die bisherige Tradition fort (insofern sind die Bezeichnungen der beiden Flügel irreführend): eine Kaderorganisation, die sich für gewaltsame Aktionen gegen den britischen Imperialismus bereit hält und betont anti-kommunistisch auftritt.

### Mit der grünen Fahne ins Grab

Im McKelvey Republican Club spricht man von den „Wickelt-die-grüne-Fahne-um-mich-Jungs“, von Republikanern, die „für Irland zu sterben, aber nicht zu leben verstehen“. Heute, nahezu 50 Jahre nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit für den größten Teil der Insel, macht die ganze

republikanische Bewegung im Norden wie im Süden eine schmerzhaft und notwendige Phase der Besinnung durch. Es wäre vermessen, den Ausgang dieses Prozesses voraussagen zu wollen.

Er ist schmerzhaft, weil die Tradition der im bewaffneten Kampf gegen die britische Herrschaft gefallenen und in der grünen nationalen Fahne begrabenen Republikaner ein entscheidendes Erbstück der Nation ausmacht. Er ist notwendig, weil die Republikanische Bewegung im Zeitalter des Imperialismus große und militante Teile der Arbeiterklasse an eine kleinbürgerliche Führung gebunden hat, die die nationale Befreiung nicht zu vollenden vermochte. Irlands bedeutendster sozialistischer Theoretiker und Führer, James Connolly, hat es bereits 1897 in einer prophetisch anmutenden Passage vorausgesagt: „Wenn Ihr die britische Armee morgen entfernt und die grüne Flagge über der Dubliner Burg aufzieht, so werden Eure Bemühungen nutzlos sein, wenn Ihr nicht an die Organisation einer Sozialistischen Republik herangeht. England würde Euch still regieren. Es würde Euch regieren durch seine Kapitalisten, durch seine Großgrundbesitzer, durch seine Geldleute . . .“

Das aber ist heute genau der Stand der staatlich unabhängigen und wirtschaftlich voll abhängigen Republik Irland, an deren Spitze als Regierungspartei die von einem führenden Republikaner, dem heutigen Staatspräsidenten de Valera, begründete Fianna-Fail-Partei steht. Ausdruck der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist die Entscheidung der Fianna Fail (und aller anderen Parteien, ausgenommen Sinn Fein und die Kommunistische Partei) sich zusammen

**Während der Unruhen vor einem Jahr durchsuchen britische Soldaten in der Belfaster Shankill Road Zivilisten nach Waffen.**



mit England um die Mitgliedschaft in der EWG zu bewerben.

## Die Erben von James Connolly

James Connolly wurde als einer der führenden Männer des Osteraufstandes von 1916 erschossen. Seine Lehre, die lange nahezu völlig in Vergessenheit geraten war, trägt, entsprechend der Zeit, in der sie formuliert wurde, bestimmte syndikalistische Züge. Aber mit ihrer klaren Abgrenzung vom sozialdemokratischen Reformismus, mit ihrer Hinwendung zu Massenaktionen, mit ihrer marxistischen Analyse der nationalen Frage und ihrem Bekenntnis zur Brüderlichkeit der Arbeiter aller Länder gewinnt sie heute im Norden wie im Süden an Anziehungskraft. Die mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeitende Jugendorganisation nennt sich Connolly Youth Movement.

Den McKelvey Republican Club dürfte es eigentlich überhaupt nicht geben. Alle Organisationen, die sich zur Republikanischen Bewegung bekennen, sind in Nordirland seit der endgültigen Teilung des Landes verboten. Diese Teilung ist damals von der herrschenden Klasse Großbritanniens durch Mobilisierung von Teilen der protestantischen Massen gegen ihre katholischen Arbeitsbrüder durchgesetzt worden. In regelrechten Pogromen wurden in Belfast in den Jahren 1920/22 rund 22 000 katholische Männer, Frauen und Kinder aus ihren Wohnungen vertrieben. 428 Menschen fielen in den Straßenkämpfen oder wurden niedergemetzelt, über 1700 wurden verwundet. Aus jener Zeit datieren nicht nur viele bittere und blutige Erinnerungen, sondern auch jene Tendenzen, die die falsche Scheidung in Protestanten und Katholiken als unvermeidlich hinnehmen und der bewaffneten Aktion den Vorrang einräumten. Aus jener Zeit datiert auch der später noch verfeinerte „Special Powers Act“, das britisch-nordirische Gegenstück zu den Bonner Notstandsgesetzen. In den letzten Jahren haben die Politiker in London und Stormont die Handhabung dieses Gesetzes zu einer hohen Kunst entwickelt. Es gibt ihnen folgende Vollmachten: Durchsuchungen ohne richterlichen Befehl, Verhaftung ohne Haftbefehl, Internierung ohne Gerichtsverfahren, Verhängung von Ausgangssperren, Verbot von Organisationen, Versammlungen, Demonstrationen und Presseerzeugnissen.

### Ein irisches Notstandsgesetz

Aber das Gesetz wird gegenwärtig nicht voll angewandt. Dafür gibt es zwei Gründe: Das britische Monopolkapital will nach dem teilweisen Verlust seiner überseeischen Gebiete und Einflußsphären an den stärkeren amerikanischen Konkurrenten den bisher vernachlässigten irischen Hinterhof stärker entwickeln. Das gilt nicht nur für Nordirland, sondern auch für die Republik. In Dublin hat Fianna Fail, wir sagten es



schon, vor der Aufgabe kapituliert, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen. Die der einheimischen Industrie dienende Schutzzollpolitik wurde durch ein Freihandelsabkommen mit Großbritannien verwässert. In London und Dublin spricht man – angesichts der öffentlichen Meinung in Irland noch vorsichtig und gewunden – von einer wirtschaftlichen und politischen Vereinbarung zwischen Großbritannien, Nordirland und der Republik. Jedes Wiederaufleben der Zusammenstöße zwischen den britischen Truppen und den katholischen Bevölkerungsteilen in Nordirland würde derartige Verhandlungen auf Jahre hinaus belasten.

Der zweite Grund: Das Fernsehen hat die Kämpfe in der Belfaster Falls Road und in Bogside von Derry, wenn auch oft entstellt und falsch gedeutet, in jede Wohnstube getragen. Es gibt Solidarität für die Arbeiter von der Falls Road und von der Bogside – wenngleich noch viel zu wenig. Es gibt hier und da sogar eine gewisse Irland-Schwärmerei, die man sich sehr schnell abgewöhnen kann, wenn man sich vor Augen führt, daß die Barrikaden von Bogside und Falls Road keine Phantasten brauchen, sondern Leute, die die tiefe, vom Klassengegner hineingetragene Spaltung der irischen Arbeiterklasse überwinden können. Und wenn man sich die Losung an den Wänden aus dem August 1969 vor Augen hält: „Defence, not aggression“ – Verteidigung, nicht Aggression. Diese Losung besagt: Wir haben Barrikaden gebaut, weil wir die Wohnungen unserer Familien vor dem Niederbrennen durch den Mob aus den Reihen der RUC und Oranien-Organisationen verteidigen wollen. Vor jedem, der sich in Irland als Revolutionär bezeichnet, steht jetzt die Aufgabe, die Spaltung zu überwinden, damit zukünftige Organisationen sich nicht, wie notgedrungen heute, gegen protestantische Klassenbrüder richten müssen.

## Ohne „irisches Sektierertum“ Cathal und seine Freunde

Zurück zu dem Jugendklub, den es eigentlich gar nicht geben darf. Ich machte ein Kurzinterview mit Charles, der sich heute Cathal nennt. Er bezeichnet sich als „August-Republikaner“, der durch die Barrikadenkämpfe vom vergangenen August in die politische Bewegung kam. Wie seine Freunde sieht Cathal im Erlernen des zur keltischen Sprachfamilie zählenden Gälischen eine Möglichkeit zur Bewahrung der irischen nationalen Identität. Gälisch war Landessprache vor der Eroberung Irlands durch die Engländer und wird heute noch in westlichen Gebieten der Republik als Umgangssprache benutzt. Zur Klubarbeit gehören Gälisch-Stunden – und es ist eine vertrackt schwierige Sprache, die nie so ausgesprochen wie sie geschrieben wird. Ein Beispiel: Der Premierminister der Republik wird als „Taoiseach“ bezeichnet, was als „Teeshock“ auszusprechen ist.

Cathal sagte mir: „Ich wohne mit meinen Eltern und mit zwei Geschwistern hier gerade um die Ecke, Ich bin 19, vor drei Jahren bin ich von der Schule abgegangen. Erst habe ich als Barmann gearbeitet, wurde aber arbeitslos. Dann war ich in einer Bekleidungsfabrik und hatte dort mit 17 Jahren sogar schon einen Aufsichtsposten, bekam aber immer noch den Lohn für Jugendliche.“

Da hab ich mit dem Chef Krach gekriegt und wurde in die Versandabteilung versetzt. Ich habe mir bessere Arbeit besorgt, bin aber gegangen, als die Bude zugemacht werden sollte. Seit mehr als einem Jahr bin ich arbeitslos.“

Welche Musik ihm gefalle, wollte ich wissen. „Richtige Folk, die Kneipenmusik liegt mir nicht.“

Und auf die Frage nach den Lieblingsautoren: Brendan Behan, Connolly, Pearse, Yeats, „alles Männer, die der nationalen Sache verbunden waren“.

Ein Moped besitzt Cathal nicht, nicht einmal ein Fahrrad, gibt aber ein wenig verlegen zu: „Ich habe eine Freundin.“

Auch der 23jährige Gerard wohnt im Falls-Road-Gebiet, mit Eltern und zwei Geschwistern. Er hat zehn Jahre lang die Schule besucht, war dann ungelernter Arbeiter und Montagehelfer. Seit den Barrikadenkämpfen vom August 1969 ist er arbeitslos. An der Stempelstelle ist er angestellt. Er erhält wöchentlich 4 Pfund 8 Shilling Unterstützung (12 Pennies = 1 Shilling, 20 Shilling = 1 Pfund. Der sehr günstige Kurs der DM steht bei DM 8,50 = 1 Pfund Sterling.)

Gerard antwortete auf meine Frage nach seinem Hobby: „Alle Art ernsthafte Musik: klassische, Jazz, Blues und Traditionale Folk. Als Lieblingsautoren nannte er zunächst Brendan Behan und, nachdem seine Freunde ihn zu diesem Bekenntnis gedrängt hatten, Sigmund Freud.“

Eine Freundin habe er nicht, ausgenom-

# WIR<sup>★</sup>

DRUCKEN  
VON DIN A8  
BIS DIN A1

BÜCHER  
BROSCHÜREN  
ZEITSCHRIFTEN  
PROSPEKTE  
KATALOGE  
DRUCKSACHEN  
ALLER ART



**HOSCH GMBH**  
**OFFSETDRUCK+**  
**WERBEGRAFIK**

6 FRANKFURT  
LIEDERHEIMER  
STR. 78A  
TEL. 0671/577051

# Neu Neu Neu



Diese Broschüre informiert ausführlich über die jüngste Arbeiterjugendorganisation in der Bundesrepublik.

Paperback, 96 Seiten, Preis: DM 3,90

## Kleine rote Reihe

Nr. 7

Peter Schütt

(Herausgeber)

„Linkes Lesebuch“

mit Beiträgen von Dietrich Kittner, Dieter Süverkrüp, Josef Büscher, Hannes Stütz, Richard Limpert, Fasia Jansen u. a.

Ein Lesebuch der besonderen Art — gut zu verwenden für die Diskussion und Agitation. Preis: DM 2,—.

Nr. 8

Peter Schütt

„Faustregeln für  
Klassenkämpfer“

Gedichte und Reportagen

Preis: DM 3,—



Bestellungen an:  
Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

men Cathleen ni Houlihan, (eine Sagengestalt, die die irische Nation verkörpert). Vielleicht hängt das damit zusammen, daß man als Arbeitsloser keine Familie gründen will, oder auch damit, daß man selbst in Lohn und Brot als Jungverheirateter bis zu acht Jahren auf der berüchtigten Warteliste (Housing List) verbringt, bis man eine Wohnung zugeteilt bekommt — aber das wage ich nicht zu beurteilen.

Cathal und Gerard waren übrigens die einzigen Arbeitslosen im Kreise der acht Jungen und Mädchen. Natürlich bekommen Jugendliche leichter Arbeit als erwachsene Männer, und die Falls Road ist trotz der Bevorzugung von Mitglieder der Oranier-Organisationen bei der Arbeitsvergabe immer noch besser dran als der katholische Stadtteil von Derry, die Bogside. Dort sagte mir wenige Tage später Eamon McLaugh, der Sekretär des Aktionskomitees der Arbeitslosen: „Derry zählt 56 000 Einwohner, davon sind 75 Prozent Katholiken. Die zwischen 17 und 18 Prozent schwankende amtliche Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Derry ist manipuliert. Viele Leute sind permanent krank geschrieben, viele Leute machen eine dreimonatige Umschulung mit und werden dann wieder arbeitslos; beide Gruppen werden nicht mitgezählt. Unter der protestantischen Bevölkerung gibt es ungefähr ein Prozent Arbeitslose.“

Diese Zahlen haben sich seit 1920 auf dieser Höhe gehalten, ausgenommen die Kriegsjahre. Wegen der billigen Frauenlöhne gibt es kaum weibliche Arbeitslose. In vielen Familien geht die Frau in die Hemdenfabrik, der Mann versorgt die Familie.“ Im McKelvey Republican Club drückten mir die Jungs einen Fragebogen in die Hand, der vom Belfast Housing Action Committee (Aktionskomitee der Belfaster Mieter) erarbeitet wurde. Er stand gerade im Mittelpunkt der Klubarbeit. Er wird in den Arbeiterbezirken der Stadt, die zum größten Teil aus Slums bestehen, den Mietern vorgelegt und soll erste Daten über die Mieten und Besitzverhältnisse erbringen. Gefragt wird auch nach der gewünschten Wohnung bei einer Stadtsanierung und dem Umzug in neue Wohnungen. Dabei sagten mir meine Gesprächspartner: „Wir sind gegen das Ghetto-System“ (die geschlossene Belegung von neuen Siedlungen mit ausschließlich protestantischen oder ausschließlich katholischen Mietern).

Dann gibt es noch eine Arbeit für die Klubmitglieder, den Verkauf des Republikanischen Organs „United Irishman“, dessen Vertrieb unter dem Special Powers Act jederzeit verboten werden kann, an die Bevölkerung und gelegentlich auch an die britischen Soldaten, die in Vierergruppen Fußstreife im Falls-Road-Gebiet gehen.

Meine Freunde waren sich darüber im klaren, daß die Tommies nicht aus Sympathie für die Belfaster Arbeiter den United Irishman kaufen, sondern aus Sensationslust. Diese jungen Berufssoldaten sind von ihren Offizieren gründlich ideologisch beeinflusst

worden. „Fenian Bastard“ (in Anspielung auf die Fenier, die irischen Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts) ist unter ihnen ein gängiges Schimpfwort. Augenzeugen haben mir berichtet, wie ein Offizier seiner Gruppe einen nach Zusammenstoßen verhafteten Jungen mit den Worten auslieferte: „Work him over“ — bearbeitet ihn.

## Greifer, Standgerichte, Knast — für Bernadette und viele andere

Verhaftungen gibt es heutzutage in Belfast und Derry bei jedem Zusammenstoß, wobei die britische Armee besondere „Greiftrupps“ einsetzt. (Man hat den Eindruck, daß sie nicht nur grün gestrichene Mercedes-Wasserwerfer aus der Bundesrepublik importiert hat, sondern auch einige Methoden unserer reaktionären Polizeikommandeure.) Die Gefangenen werden in der Regel am nächsten Morgen sogenannten Aufrührergerichten (Riot Courts) vorgeführt, die bei Schuldenkenntnis eine Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verhängen müssen, bei Jugendlichen unter 16 Jahren Einweisung in ein Erziehungsheim. Unter den Abgeurteilten befindet sich auch Bernadette Devlin, die eine sechsmonatige Gefängnisstrafe im Frauengefängnis Armagh verbüßt. Das Gericht und die nordirische Regierung setzten sich kaltschnäuzig über ihre Wiederwahl zum Londoner Unterhaus hinweg. Bernadette, die zuerst in der Bürgerrechtsbewegung auftrat, spielte dann im August 1969 eine führende Rolle bei der Verteidigung der Bogside.

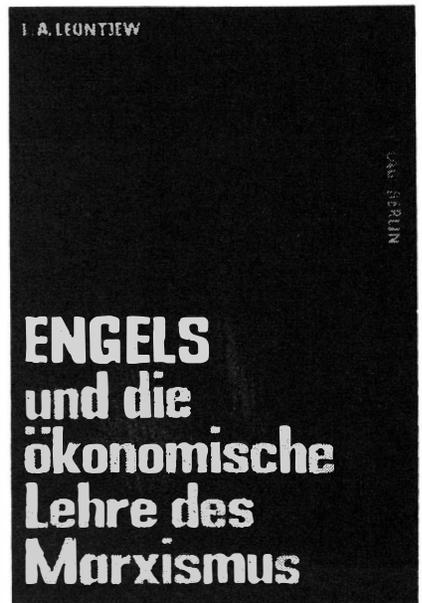
Von Belfast und Derry scheiden heißt, den Geschmack von Staub und Armut mitnehmen, Staub von den niedrigeren oder niedergebrannten Häusern, Armut, wie sie überall Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot begleitet. Ich nehme die Gewißheit mit, daß die Freunde aus dem McKelvey-Republican Club noch ganz am Anfang stehen — am Anfang ihrer Organisationsarbeit, am Anfang auch im politischen und theoretischen Umdenken. Der Republikanismus, einst eine fortschrittliche antiimperialistische Bewegung, hat das „irische Sektierertum“ nicht zu überwinden vermocht. Die Republikanische Bewegung rekrutiert sich zwar vor allem aus der Arbeiterklasse, hat sich jedoch bei aller Militanz und aller revolutionären Tradition keine den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechende marxistisch-leninistische Theorie erarbeitet.

In der CPI, der kommunistischen Partei, ist im Süden wie im Norden die politische Kraft gegeben, klein noch an Zahl, aber von bedeutendem Einfluß, die dem Ringen um nationale und soziale Befreiung von der Herrschaft des britischen Monopolkapitals den Kompaß geben kann.

Wolfgang Colden

Bitte beachtet vom selben Autor die Beiträge „Barrikaden in Belfast — ein Porträt aus Nordirland“ und „Nordirland in Stichworten“ im Oktober-Heft 1970 elan.

# Zum 150. Geburtstag Friedrich Engels



L. A. LEONTJEW  
**Engels und die ökonomische  
Lehre des Marxismus**

Übersetzung aus dem Russischen  
In deutscher Sprache herausgegeben  
von Fred Oelssner

Etwa 430 Seiten · 14,7 cm × 21,5 cm  
Leinen etwa 14,- M  
Bestellwort: Leontjew 5752

L. A. LEONTYEV  
**Engels und die ökonomische  
Lehre des Marxismus**

(Engels and the  
Economic Theory of Marxism)

Translated from the Russian language  
Edited in German by Fred Oelssner

Approx. 430 pages · 21.5 cm × 14.7 cm  
Cloth approx. 14.- M  
Order keyword: Leontyev 5752

Den überragenden Anteil, den der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels, an der Ausarbeitung der marxistischen ökonomischen Theorie hat, zeigt Leontjew zum ersten Mal in einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung. Dieses Buch stellt somit ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie selbst dar. Es ergänzt und bereichert die Marx-Engels-Forschung und vermittelt nicht zuletzt durch seinen guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein packendes Bild dieses großen Sozialisten und Forschers.

The major part played by Friedrich Engels, co-founder of scientific socialism, in the preparation of the Marxist economic theory is revealed, for the first time, by Leontyev in a profound theoretical study. The book will, consequently, be a valuable aid to study the Marxist political economy as a whole. It is of a supplementing and enriching nature regarding Marx-Engels research, and, last but not least, its smooth and appealing literary style together with numerous personal dates of Engels' life provide a fascinating picture of this great socialist and scholar.

**AKADEMIE-VERLAG GMBH**

DDR-108 Berlin, Leipziger Straße 3-4



## Soldat '70

Immer neue Zustimmung erhalten wir zum Papier „Soldat '70“.

Vor ein paar Monaten wurde ich auf Soldat '70 aufmerksam. Ich diskutierte es im Kreise meiner Kameraden. Der größte Teil der Vorschläge kam gut an, allerdings reichte es bei Forderungen wie z. B. Mitbestimmung des Dienstplans oder Absetzung des Kompanie-Chefs nur zu mitleidigem Lächeln oder Kopfschütteln.

Ein paar Tage lang gab es heiße Diskussionen, doch dann starb die Sache langsam ab. Die große Resignation machte sich wieder breit, denn wir allein können ja doch nichts tun...

So vergaßen wir Soldat '70 wieder, um keiner Illusion nachzuhängen. Nun bekam ich aber am Wochenende von einer Freundin alle Ausgaben des „elan“, die im Laufe des Jahres 1970 erschienen sind. Viele meiner früheren Fragen wurden dort beantwortet. Meine Wut darüber, daß Kameraden auf Grund einer anderen politischen Meinung als der Ihrer braundeutschen Vorgesetzten Repressalien erdulden mußten, fordert von mir die Unterschrift für Soldat '70. Ich werde versuchen, viele Kameraden von unserer Sache zu überzeugen.

U. G., Bonn

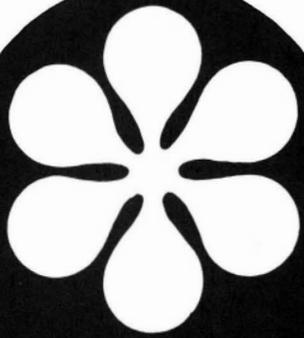
## elan-Bremmung

Nicht nur Lehrlinge schreiben uns. Manchmal tun es auch Ausbilder. Zum Beispiel dieser:

Als ehemaliger Lehrling, dann Lehrherr und jetzt Auszubildender hatte ich durch Zufall Gelegenheit, Ihre September-Ausgabe 1970 zu lesen.

Zunächst stelle ich fest, daß Ihnen etliche Formulierungsfehler unterlaufen sind, indem Sie fortwährend von „Lehrling“, „Lehrjahr“ usw. sprechen, richtig und in Ihrem Sinne ist doch „Auszubildender“ und „Ausbildungsjahr“ usw.

Ich finde die Aussicht recht reizvoll, daß nächstens unsere Lehrlinge (richtig: „Auszubildende“) streiken! Ich überlege nur, wel-



# POST

An  
Redaktion „elan“  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

Leserbriefe können  
oftmals  
leider nur gekürzt  
veröffentlicht  
werden. Wir bitten  
um Verständnis.  
Die Briefe  
erscheinen nicht  
unter  
Verantwortung der  
Redaktion.

che Folgen es hat, wenn die Lehrherren (richtig: „Auszubildende“) auch dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Innerhalb eines Jahres machte ich mit zwei neu eingestellten Lehrlingen folgende Erfahrung: Der erste betrat während meiner Abwesenheit meine Privaträume, nahm dort seelenruhig ein Bad und antwortete mir auf meine ungeduldige Frage am Telefon, warum es so lange gedauert habe, bis jemand an den Apparat ging, er habe gerade im Bad gegessen! Diese Ausbildung wurde vorzeitig von mir beendet. Der nächste wurde von mir mehrmals am helllichten Tage schlafenderweise am Zeichentisch angetroffen.

Ich halte eine Diskussion über Ausbildungsfragen für interessant, gebe aber zu bedenken, daß sich auch für den Auszubildenden manches geändert hat, so z. B., daß er sich daran gewöhnen muß, daß während seiner Abwesenheit der Lehrling sein Bad benutzt.

Natürlich können Sie die von mir geschilderten Vorfälle nicht publizieren, sonst würde der „elan“ gebremst.

EVERHARD MENKE

Freier Garten- und Landschafts-Architekt  
Dortmund

## Briefwunsch

Immer wieder erreichen uns Briefe mit Wünschen nach Brieffreunden. Einen möchten wir besonders hervorheben. Wir hoffen, daß möglichst viele antworten.

Schon lange suche ich Briefpartner aus der Bundesrepublik. Briefwechsel ist mein großes Hobby. Außerdem sammle ich bunte Ansichtskarten und Briefmarken. Zum Schreiben habe ich sehr viel Zeit, da ich nicht laufen kann und sehr viel zu Hause sitzen muß. Als ich drei Jahre alt war, bekam ich eine schwere Kinderlähmung. Wenn ich weg will, muß ich gefahren werden. Damit ich zu Hause nicht so viel Langeweile habe, sammle ich sehr viel und schreibe sehr gern. Leider fehlen mir die Briefpartner.

HERBERT LOTZE  
DDR 7812 Lauchhammer 1  
Butterberg 18

## Science Fiction

Im Septemberheft brachten wir einen Report über Science Fiction. Dazu ein Leser:

Als Ergänzung zu diesem Artikel möchte ich auf das literarische Magazin „ANDROMEDA“ hinweisen (zu beziehen über Jürgen Ehrig, 1 Westberlin 36, Glogauer Straße 32). In der letzten Nummer erschien ein Artikel über Fantastic '70“, eine sowjetische SF-Anthologie, die im Verlag des Zentralkomitees des Komsomol erschienen ist.

Aus dem „ANDROMEDA“-Artikel geht hervor, daß W. I. Lenin mit der Science Fiction verbunden war und die sowjetischen Schriftsteller wiederum sehr mit dem Marxismus-Leninismus verbunden sind.

WERNER WALLING  
Zirndorf

## Kamerun

Zu einem bisher wenig bekannten Problem erhielten wir folgenden Brief.

Kamerun, bis 1916/19 unter deutscher Kolonialherrschaft, dann französisches und britisches Mandats- bzw. Treuhandgebiet, erlangte 1960/61 (ormell seine Unabhängigkeit. Die tatsächliche Abhängigkeit des Landes von Frankreich blieb aber weiterhin erhalten, da sich die Regierung eng an die imperialistischen Mächte anlehnt. Die antikoloniale Bewegung für die Befreiung Kameruns ist seit 1947 in der Union der Völker Kameruns (UPC) organisiert. Die imperialistischen Kräfte und ihre Handlanger in Kamerun versuchen mit allen Mitteln, wobei sie vor Mord nicht zurückschrecken, jede demokratische Opposition zu unterdrücken. Die Führer der UPC, Ruben Um Nyobe und Dr. Felix-Roland Moumie, wurden 1958 und 1960 heimtückisch ermordet. Seit 1960 herrscht im Lande der Ausnahmezustand. Um von einem Ort zum anderen zu gelangen, bedarf es polizeilich ausgestellter Passierscheine. In diesem Sommer führte die Regierung Ahidjo einen Schlag gegen die

ntelligenz, indem sie die im Ausland weilenden Studenten mit Versprechungen zur Rückkehr nach Kamerun veranlaßte, deren Pässe einzog und mehrere verhaftete. Im August wurden Demokraten und Widerstandskämpfer verhaftet, darunter der Präsident Ernest Juandje des Revolutionskomitees der UPC, der seit 1963 in Kamerun den Widerstand gegen das Terrorregime Ahidjo organisierte. Die Tatsache, daß Juandje sieben Jahre lang den Verfolgern entgehen konnte, beweist zur Genüge den Rückhalt der Bevölkerung. Weiterhin wurden die beiden Mitglieder der JPC, J. J. Ekindj und Roger Muroko-Ngosso, sowie der Bischof von Nkongsamba, Mgr. Albert Idongmo, festgenommen. Diesen vier Männern droht unmittelbar Lebensgefahr.

Die Unterzeichner wenden sich nach eingehender Prüfung der Vorgänge an die Regierung der DDR, ihren Einfluß für die Erfüllung der unten aufgestellten Forderungen bei der Regierung der Föderativen Republik Kamerun geltend zu machen. Wir wenden uns ebenfalls an alle einflussreichen Organisationen, sich im selben Sinne zu verwenden. Wir fordern schließlich die Regierung der Föderativen Republik Kameruns, Herrn Ahmadou Ahidjo, auf, folgende Forderungen umgehend zu erfüllen:

- die obengenannten Personen freizulassen
- Amnestie für alle politisch Verurteilten
- Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Kamerun.

Dr. ERICH SCHILBACH  
München

## DDR-Reise

Über eine aufschlußreiche Reise richtet uns ein Leser:

Die Jungsozialisten aus Hellronn und Weinsberg veranstalteten im September eine Informationsreise nach Dresden. Diskussionen wurden geführt mit der SED-Bezirksleitung, mit der DJ und Vertretern der TU. Beachtlich wurde eine LPG in Charfenberg bei Dresden und die Festung Königstein. Die gehörten Diskussionen waren sehr fair und aufschlußreich für

belde Selten. Mich hat besonders beeindruckt, daß sich die Menschen viel freier bewegen können als bei uns tagaus tagein durch Rundfunk, Fernsehen und Presse behauptet wird. Auch aus den Gesprächen mit der Bevölkerung auf der Straße und in Tanzlokalen ergab sich, daß die Mehrzahl der DDR-Bürger nicht wieder in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben möchte.

HUGO BROSS  
Walheim

## Offener Brief

Anläßlich des Besuches des indonesischen Staatspräsidenten Suharto in der Bundesrepublik richtete einer unserer Leser einen Offenen Brief an Bundespräsident Heinemann.

Der Besuch des Staatspräsidenten Suharto in der Bundesrepublik und der Empfang durch Sie, Herr Bundespräsident, hat mich zutiefst erschüttert. Man kann und muß diese Bestie in Menschengestalt mit dem Verbrecher und Massenmörder Hitler auf eine Stufe stellen. Genauso wie führende Persönlichkeiten in Deutschland und Staatsmänner der ganzen Welt Hitler nicht nur duldeten, sondern ihn in einem starken Maße hofierten, geht man heute mit seinem Ebenbild Suharto um. Sie haben, Herr Bundespräsident, durch diese Handlung sich als Mensch, Staatsmann und aktiver Christ und allen Bundesbürgern einen neuen Makel und eine große Schuld aufgeladen.

ANDREAS SCHNEIDER  
Baden-Baden

## Briefkontakte?

Liebe Leser, schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gern Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.

Redaktion elan

## Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige Gelegenheiten, fabrikneu, Kofferschreibmaschinen, Saldiermaschinen, Rechenautomaten. Profitieren Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog

**NÜTHEL AG** Deutschlands großes  
Büromaschinenhaus

34 Göttingen · Markt 1 · Postfach 601  
Telefon 62008, Fernschreiber Nr. 096-893

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen  
2 Hamburg 73,  
Wildschwanbrook 95  
Tel. 6780993

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen: Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow  
Reisedienst  
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,  
Tel.: 2299666

**Bist Du schon Mitglied der SDAJ?**

Informationen:  
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend  
46 Dortmund, Brüderweg 16  
Tel.: 52 43 55  
Spenden:  
Postcheck Essen 18 65 84

Carsten Linde

★★★★★★★★★★

SONG  
MAGAZIN

SONG  
MAGAZIN

MAGAZIN

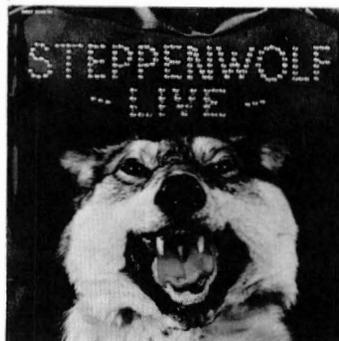
MAGAZIN

**JOAN BAEZ**, Jeanne d'Arc des Folk-Rock, hat eine neue Platte ("One Day At A Time", Vanguard 1 C 062-91067 D, 20 DM) mit traditionellen und zeitgenössischen Liedern besungen. Sie singt Lieder, die ihr musikalisch gefallen (Take me back, Long Black Veil) und Songs, von deren gesellschaftspolitischer Funktion sie überzeugt ist. Frisch aufpoliert erklingt das Lied auf den legendären Gewerkschaftsführer „Joe Hill“. Joan Baez Verbundenheit mit den oppositionellen politischen Bewegungen der USA geht aus den Liedern „Ghetto“ und „Carry it on“ hervor. Der schönste Song ist die Eigenkomposition „Song for David“ für ihren wegen Wehrdienstverweigerung zu Gefängnis verurteilten Mann David.



**GRATEFUL DEAD**, eine Musiker-Kommune aus Los Angeles steht im Ruf, Live besser zu sein, als im Studio. Wer die beiden LPs ihres Doppelalbums „Live-Dead“ (Warner Bros. WD 1830, 29 DM) — eine Live, eine aus dem Studio — miteinander vergleicht, stellt fest, daß die Dead auch im Studio improvisieren und ihr Material nie fest arrangiert ist. „Dark Star“ z. B. ist ein 23minütiges Stück, dessen ständig variiertes und wiederkehrendes Thema eine hypnotische Faszination ausstrahlt. Überhaupt steckt die Musik der Grateful Dead voller spontaner Einfälle und Überraschungen. Dieses Album kann man mit immer neuen Entdeckungen und Freude viele Male hören.

Von den **ROLLING STONES** erschien ebenfalls eine Live-LP (Get yer Ya-Ya's out! Decca SLK 16 670 P, 20 DM) mit ihren Superhits von „Jumping Jack Flash“ zu „Street Fighting Man“. Obwohl die Songs leicht abgewandelt interpretiert sind als in früheren Aufnahmen, haben die durch Playback angereicherten Studio-Mitschnitte mehr Niveau als der akustische Eindruck einer Super-Stones-Show „live“ zu hinterlassen vermag.



Auch die Gruppe **STEPPEWOLF** ist undenkbar ohne den Rückhalt, den sie in der oppositionellen amerikanischen Jugend findet. Viele ihrer Texte erzählen von den Reizen und Gefahren der Drogen (Magic Carpent Ride — The Pusher). Ihre Hymne auf die amerikanischen Wehrdienstverweigerer (Draft Resister) erklingt zu hartem Gitarrenrock und dem Beifall der Hörer. „Steppenwolf live“ (EMI SMST 2230/31, 29 DM) dokumentiert eindrucksvoll die aus Rock und Protest bestehende Musik der Hippies und Yippies.

Zu den wenigen guten elektrischen Blues-Gruppen kann man **TEN YEARS AFTER** zählen, da sie nicht nur im traditionellen Stil rocken (Me and my Baby), sondern den Blues durch eigenwillige Impulse erweitern. Die melodiose, imponierende Gitarrentechnik Alvin Lees hebt sich von der kräftigen Rhythmusgruppe (Baß und Schlagzeug) ab, ohne diese zu überspielen. Ten Years After haben mit „Cricklewood Green“ (Deram SML 1065, 20 DM) eine solide LP veröffentlicht, die auf jede Schaulust verzieht.

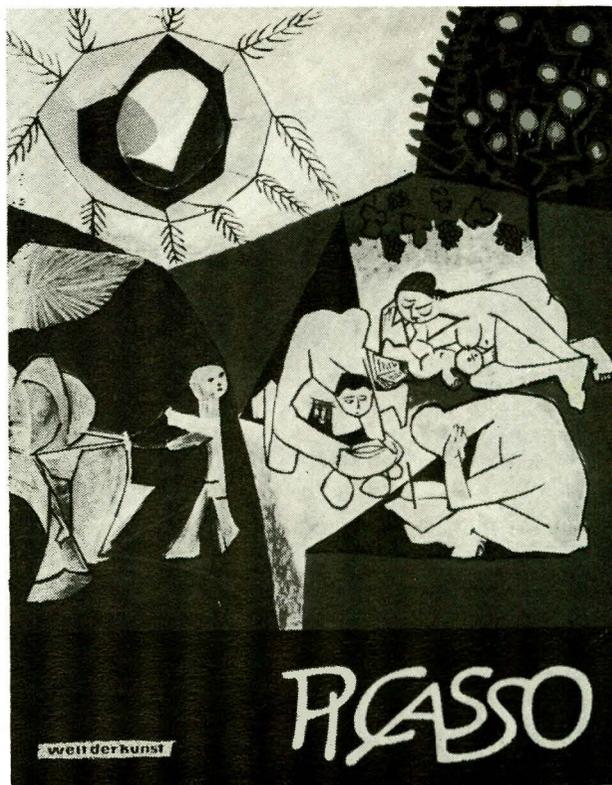
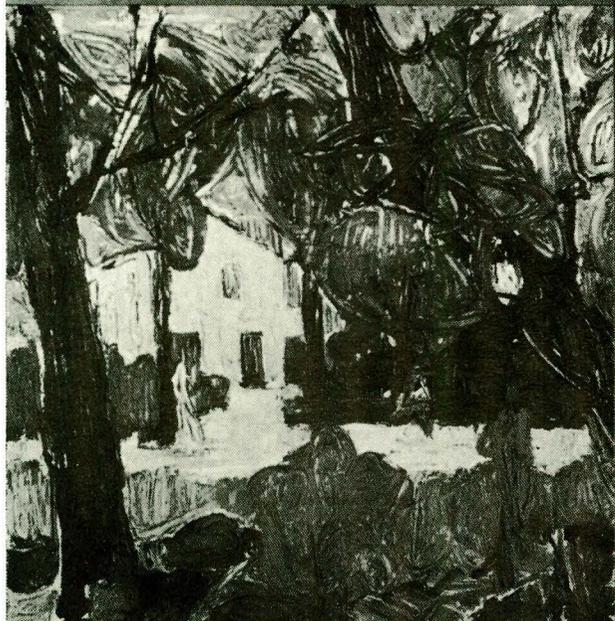
Wenn ein Schlagzeuger und ein Organist als „kleinste Big Band der Welt“ angekündigt werden, so ist man zu Recht skeptisch. Diese Zurückhaltung legt sich jedoch sehr schnell, wenn man hört, welche Klänge beide Musiker aus ihren scheinbar begrenzten Instrumenten herausholen. Man wird mitgerissen von den klaren Strukturen der beiden perfekt aufeinander eingespielten Musiker, beispielsweise ihrer Interpretation der Beatles-Songs „Norwegian Wood“ und „Lady Madonna“. Mögen auf der ersten Seite Gesang und Texte von Eddie Hardin manchem zu seicht klingen, „Rock Medley“ und „The Pike“ beweisen, daß Hardin und York faszinierende Musik spielen können. (Smallest Big Band, Bell S 136, 20 DM).

Im Zentrum des neuen Folk Rock in England steht die Gruppe **FAIRPORT CONVENTION**. Hatte diese Gruppe um die hervorragende Sängerin Sandy Dennis sich zunächst ausschließlich an traditionellen schottischen und irischen Balladen aus dem 17. Jahrhundert orientiert, wie sie die Sammler Child und Sharp aufgezeichnet hatten (Liege & Lief, Island ILPS 9115, 20 DM) so bevorzugten sie später mehr Lieder von Bob Dylan (Percys Song) und Eigenkompositionen (Unhalfbricking, Island 849 302 WV). Mit unaufdringlichem Arrangement durch elektrisch verstärkte Instrumente (Geige, Gitarren, Baß, Flöten), welche die Pausen zwischen den Strophen improvisierend füllen, prägen die Fairport Convention einen Stil, der puristische Folkloristen und Popmusikliebhaber einander näherbringt.

Je mehr Zuhörer zu den Popfestivals strömten, um die Musik der Popgruppen gemeinsam, direkt und naturgetreu zu hören, umso mehr wurden (z. T. verbilligte) LPs mit Live-Mitschnitten veröffentlicht, die wegen der guten Aufnahmetechnik nur selten den Studio-Aufnahmen nachstehen.

Fritz Dähn

welt der kunst



# Rund 400.000 Exemplare

wurden bisher von den Publikationen der Reihe

## WELT DER KUNST

exportiert. In dieser hohen Exportziffer spiegelt sich die weitreichende Resonanz dieser Reihe wider, die sich in den 11 Jahren ihres Erscheinens einen festen Leserkreis erworben hat.

Some 400.000 copies of the series

## WELT DER KUNST

have thus far been sold abroad. This appreciable export figure is likely to reflect the worldwide response and readers' acceptance gained by this series in its eleven-year history.

Zur Zeit sind folgende Publikationen lieferbar:  
The following publications are available now:

Fritz Dähn  
Frans Hals  
Arno Mohr  
Vermeer van Delft

Francisco Goya  
Konrad Knebel  
Picasso

In Kürze erscheinen:  
The following titles will come out shortly:

Caravaggio  
Jan van Eyck

Fritz Cremer  
Curt Querner

**HENSCHELVERLAG  
KUNST  
UND GESELLSCHAFT**

DDR-104 Berlin, Oranienburger Straße 67-68

# böhm electronic

# weltmeister

## NEUE TRANSISTOR-ORGELN DER SONDERKLASSE

T O 200/5 und T O 206  
halten für Sie immer die richtige Klang-  
farbe bereit

Vielseitige Variationsmöglichkeiten ge-  
statten außergewöhnliche Klang-  
kombinationen

Durch praktischen Auswahlschalter und  
Mixturen – blitzschnelle Wahl zwischen  
4 Klangfarben-Gruppen

Tonumfang: 8 Oktaven c – h –. Alle  
Oktaven polyphon spielbar

Manualteilung zwischen h und c'

Vibrato, Frequenz und Amplitude –  
einstellbar

Percussion, Abklingzeit einstellbar

Repeat-Percussion einstellbar

eingebauter Federhall, Nachhallzeit ein-  
stellbar

4 Mixturen einblendbar

Lieferbar als Koffer- oder Heiminstrument



Exporteur:

**Demusa** GmbH,

DDR 9652 Klingenthal

Generalvertretung und Service für die  
Bundesrepublik:

Helmut Schaller

8501 Feucht / b. Nürnberg